

Gottfried Oy

Spurensuche Neue Linke

**Das Beispiel des Sozialistischen Büros
und seiner Zeitschrift *links*.
Sozialistische Zeitung (1969 bis 1997)**



Gottfried Oy

Spurensuche Neue Linke

**Das Beispiel des Sozialistischen Büros und seiner Zeitschrift *links*.
Sozialistische Zeitung (1969 bis 1997)**

**Von der Rosa Luxemburg Stiftung – Gesellschaftsanalyse und Politische Bildung
e.V. in Auftrag gegebene Studie**

<u>Vorbemerkung</u>	3
<u>Das Erbe der Neuen Linken</u>	5
<u>Bedürfnis nach Kommunikation</u>	7
<u>links – Der Vorläufer</u>	14
<u>Die Ostermarschbewegung</u>	18
<u>Klaus Vack: Linkssozialist und Ostermarschaktivist</u>	22
<u>Kuratorium Notstand der Demokratie</u>	25
<u>Sozialistisches Zentrum</u>	30
<u>Gründung des Sozialistischen Büros</u>	33
<u>Thesen der Arbeitsgruppe Sozialistisches Büro</u>	41
<u>Der Solidaritätskongress Am Beispiel Angela Davis</u>	46
<u>Organisierung nach Interessen</u>	49
<u>Chile-Solidaritätsarbeit</u>	51
<u>Thesen des Sozialistischen Büros</u>	53
<u>Antirepressionskongress Pfingsten 1976</u>	56
<u>Berührungspunkte zur Alternativbewegung</u>	59
<u>Abschied vom Arbeitsfeld?</u>	62
<u>Antisemitismus der Linken</u>	64
<u>Der zweite Golfkrieg</u>	67
<u>Krise der links</u>	71
<u>Sozialistische Zeitung – Debatte über den Untertitel der links</u>	73
<u>„Offene Grenzen“-Debatte</u>	76
<u>Links – ungewollte Subkultur?</u>	78
<u>Epilog</u>	80
<u>Anhang</u>	82
<u>Organisationen/Kampagnen/Initiativen im SB Vor-/Umfeld</u>	82
<u>Periodika im SB Vor-/Umfeld</u>	83
<u>Periodika/Reihen aus dem Sozialistischen Büro/Verlag 2000</u>	83
<u>Publikationen im Verlag 2000 außerhalb der Reihen</u>	89
<u>Publikationen des Sozialistischen Büros in anderen Verlagen</u>	91
<u>Sonstige Literatur</u>	92

Vorbemerkung

Das Thema der Studie, die Geschichte des Sozialistischen Büros, beschäftigt mich seit meiner Zeit als hauptamtlicher Sekretär und ehrenamtlicher Redakteur der *links* Mitte der Neunzigerjahre mit großen zeitlichen Unterbrechungen immer wieder. Zum damaligen Zeitpunkt trug ich die inhaltlich begründete und lediglich ökonomisch bedingte Entscheidung der Redaktion mit, die Zeitschrift einzustellen. Ich selbst wickelte 1996/1997 gemeinsam mit meinem Kollegen Dr. Thomas Kunz sowie vielen anderen Beteiligten die Liquidation der *links* ab. Heute denke ich, dass es eventuell doch noch Möglichkeiten gegeben hätte, das Projekt weiterzuführen, dass es vielleicht sogar wichtig gewesen wäre, das Projekt zu retten – aber das sind müßige Überlegungen. Viele der Ideen, die ich mit der Aufarbeitung dieser Geschichte verband, konnte ich aus den verschiedensten Gründen leider nicht verwirklichen. Aus arbeitsökonomischen Gründen musste ich mich zudem auf veröffentlichtes Material, maßgeblich aus den 322, zwischen April 1969 und Januar 1997 erschienen Ausgaben der *links*, beschränken. Das umfangreiche Archivmaterial des Sozialistischen Büros, das sich größtenteils im Archiv des Hamburger Instituts für Sozialforschung befindet, konnte nicht berücksichtigt werden und muss noch ausgewertet werden. So gibt denn der vorliegende Text nur einen groben Überblick, als dass er abschließende Antworten zur Wirkungsgeschichte dieser zentralen Organisation der Neuen Linken in der Bundesrepublik liefern könnte. Ich hoffe allerdings, dass die vorliegende Arbeit zumindest Anregungen zur Weiterarbeit an einzelnen Aspekten liefert.

Diese Studie beruht auf einem Werkvertrag, den ich 2006 mit der Rosa Luxemburg Stiftung abschließen konnte. Ich danke Dr. Lutz Kirschner und Dr. Florian Weis, dass sie mich in die Projektförderung der RLS aufgenommen haben. Zudem danke ich Bernd Hüttner, Regionalmitarbeiter der Rosa Luxemburg Stiftung in Bremen und Koordinator des Gesprächskreises Geschichte der RLS, ohne dessen mannigfaltige Unterstützung weder die Antragstellung, noch die Arbeit selbst zustande gekommen wäre. Mein Dank gilt nicht zuletzt Dr. Thomas Kunz, der mich für die Mitarbeit bei *links* gewann und mit dem ich eine für mich sehr wichtige Zeit in der Redaktion (und nicht nur dort) verbringen durfte, sowie natürlich der gesamten Redaktion und dem damaligen Team im Verlag 2000.

Xemal Schweizer möchte ich für Diskussionen und kritische Anmerkungen, sowie ihr und unserer gemeinsamen Tochter Marie für ihre Rücksichtnahme während der Erstellung der Studie danken.

Zudem an dieser Stelle noch ein Hinweis zur Zitierweise: Alle aus *links* zitierten Beiträge sind mit Angabe der Heftnummer sowie Seitenzahl ausgewiesen. Die einzelnen Beiträge sind nicht mehr gesondert im Literaturverzeichnis aufgeführt.

Frankfurt am Main im März 2007

Das Erbe der Neuen Linken

„Das Sozialistische Büro ist ein unvollendetes Projekt; damit ist nicht gemeint, daß es gescheitert sei. In vieler Hinsicht haben sich die Grundideen dieses Projektes so verallgemeinert, daß man innerhalb der Linken kaum noch Leute findet, die nicht von Basisinteressen, von Erfahrungen und Bedürfnissen reden; doch die prägende und einheitsstiftende Idee des Sozialismus, die im Sozialistischen Büro das Konzept der Arbeitsfelder zusammenhielt, ist darin fast vollständig verlorengegangen“ (Negt 1985: 53).

„Sozialistisches Büro – das ist der Sozialismus, der aus der protestantischen Ethik kommt. Ein Sozialismus, der allein schon deshalb nur schwer zu neuen Ufern führen kann, weil er blind einen Sozialcharakter mitschleppt und unbewusst fördert, der in der Geschichte immer mit Industrialisierung und Fabrikgesellschaft verschwistert war“ (Kraushaar 1978: 11).

Von verschiedenen Seiten wird heute wieder verstärkt das Erbe der Neuen Linken in Erinnerung gerufen: Linkspartei.PDS und WASG versprechen sich in ihrem Vereinigungsprozess vom Bezug auf diesen Begriff ein frisches Image, während Bewegungsforscher und Zeithistoriker daran arbeiten, letzte positive Aspekte, die bislang in der öffentlichen Meinung mit dem Aufkommen der Neuen Linken verbunden wurden, zu delegitimieren. Weder Freunde noch Kritiker treffen allerdings den Kern der Sache, geht denn das, was die Neue Linke ausmachte, weder in einem Parteigründungsprozess, noch in einfachen Welterklärungsformeln, die auf jeden Fall zu kritisieren sind, auf. Allerdings ist es sehr wohl geschichtsbildend, wie heute mit dem Begriff Neue Linke umgegangen wird. Während bestimmte Aspekte für die jeweils eigene Argumentation hervorgehoben werden, verschwimmt zunehmend, was denn die Neue Linke als historische Formation auszeichnete. Es gilt, sich deshalb noch einmal vor Augen zu führen, was sie war: Eine internationale Erscheinung in der Blütezeit des Nachkriegsfordismus, die sich je nach Situation in ihren Ursprungsländern von den KP's in West und Ost, wie den sozialdemokratischen und sozialistischen Parteien abgrenzte; und zwar, weil dem blinden Glauben an Staat und Partei als Regulierungsinstanzen das Stichwort der Selbstorganisation entgegengesetzt wurde. Gegen die so genannte Fabrikgesellschaft, in der soziale Sicherheit durch normierende und geschlechterhierarchische Lebensweisen erkaufte, sowie Umwelt und Subjektivität zerstört wurden, sollte die freie Assoziation der Individuen gesetzt werden. Ohne Angst verschieden sein zu können, dieses Ziel der Kritischen Theorie wurde zur Handlungsmaxime.

Jenseits allzu allgemeiner Einschätzungen soll es hier jedoch anhand eines der Organisationskerne der Neuen Linken in der Bundesrepublik nach 1968 um deren konkrete Geschichte gehen. Wie die vorangestellten Zitate zeigen, steht dabei eine Gruppierung im Mittelpunkt, die einigen allzu harmlos erschien und manchen zu erfolgreich wurde: Das Sozialistische Büro, kurz: SB.

„Unvollendetes Projekt“ (Negt 1985: 53), Organisation der „Un-Entschlossenen“ (Brumlik 2000: 124), Vereinigung der „Reformisten aller Schattierungen“ (*Konkret* 1994: 52), „diffuse Sammelbewegung“ (Kukuck 1977: 203) – recht blumig werden die Formulierungen, wenn die Rede auf die Stellung des SB in der Zeit nach der antiautoritären Revolte von 1968 fällt. Jenseits autobiografischer Erinnerungen, etwa von Klaus Vack, Andreas Buro, Oskar Negt oder Micha Brumlik, gibt es bis heute keine Organisationsgeschichte des SB (vgl. Vack 1985 und 2005; Buro 2005, Negt 1995;

Brumlik 2000). Auch in der vorliegenden Studie ist es nur bedingt gelungen, Organisationsgeschichte und Wirkungsgeschichte des Sozialistischen Büros auch nur annähernd adäquat und im Umfang der über dreißigjährigen Geschichte des SB gerecht werdend darzustellen.

Weder die Publikationsgeschichte des Verlags 2000, des Verlags des SB, und die Rezeptionsgeschichte einzelner Publikationen, noch der Werdegang der Periodika des SB, *links*, *express* und *Widersprüche*, ist jenseits einzelner Jahrestage aufgearbeitet bzw. war in den Diskussionen rund um das Phänomen „68“ Gegenstand der Debatte. Das ist insofern nachvollziehbar, als dass das SB sich nie als Organisation in den Mittelpunkt stellen wollte, seine Definition maßgeblich aus Abgrenzungen bezog und insofern auch nicht Objekt klassischer Geschichtsschreibung werden sollte, die sich von Kongress zu Tagung und von Arbeitsausschusssitzung zu Delegiertentreffen entlanghangelte. Das ist allerdings überhaupt nicht nachvollziehbar, wenn man das Besondere am SB in den Mittelpunkt stellt: Während es sowohl den antiautoritären, als auch den linkssozialistischen Strategen von 1968 im Kern darum ging, die Mobilisierungserfolge aus der Bewegungshochphase in die Gründung mehr oder weniger autoritär strukturierter Massenorganisationen umzumünzen, bezog sich der so genannte Arbeitsfeldansatz des SB auf die alltäglichen Erfahrungen und Bedürfnisse der Beteiligten; was es wohl auch für Viele in der Zeit nach der Revolte, die biografisch oft mit der Zeit der beruflichen Orientierung zusammen fiel, so attraktiv machte. Nach der „Überpolitisierung“ von 68, wie Oskar Negt es nannte (vgl. Negt 1977 und 1980), bot das SB eine gangbare Möglichkeit, Alltagsleben und politisches Engagement zu verbinden. Insofern dürfte das SB im so genannten Roten Jahrzehnt (vgl. Koenen 2001) weit mehr Menschen in der Bundesrepublik geprägt haben, als die von Gerd Koenen als Gewährsmänner und -frauen für die Macht der K-Gruppen in den Siebziger herbeizitierten Parteisoldaten.

Wie sich also diesen prägenden Einflüssen eines Politikansatzes nähern, der, so Oskar Negt im Eingangszitat, heute als so selbstverständlich gilt, dass es kaum mehr Erinnerungen daran gibt, dass dies einmal anders gewesen sein könnte? Dies soll mittels eines organisationsgeschichtlichen Abrisses geschehen. Exemplarisch sollen dabei wichtige Diskussionen herausgegriffen werden, die verdeutlichen, welche Themen in welchen historischen Phasen mit welche Argumenten und Ergebnissen diskutiert wurden. Äußerer Rahmen dieser Darstellung ist die Geschichte der Zeitschrift *links*, dem zentralen Organ des SB.

Es sei hier zumindest auf den Mangel hingewiesen, dass das SB als eigenständige Organisation bzw. dessen umfangreiche Publikationsstrategie nicht ausreichend gewürdigt werden konnte. Verwiesen sei an dieser Stelle zumindest auf die Liste der Publikationen und Periodika des SB im Anhang dieser Arbeit.

Bedürfnis nach Kommunikation

1968 machen Arno Klönne und Christel Beilmann Andreas Buro und Klaus Vack – alle organisiert in der „Kampagne für Demokratie und Abrüstung - Ostermarsch der Atomwaffengegner“ – den „Vorschlag einer autonomen Organisation um eine sozialistische Publikation und ein Büro“ (Vack 2005: 99). Diese angestrebte Organisationsform ist im Kontext der Auflösung des Kuratoriums Notstand der

Demokratie, eines der wenigen überfraktionellen Foren der westdeutschen Linken, des Scheiterns des Sozialistischen Zentrums in Frankfurt am Main, der Gründung der DKP und des Auseinanderfallens der Außerparlamentarischen Opposition zu sehen.

Die Wurzeln des politischen Denkens, das sich im Sozialistischen Büro manifestierte, gehen zurück auf zumindest zwei politische Strömungen in der Bundesrepublik der Nachkriegszeit: Der Linkssozialismus und die Ostermarschbewegung. Während das Spektrum der Linkssozialisten zunächst an die Debatten und Auseinandersetzungen der so genannten Zwischengruppen der Weimarer Linken anknüpfen wollte, lag die in den Fünzigerjahren erst entstehende Ostermarschbewegung zunächst quer zu allen linken Strömungen. In ihr vereinten sich Kirchen, pazifistische Gruppierungen, sozialdemokratische Unterorganisationen sowie Linkssozialisten bis hin zu illegalen KPDLern.

Doch zunächst zur Entwicklung des Linkssozialismus in der Bundesrepublik. Arno Klönne folgend, zeichnete sich die Situation in der Nachkriegszeit dadurch aus, dass es in der BRD im Unterschied zu anderen europäischen Staaten keine parteipolitisch relevante linkssozialistische Kraft gab (vgl. Klönne 1992: 159). Dass keine Anstrengung in Richtung Parteigründung unternommen wurden, begründet Peter von Oertzen mit Diskussionen zwischen ISK, SAP, „Neu Beginnen“, KPD(O), und den „Roten Kämpfern“, den maßgeblichen linkssozialistischen Gruppierungen der Weimarer Zeit, die auf die „Wiederbelebung einer unabhängigen sozialistischen Strömung zwischen alter (Mehrheits-) Sozialdemokratie und KPD abzielten“ (von Oertzen 1998: 90) – allerdings ohne dieser Strömung die organisatorische Form einer eigenen Partei geben zu wollen. Bis zum Godesberger Parteitag 1959, auf dem die Sozialdemokratie mit dem Godesberger Programm, das von 1959 bis 1989 Parteiprogramm war, den Wandel von einer Arbeiterpartei zur so genannten Volkspartei vollzog, waren verschiedenste linkssozialistische Strömungen mehr oder weniger in der SPD integriert, wenn auch in weitgehend wirkungsloser Position. Daneben gab es aber auch eigenständige, wenn auch marginale Organisationsversuche des linkssozialistischen Lagers, etwa 1951 die Gründung der UAPD mit ihrer Publikation *Freie Tribüne*, die sich Jugoslawienorientiert gab oder die Zeitschrift *Sozialistische Politik (SoPo)* als Plattform der Trotzlisten innerhalb der SPD. Generell wurde aber die Strategie des Entrismus propagiert: Eine spätere Parteigründung wurde nicht grundsätzlich ausgeschlossen, zunächst sollte diszipliniert und den offenen Konflikt nicht provozierend in der SPD gearbeitet werden:

„Die Kreise um die *Sozialistische Politik*, Trotzlisten wie andere hier engagierte Linkssozialisten, bildeten in den Jahren 1954 bis 1965 einen wichtigen politischen und personellen Kern für innerparteiliche Oppositionsströmungen in der SPD, linke Aktivitäten in einigen DGB-Gewerkschaften und die Versuche, außerparlamentarische Bewegungen gegen die Rüstungspolitik in Verbindung mit Traditionen der Arbeiterbewegung zu bringen, wie vor allem bei der Ostermarschkampagne“ (Klönne 1992: 162).

Die sich in der Nachkriegszeit wieder und neu gründenden linkssozialistischen, rätekommunistischen und anarchosyndikalistischen Gruppierungen waren jedoch in doppelter Weise von direkter politischer Einflussnahme ausgeschlossen. Zum einen hatten Gruppierungen und Einzelpersonen aus diesem Spektrum der radikalen Linken so gut wie keinen Einfluss auf politische Entscheidungen der Bundesrepublik. Zum

anderen wurde ihr Einfluss auch innerhalb der Gewerkschaften und der Sozialdemokratie mehr und mehr zurückgedrängt. Opfer des Antikommunismus wurden nicht nur ausgewiesene KP'ler, oft traf es nichtorganisierte linke Intellektuelle, die in kritischer Distanz zur KPD standen.

Zentrum der Arbeit der radikalen Linken waren in der Regel eigene, in einem kleinen Kreis zirkulierende Publikationen als Orte der Diskussion und der theoretischen und praktisch-politischen Selbstverständigung. Erklärtes Ziel war es, über den eigenen Zirkel hinaus Einfluss in SPD oder Gewerkschaften zu erlangen. Insofern können diese Publikationsorgane als Versuch angesehen werden, eine verbandsübergreifende, linke Öffentlichkeit herzustellen – Peter von Oertzen weist darauf hin, dass es bis heute an einer „Wirkungsgeschichte“ der Linksozialisten und ihrer Publikationen in den 50ern mangle (von Oertzen 1998: 88). Nach Hans Manfred Bock, Holger Jenrich und Peter von Oertzen handelt es sich im Wesentlichen um folgende Publikationen (vgl. ebd.; Bock 1976; Jenrich 1988):

- *Neues Beginnen. Blätter internationaler Sozialisten* (1947 bis 1950 und 1951 bis 1954)
- *Befreiung* (1948 bis 1978)
- *Die Freie Gesellschaft* (1949 bis 1953)
- *Information* (1955 bis 1960)
- *pro und contra. Diskussionsblätter für demokratischen Sozialismus* (1949 bis 1954)
- *funken. Aussprachehefte für internationale sozialistische Politik* (1950 bis 1959) mit dem Vorläufer *Thomas Münzer Briefe* (1949)
- *Sozialistische Politik – SoPo* (1954 bis 1966)

Die Diskussionen, die in diesen Zeitschriften stattfanden, bewegten sich zwischen den Polen des Versuchs der Reformulierung, Etablierung und Weiterentwicklung marxistischer Positionen und der Intervention in den Wandlungsprozess der Sozialdemokratie, der in der Phase zwischen 1953 und 1959 eine eindeutige Richtung einnahm. Es wurden marxistische Positionen aus den Zwanzigerjahren wieder aufgegriffen und es wurde versucht, diese mit der aktuellen gesellschaftlichen Situation zu vermitteln. Von Interesse waren hier insbesondere Fragen der Sozialpsychologie, wie sie etwa der Sexpol-Kreis um Wilhelm Reich oder Mitarbeiter des Frankfurter Instituts für Sozialforschung aufgeworfen haben, und Fragen der Organisation vor dem Hintergrund der Erfahrungen mit autoritären Elementen des Stalinismus.

Die Autorinnen und Autoren sowie die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der aufgeführten Zeitschriften hatten, ebenso wie KPD-Mitglieder bzw. illegale KPler, mit antikommunistischen Repressalien zu rechnen. Willi Huhn beispielsweise, einer der produktivsten rätekommunistischen Autoren der fünfziger Jahre, wurde im Juli 1954 wegen seiner Tätigkeit für *pro und contra* aus der SPD ausgeschlossen:

„Wie im Falle Huhns exemplarisch deutlich wird, waren der rätesozialistischen Diskussion in der Bundesrepublik gegen Mitte der fünfziger Jahre im Zeichen des verschärften Antikommunismus, der beginnenden hochkonjunkturellen Entwicklung und der sich andeutenden Abkehr der SPD von ihrem radikaldemokratischen Selbstverständnis der Nachkriegsjahre seit der Wahlniederlage von 1953 alle Erfolgsaussichten genommen. Die rätesozialistische Debatte unter Berufung auf die Tradition des Rätekommunismus verstummte in den folgenden zehn Jahren völlig und

wurde erst wiederaufgenommen in den zunächst kleinen Zirkeln des ‚Sozialistischen Deutschen Studentenbundes‘ gegen Mitte der sechziger Jahre“ (Bock 1976: 185).

Um die Ausmaße des Antikommunismus in den Fünfzigerjahren zu verdeutlichen, ist sicherlich kein Beispiel so prominent, wie das Verbot der Kommunistischen Partei, das sich allein auf die Unvereinbarkeit einer kommunistischen Weltanschauung und der Konstitution der Bundesrepublik stützte. Der Anwalt Diether Posser schreibt dazu:

„Kernpunkt der Urteilsbegründung war die Verfassungswidrigkeit der Ziele der KPD. Ohne Zweifel besteht eine ideologische Unvereinbarkeit zwischen den Grundprinzipien des Marxismus-Leninismus, der Lehre von der proletarischen Revolution und Diktatur des Proletariats, mit den Grundwerten einer parlamentarischen pluralistischen Demokratie. Auch hatte die KPD schwere Fehler gemacht und als Partei jede Sympathie außerhalb ihrer Mitglieder verloren: die oft byzantinistisch anmutende Verherrlichung sowjetischer Politiker, vor allem Stalins, die völlige Kritiklosigkeit gegenüber Missständen in den DDR, die Verkündung scheinrevolutionärer Phrasen, die oft beleidigende und verunglimpfende Sprache gegenüber der Bundesregierung und anderes mehr. Aber es hat keine politischen Morde, keine Attentate, keine Aufstandsversuche, keinerlei Gewalttaten, keine geheimen Waffenlager und keine Liquidationslisten gegeben. Umgekehrt wurden sehr wohl Kommunisten verfolgt, ihre Parteibüros demoliert, ihre Schaukästen zertrümmert, ihre Redner misshandelt, ihre Funktionäre verleumdet und verunglimpft, ja sogar mit Mord von organisierten Banden, wie dem Bund Deutscher Jugend, bedroht“ (Posser 2000: 147f).

Welche Auswirkungen die antikommunistische Grundhaltung auch für Linksozialisten hatte, verdeutlicht der Prozess gegen Viktor Agartz. Der ehemalige Sozialdemokrat war nach dem Krieg zunächst Generalsekretär des Wirtschaftsrates der britischen Zone, dann des Zentralamtes für Wirtschaft der anglo-amerikanischen Bizone und schließlich Leiter des Frankfurter Wirtschaftsrates. Von diesem Amt trat er wegen Kritik an der geplanten Währungsreform zurück, sein Nachfolger wurde Ludwig Erhard. Ab 1949 stand er dem Wirtschaftswissenschaftlichen Institut (WWI) des DGB vor. Den Höhepunkt seines politischen Einflusses erreichte 1954, als er das Hauptreferat auf dem 3. DGB Kongress in Frankfurt am Main hielt und dort eindeutige marxistische Positionen bezog. Das bedeutete damals etwa, sich gegen die Mitbestimmung zu stellen, weil diese die Wirtschaftsweise nicht verändere. Er gründete schließlich 1956 die Gesellschaft für wirtschaftswissenschaftliche Forschung und gab die Zeitschrift *Wiso*, Korrespondenz für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, heraus, 1957 wurde er wegen Rädelsführerschaft in einer verfassungsfeindlichen Vereinigung und dem Verstoß gegen das KPD- Verbotsurteils und verfassungsverräterischer Verbindungen zum FDGB der DDR festgenommen. Die Finanzierung seiner Zeitschrift *Wiso* hing zu diesem Zeitpunkt maßgeblich von 2000 Pauschalabonnement des FDGB der DDR ab. Er wurde zwar letztlich freigesprochen, aber die Kontakte zum FDGB isolierten ihn politisch: „Dies war sein verhängnisvollster Fehler. Als der Freigesprochene den Gerichtssaal verließ, war er politisch ein toter Mann“ (Posser 2000: 159).

Trotz der zunehmenden Abschottung seitens der etablierten Institutionen der Arbeiterbewegung wurden Fragen der Gesellschaftstheorie – wenn auch zunehmend isolierter – weiterhin innerhalb der sozialistischen Zirkel diskutiert. Fritz Lamm,

Mitbegründer des Thomas Münzer-Kreises, einer Gruppe zurückgekehrter Emigranten aus dem linkssozialistischen Spektrum, betont, dass es den genannten Zirkeln und ihren Publikationen in erster Linie zunächst um die Sammlung der Sozialisten im Nachkriegsdeutschland ging (vgl. Sozialistisches Büro 1978: 221).

Die Zeitschrift *funken*, die Lamm und andere 1950 gründeten – und von der 1978 ein Reprint im Verlag 2000, dem Verlag des Sozialistischen Büros erscheint, steht beispielhaft für den Versuch, diesen Rahmen zu verlassen und aus einem Selbstverständnis als kritische Opposition der Sozialdemokratie heraus, auf deren Entwicklung einzuwirken. Die Autoren des *funken* wie Fritz Lamm, Wolfgang Abendroth, Fritz Opel, oder Heinz Abosch füllen die Rolle der kritischen Opposition der Sozialdemokratie aus, indem sie sich in ihren Artikeln auf Äußerungen der SPD-Führung beziehen und auf Beiträge aus *Vorwärts* und der *Neuen Gesellschaft* reagieren. 1959 schreibt Lamm zum Ende des *funken*:

„Die Sozialdemokratie ist keine sozialistische Partei. Aber sie bleibt, solange sie besteht, die politische Vertretung der Interessen der Arbeitnehmerschaft. Darum kann kein bewußter Sozialist ihr den Rücken kehren oder sich von ihr isolieren lassen. Die Schwäche der Linken in der Partei kam zu einem Teil daher, daß viele geschulte Sozialisten glaubten, man könne heutzutage in neuen Organisationen oder außerhalb der Sozialdemokratie die Arbeitnehmer mobilisieren“ (ebd.: 230).

Für Jürgen Seifert steht der Kreis der Linkssozialisten um den *funken* auch für eine neue Form der politischen Organisation, den Freundeskreis:

„Die ‚Funken‘ und der diese Zeitschrift tragende Kreis machten den Versuch, unabhängig von den dem einzelnen fremd gewordenen Organisationen, politische Bewegungen in Gang zu setzen. Man orientierte sich nicht an der Organisation, sondern rückte – geprägt durch den Geist der Arbeiter-Jugendbewegung – den politischen ‚Freundeskreis‘ ins Zentrum. Es kommt auf die einzelnen an – schrieb Fritz Lamm –, ‚die bereit sind, von unten auf den schweren Weg mit uns zu gehen‘. [...] Kein Führer, keine Partei, auch nicht ‚die Massen‘ sind die Hoffnungsträger, sondern wir selbst sind wichtig und können durch unsere gemeinsame Denkarbeit eingreifen und damit dazu beitragen, das einzelne in der Masse in Bewegung geraten und sich und die Welt verändern“ (Seifert 1986: 9).

Die verschiedenen Phasen des *funken*, wie Karljo Kreter sie beschreibt, stehen exemplarisch für die Linkssozialisten in der unmittelbaren Nachkriegszeit. Zunächst die Zeit der „heimatlosen Linken“: Zurückgekehrte Exilanten, die sich jenseits von KPD und SPD positionieren und eine sozialistische Umbruchstimmung in den westlichen Besatzungszonen vermissen, ab etwa 1954 werden dann Fragen nach der Rolle der SPD interessanter, viele verstehen sich jetzt als Linke in der SPD. In dieser Phase gibt es „zwei Initiativen, die beide erfolglos blieben: die erstmals 1954 geäußerte Absicht, ein sozialistisches Manifest der linken Sozialdemokraten zu formulieren und der Versuch, durch Funken-Leserversammlungen einen engeren Zusammenhang unter den linken Sozialdemokraten zu schaffen“ (Kreter 1986: 178). Das Scheitern dieser Initiativen, der sich anschließende Abo- und Autorenrückgang führt zur dritten Phase, dem Ende des *funken* im September 1959, zwei Monate vor dem außerordentlichen

Parteitag der SPD in Bad Godesberg:

„[...] als die ‚Funken‘ im September 1959 ihre Arbeit einstellten, war ihre Mittler-Funktion erfüllt. Ihre Ansätze wurden von Gewerkschaftern, Naturfreunden und sozialistischen Studenten aufgenommen. [...] In der 68er-Generation waren die ‚Funken‘ kaum noch bekannt. Und doch waren die ‚Funken‘ eine wichtige Voraussetzung für den Inhalt des damaligen Protestes“ (Seifert 1986: 14).

In der Politik des *funken*-Kreises lassen sich, wie Seifert anmerkt, durchaus Kernelemente der späteren antiautoritären Strömung erkennen. Dem allgemeinen Trend der Entpolitisierung von Seiten der Gewerkschaftsführung und der Sozialdemokratie wie der politischen Resignationen der einfachen Mitglieder sollte die Politisierung der Gewerkschaftsarbeit und die Aktivierung außerparlamentarischer Bewegungen entgegengestellt werden. Auch die Kritik an der SPD – Herausstellen des Antikommunismus, die Eliminierung des Marxismus, die Öffnung gegenüber dem (alten) Mittelstand und den Kirchen, der Nur-Parlamentarismus, die ökonomische Fortschrittsgläubigkeit und die Abkehr von der Forderung nach Vergesellschaftung der Schlüsselindustrien – hielt sich weit über die Zeit des *funken* hinaus. Unterschiedliche Positionen gibt es indes darüber, inwieweit die Linksozialisten „nicht nur die Konservierung ihres politischen Milieus betrieben haben, sondern aktive Vermittler ihres Konzepts einer erneuerten Arbeiter- und sozialistischen Bewegung waren“ (Kreter 1986: 183), wie das etwa Kreter betont oder ob sie nicht gerade in ihrer politischen Niederlage an der Programmatik der Fünfzigerjahre festhalten. Während sich die SPD seit dem Godesberger Parteitag nicht mehr als Partei der Arbeiterbewegung versteht, die linkssozialistische Bewegung mit der Gründung der Bundeswehr und der Wiederbewaffnung eine große Niederlage erlitten hat und zudem keine besonders große Attraktivität entfalten kann, warnt Fritz Lamm davor, sich durch eine Abkehr von der SPD in eine noch größere gesellschaftliche Isolierung zu begeben.

***links* – Der Vorläufer**

Allerdings ist auch die parteiinterne Debatte der Sozialdemokraten in den später Fünfzigerjahren nicht ganz so steril, wie von Außen oft dargestellt. Als Vorläufer einer SPD-internen kritischen Position ist hier die von 1951 bis 1956 erschienene Zeitschrift *links* um den Herausgeber Hans Matthöfer, dem späteren Bundesminister für Forschung und Technologie, Finanzen und Post- und Fernmeldewesen in der Regierung Helmut Schmidt, zu nennen – Die Namensgleichheit zum späteren Organ des Sozialistischen Büros mag kein Zufall sein.

Hans Matthöfer als Initiator der Zeitschrift *links* war im Wintersemester 1949/50 und im Wintersemester 1950/51 SDS-Vorsitzender an der Frankfurter Universität. Im November 1951 erscheint die erste Ausgabe der *links*, wegen Kritik von Boris Rajewski, des Rektors der Universität, erfolgt die Umbenennung der Zeitung in *Ziel und Weg*, allerdings nur für eine Nummer. Joachim Peter, damals Mitherausgeber, betont, dass das Ganze ein sehr ambitioniertes Projekt war:

„Aus dem Ghetto der Universität ausbrechen konnte ein solches Blatt freilich kaum. Der theoretische Anspruch mochte hoch, das Engagement der Mitarbeiter groß, die sozialistische Perspektive weit sein: ‚Ziel und Weg‘ blieb auf einige Studenten beschränkt und war zu der Zeit wohl am wichtigsten für jene, die das Blättchen machten: als eine Einübung in Höheres, in eine Zeitschrift mit tieferem Anspruch und breiterer Resonanz“ (Peter 1985: 20).

Im September 1952 liegt dann das erstes 36-seitige *links*-Heft vor, das dem Anspruch, demokratischen Sozialismus zu diskutieren gerecht wird:

„Der Durchbruch aus dem universitären und zudem auf Frankfurt beschränkten Bereich, die Entwicklung zu einer weit verbreiteten, viel gelesenen, diskutierten und zitierten Zeitschrift für Theorie und Praxis des demokratischen Sozialismus ist sicher in einem Redaktionsprogramm begründet, daß in dieser Verbindung zu aktueller Politik und grundsätzlicher Auseinandersetzung mit den Fragen der Zukunft unserer Gesellschaft kaum ein anderes Organ anbot“ (ebd.).

Laut Peter war die *links* eine der ersten Publikationsorte, an denen sich „die Generation nach Weimar und in gewissem Sinne auch bereits die Nachkriegsgeneration eigenen Ausdruck verschaffte“ (ebd.: 21).

Auch Willy Albrecht verdeutlicht den Stellenwert der *links* für die Entwicklung des linkssozialistischen Spektrums. Er betont die Bedeutung der *links* für die Intensivierung der Theoriedebatte im SDS (vgl. Albrecht 1994: 140ff). Als Verbandzeitung und zugleich Organ der Jungsozialisten setzte sich die Zeitung deutlich vom offiziellen SDS-Organ *Unser Standpunkt* aus Berlin ab, dass eine strenge antikommunistische Linie vertrat. 1952 wurde die *links* für vier Nummer neben *Unser Standpunkt* Zeitschrift des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes, danach firmierte sie unter dem Untertitel *Zeitschrift des Landesverbandes Hessen des SDS und der hessischen Jungsozialisten*. Die angeblich selbstherrliche Art des Herausgebers Matthöfer sorgte mit für die Isolierung der Zeitung im Verband, so Albrecht (264).

In der zweiten Hälfte der Fünfzigerjahre beginnt auch der Sozialistische Deutsche Studentenbund (SDS), von 1946 bis 1961 Hochschulorganisation der SPD, sich als kritische Opposition zur offiziellen Parteilinie zu verstehen. Insofern scheint in diesem Punkt das Konzept der linkssozialistischen Kräfte aufgegangen zu sein, durch die Schaffung einer unabhängigen linken Öffentlichkeit auf die progressiven Teile der Sozialdemokratie einzuwirken. Während der SDS in der ersten Hälfte der Fünfzigerjahre von Kriegsheimkehrern dominiert wurde, die schon bald Führungspositionen in SPD und Gewerkschaften einnahmen, sind es in der zweiten Hälfte der Fünfzigerjahre insbesondere die Mitglieder des SDS, die am Frankfurter Institut für Sozialforschung studieren und zugleich politisch aktiv sind, die eine Entwicklung vorbereiten, innerhalb deren der SDS zu einer Plattform für einen neuen undogmatischen Marxismus werden sollte (vgl. Demirovic 1999: 857ff.). Diese Phase ist allerdings weniger durch die Schaffung von Öffentlichkeit gekennzeichnet, als durch den Aufbau einer halböffentlichen Struktur von Arbeitsgruppen und Diskussionszirkeln, innerhalb deren sich eine spezifische Rezeption der Kritischen Theorie etablieren konnte und die zudem der Herausbildung spezifischer Gruppenstrukturen und im Späteren eines „Lebensgefühls“ des Nonkonformismus (ebd.: 878) dienen sollte.

Während es den Linksozialisten nicht gelang, den Gesamtkurs der SPD mitzubestimmen, gewannen sie jedoch großen inhaltlichen Einfluss in den Jugend- und Studierendenorganisationen aus dem sozialdemokratischen Umfeld: Bei den Falken, der Naturfreundejugend, den Jungsozialisten und vor allem im Sozialistischen Deutschen Studentenbund:

„In der von den ‚Jungsozialisten‘ und vom SDS in Südhessen gemeinsam herausgegebenen Zeitschrift links kamen vielfach ähnliche Positionen zu Wort, wie sie die Sozialistische Politik oder die funken vertraten. Auch in der Bildungsarbeit und Publizistik einiger DGB-Gewerkschaften blieb diese Richtung nicht ohne Widerhall.“ (Klönne 1982: 163)

Weitere, an Bedeutung gewinnende Strömung in dieser Zeit gruppieren sich etwa um die Zeitschrift *WISO* von Viktor Agartz, um die *Andere Zeitung* von Gerhard Gleißberg, dem ehemaligen Chefredakteur des *Vorwärts* und die Vereinigung unabhängiger Sozialisten (VUS), die sich 1960 als Linksabspaltung von der SPD gründete. 1961 entsteht die Deutsche Friedensunion (DFU) als Sammelbecken von illegaler KPD bis neutralistischen Konservativen, sie verhindert weitere linksozialistische Parteigründungsversuche, auch die VUS scheitert an der Klärung ihres Verhältnisses zur DFU – wie auch knapp zehn Jahre später die Gründung der DKP linksozialistische Parteigründungspläne vereitelte. 1961 spitzte sich zudem die Situation durch den Unvereinbarkeitsbeschluss der SPD, die SDS-Mitglieder und -Sympathisanten aus der Partei ausschloss, noch einmal zu, die Linksozialisten reagieren unterschiedlich darauf. Peter von Oertzen etwa bleibt in der SPD, Wolfgang Abendroth hingegen verlässt die Partei und macht später mit der Gründung des Sozialistischen Bundes einen eigenen linksozialistischen Organisationsanspruch deutlich. Arno Klönne betont, dass es aber auch über diesen Unvereinbarkeitsbeschluss hinaus immer wieder gemeinsame Aktivitäten von Linksozialisten in der SPD, SDS und Sozialistischem Bund etwa in der Zeitschrift *express international* – Vorläufer des späteren *express*, der Gewerkschaftszeitung des Sozialistischen Büros – und den Kampagnen gegen Atomrüstung, Notstandsgesetze und Vietnamkrieg (vgl. Klönne 1982: 166). Klaus Vack weist zudem auf die nicht öffentliche Unterstützung des SDS durch die Naturfreundejugend Südhessen hin (vgl. Vack 1985: 161).

Gerade in den Auseinandersetzungen mit dem nun unabhängigen SDS verschieben sich mit dem Erstarken der antiautoritären Fraktion die Fronten. Die Linksozialisten vermissen das marxistische Fundament, die Anbindung der politischen Arbeit an den Produktionsbereich, die Antiautoritären hingegen distanzieren sich zunehmend von den in ihren Augen linksozialistischen Autoritäten. In diese Situation – 1968 – fällt die Gründung des Sozialistisches Zentrums, einer Kooperation von Sozialistischem Bund, traditionalistischer Flügel des SDS, VUS, DFU, ASO und ADS, regionaler linksozialistische Gruppen und dem Initiativ Ausschuss für die Wiedezulassung der KPD:

„Daß Gruppierungen, die bis dahin häufig eher auf Abgrenzung voneinander als auf Kooperation eingestellt waren, nun ‚zentrisch‘ zusammenzurücken versuchten, hatte seinen Grund in positiven wie auch negativen Erfahrungen von den Veränderungen der politischen Existenzbedingungen der Linken in der Bundesrepublik: positiv schien die Ausweitung außerparlamentarischer Aktion und das öffentliche Interesse an

sozialistischen Ideen; negativ schien, daß linkssozialistische Positionen und die Anknüpfung an Traditionen der Arbeiterbewegung in Gefahr waren, durch eine politisch diffuse, ‚geschichtslose‘ antiautoritäre Welle überspült zu werden“ (Klönne 1982: 167).

Mit der Gründung der DKP durchmischte sich das linkssozialistische Spektrum erneut, die Parteikommunisten zogen „in der Folgezeit einiges Potential aus dem mehr traditionalistisch gestimmten Flügel der linken Studentenbewegung an sich“, wie Arno Klönne das nennt (ebd.: 168), das Sozialistische Büro wird ab 1969 zum wichtigen Sammlungsbecken, aber auch die trotzkistische Gruppe Internationale Marxisten (GIM) bot einen politische Ort für Linkssozialisten. Viele in den Sechzigerjahren im Sozialistischen Bund, der VUS und dem SDS Organisierten gingen aber auch zurück zur SPD.

Der Linkssozialismus der Fünfziger- und Sechzigerjahre gilt gemeinhin als gescheitert, allerdings lassen die zahlreichen Zeitschriften und Diskussionszirkel mit ihren Teilnehmer-, Abonnement- und Auflagenzahlen bis hin zu Zehntausend (vgl. Klönne: 169) die Bedeutung dieses Spektrum in der damaligen Zeit erahnen.

Die Ostermarschbewegung

Die Ostermarschbewegung, erste große parteiunabhängige soziale Bewegung der Bundesrepublik, kann als Kern des linksliberalen Spektrums der entstehenden außerparlamentarischen Opposition angesehen werden. Sie baut auf die Kampf dem Atomtod-Gruppen (KdA) der fünfziger Jahre auf, die noch eng an die Sozialdemokratie angelehnt waren und nach dem Wandel der sozialdemokratischen Verteidigungspolitik bedeutungslos wurden. Nach Karl A. Otto existierten gegen Ende der fünfziger Jahre noch drei öffentlichkeitswirksame Anti-Militarismusgruppen (vgl. Otto 1977: 1989): die KdA-Gruppe München, die KPD-nahe Aktionsgemeinschaft gegen atomare Aufrüstung, die 1961 in die Parteinuigründung Deutsche Friedensunion (DFU) überging, und der in Hamburg 1960 erstmalig organisierte Ostermarsch der Atomkraftgegner. Sebastian Scheerer nennt eine vierte Gruppe: die Westberliner Studentengruppe gegen Atomrüstung, die seit Mai 1959 die Zeitschrift *Das Argument* herausgibt, sich jedoch recht bald von dem eingegrenzten Spektrum der Atomkraftgegner löste. *Das Argument* entwickelte sich zu einem der bis heute wichtigsten Organe der Neuen Linken (vgl. Scheerer 1988: 230).

Die Ostermarsch-Bewegung zeichnete sich allerdings nicht nur durch eine Sammlung der übrig gebliebenen Friedensgruppen der Fünfzigerjahre aus, sie stellt vielmehr einen ersten Wendepunkt in der Form der Organisation politischer Interessengruppen dar und ist in sofern auch Vorbild für die späteren Überlegungen des SB zum Thema Organisation. Sie versucht, eine neue Form von Öffentlichkeit herzustellen, die sich in Opposition zu den etablierten Öffentlichkeiten des fordistischen Klassenkompromisses stellt. Die Phase des fordistischen Klassenkompromisses ist in diesem Kontext als historischer Abschnitt gekennzeichnet, innerhalb dessen Kritik und Protest in einer ritualisierten Form akzeptiert waren. Die Integration der Organisationen der Arbeiterbewegung in das fordistische Vergesellschaftungsmodell entwertete bisherige Protestformen und stellte soziale Bewegungen vor das Problem, wie Protest adäquat geäußert werden könne. Vorbild der Ostermarsch-Bewegung ist die 1958 in London

unter Vorsitz von Bertrand Russell gegründete Campaign for Nuclear Disarmament (CND). 1958 organisierte die CND einen viertägigen Protestmarsch von London zum Atomwaffenlaboratorium Aldermaston. Dieser Marsch, der von Labour-Abgeordneten des britischen Unterhauses unterstützt wurde und an dem 10.000 Menschen teilnahmen, begründete als erster Ostermarsch die Tradition der Friedensbewegung (Otto 1977: 68).

Der erste Marsch dieser Art in der Bundesrepublik wurde 1960 in Hamburg und Schleswig-Holstein durchgeführt; organisiert wurde er von im Wesentlichen religiös-pazifistisch motivierten Einzelpersonen. Rund 1000 Teilnehmerinnen und Teilnehmer demonstrierten auf einem vier Tage dauernden Marsch gegen atomare Waffen. Deutlich war hier noch der betont apolitische Hintergrund: Die Veranstalter hatten untersagt, dass politische Gruppierungen den Ostermarsch unterstützen oder währenddessen auftreten, da Angst vor kommunistischer Infiltration herrschte. Darüber hinaus wurden an die Teilnehmerinnen und Teilnehmer Direktiven ausgegeben. Diskussionen während des Marsches waren untersagt, um zu verhindern, dass kommunistische Marschteilnehmer „Propaganda“ machen und die anderen Demonstranten eventuell „ideologisieren“ (ebd.: 72) könnten. Es etablierte sich innerhalb der Ostermarsch-Bewegung ein „ängstlich-autoritärer Führungsstil“ (ebd.: 73), der sich erst nach und nach aufgrund konkreter Lernerfahrungen veränderte.

„Am pazifistischen Ethos dieser Märsche, das die Strapazen als Selbstzweck vertrat, entzündeten sich indes bald Dispute. Schon nach dem OM 1961 erreichten den Koordinator Tempel Zuschriften, in denen darauf hingewiesen wurde, daß vier Tage Marsch »für viele ein Abschreckungsmittel« sei (A. Knaus, Esslingen), daß zwei Tage auch reichten und daß es noch besser sei, wenn ‚nur an einem Tag marschiert‘ würde (H. Hannover, Bremen). Andere wiederum nahmen Anstoß an ‚Klumpfen und Fahrtenliedern‘, die sie als ‚Verniedlichung des ernst gemeinten Marsches‘ empfanden (J. Leptien, Düsseldorf), erklärten, daß sie den ‚Plan, die physische Strapaze durch eine Jazzkapelle zu erleichtern, auf das Schärfste kritisieren möchten‘ (S. Althoff, Hamburg), und befürchteten, daß ‚durch eine Jazzkapelle der ganze Ostermarsch schlechthin als Ulk angesehen wird‘ (H. Weber, Hamburg)“ (ebd.: 92).

Der Ostermarsch war in seinen Anfängen eine Art Mischung aus religiös motiviertem Opfergang, politisch-pädagogischem Gemeinschaftserlebnis und politischer Demonstration. Gegen Mitte der Sechzigerjahre setzte sich die Auffassung durch, dass Ostermärsche nicht nur die Zielsetzung haben sollten, gegen den Krieg zu sein, sondern auch für „das Leben“, was die symbolische Struktur einzelner Aktionen entsprechend veränderte. Mit dem organisatorischen Wandel der Ostermarsch-Bewegung zur „Kampagne für Abrüstung“ wurde schließlich das Verständnis als Ein-Punkt-Bewegung abgelöst von einer größeren Offenheit gegenüber anderen Inhalten und differenten Aktionsformen. Die Diskussionen im Zentralen Ausschuss der Kampagne für Abrüstung bewegten sich immer mehr von einer rein pazifistischen Zielsetzung weg. Das Interesse wuchs, sich stärker mit der allgemeinen politischen Entwicklung der Bundesrepublik auseinander zu setzen. Die Diskussionen drehten sich um die Auswirkungen der formierten Gesellschaft, innerhalb deren nicht mehr von qualitativen politischen Alternativen innerhalb des Parteiensystems gesprochen werden konnte. Die Ostermarsch-Bewegung verstand sich mehr und mehr als Form der Selbstorganisation gewaltlosen Widerstands gegen das politische System (vgl. ebd.: 76). Dennoch: Trotz dieser

Diskussionen, welche die Perspektiven einer kritischen Bewegung gegen die autoritativen Entwicklungen der Demokratie Anfang der sechziger Jahre benannten, blieben die Aktivitäten der Ostermarsch-Bewegung in einem begrenzten Rahmen und verließen nicht die schon lange kritisierten Grundsätze einer rein moralisch-pazifistisch orientierten Politik:

„Die Beschränkung der Verbandstätigkeit auf traditionelle Aufklärungsveranstaltungen, ein teilweise elitäres Mißtrauen gegen politische Massenaktionen, fehlende politische Analysen und moralisch-rigoristische Abneigung gegen politische Differenzierungen bei der Bestimmung der Handlungsziele und Aktionsschwerpunkte führten noch kaum über ungezieltes Mahnen, Appellieren und Protestieren hinaus und schufen keine neuen Verbindungen zu den Motivationen anderer politischer Gruppen“ (ebd.: 97).

In der Beschränktheit der Politik der Ostermarsch-Bewegung deutet sich das Problem politischer Aufklärung an. Aufklärungsarbeit, die sich auf die Vermittlung bloßer Information beschränkt, steht vor dem Problem, dass Informationen an sich nicht handlungsauslösend sind. Gerade die oft moralisierende Argumentation der Ostermarsch-Bewegung – ähnlich der, die später innerhalb der Ökologiebewegung vertreten wurde – ist es, die eher lähmend als motivierend auf die Akteure wirkte. Das qualitativ neue politische Potenzial der Ostermarsch-Bewegung konnte sich schließlich erst in dem Moment entfalten, wo neue Bündnisse und Netzwerke entstanden. Von den Ostermärschen der Atomwaffengegner, die auf der Kampagne Kampf dem Atomtod und dem englischen Vorbild des Campaign for Nuclear Disarmament (CND) aufbauten, über die 1961 gegründete Kampagne für Abrüstung, bis hin zur 1968 entstehenden Kampagne für Demokratie und Abrüstung wechselte die Ostermarschbewegung dreimal ihren Namen, was schon allein Zeichen für politische Auseinandersetzungen und Lebendigkeit der Bewegung sei, so Karl A. Otto. Allerdings überwog auch hier stark die Angst vor kommunistischer Unterwanderung, etwa in Form der DFU Anfang der Sechzigerjahre. Die Einbeziehung von Kommunisten wurde letztlich nur geduldet, um sie zu integrieren und ihre Positionen zu neutralisieren. Interessant ist hier auf jeden Fall die Erfahrung der Ostermarschierer als Sammlungsbewegung quer zu allen parlamentarischen, aber auch außerparlamentarischen politischen Strömungen zu stehen:

„Die Grenze zwischen Zustimmung und Ablehnung [der Ostermarsch-Bewegung; G.O.] lief nicht zwischen ‚parlamentarischen‘ und ‚außerparlamentarischen‘ Organisationen, sondern auch quer durch die SPD und die Gewerkschaften. Für die Entwicklung der Politik und Strategie der Kampagne blieb dies eine dauerhafte Motivation, die außerparlamentarische Opposition als eine Sammelbewegung zu begreifen, die auch auf die Möglichkeiten gewerkschaftlicher, innerparteilicher und parlamentarischer Opposition bezogen blieb“ (Otto 1977: 126).

Eine solche Einschätzung korrespondiert sehr stark mit der Selbstverortung des späteren Sozialistischen Büros. Erfahrungen, die die spätere SB'ler in der KfA und der KfDA machen, fließen unmittelbar in ihre spätere politische Arbeit ein: Der Plattformcharakter der Ostermarschbewegung, die Zusammenarbeit der verschiedensten Gruppen scheiterte, weil theoretische Meinungsverschiedenheiten deutlicher zu Tage treten, zumal in einer hochpolitisierten Zeit wie nach dem 2. Juni

1967. Das SB wird später insofern den umgekehrten Weg gehen: Statt viele Organisationen auf eine Plattform zu zwingen, ist es ein Zusammenschluss, der die Mitgliedschaft und Arbeit in den verschiedensten Organisationen zulässt. Im Juli 1970 treten diejenigen aus der Ostermarschbewegung, die das SB mitbegründeten – Beilmann, Buro, Halberstadt, Klönne und Vack – von ihren Ämtern zurück. Nach der organisatorischen ist damit auch die personelle Trennung zwischen SB und Ostermarschbewegung vollzogen.

Klaus Vack: Linksozialist und Ostermarschaktivist

In der Biografie Klaus Vacks, des maßgeblichen Mitbegründers des SB, vereinen sich idealtypisch linksozialistische und pazifistische Elemente, deshalb sollen hier einige Verbindungslinien nachgezeichnet werden.

Vacks politischer Weg geht schon in der Jugendzeit von der Jungschar der evangelischen Jugend hin zur Naturfreundejugend. Er orientiert sich an unabhängigen Sozialisten wie Willi und Walter Buckpesch, Karl Wilhelm, Fritz Lamm, Leo Kofler, Wolfgang Abendroth, und Erich Nagel (Vack 1985: 155). Von 1952 bis 1972 ist er Jugendgruppenleiter in der Naturfreundejugend und er engagiert sich zudem in einer Wehrdienstverweigerergruppe, später im Verband der Kriegsdienstverweigerer. Mit 18 tritt er in die SPD ein, wird mit 19 Betriebsratsvorsitzender und schließlich 1956 mit 21 Jahren Gewerkschaftssekretär der Gewerkschaft Leder, Ortsverwaltung Offenbach. Er ist dort zuständig für die Jugendarbeit und engagiert sich in Anti-Kriegs-Diskussionen und -Aktivitäten. Der antikommunistische Kurs in den Verbänden der Arbeiterbewegung führt in dieser Zeit zu heftigen Kontroversen, die Naturfreunde entwickeln sich mit ihren Bundesvorsitzenden Fritz Rück und Willi Bukpesch linksozialistisch. Vack wird 1958 Landesjugendleiter der Naturfreunde Hessen und gemeinsam mit Kurt Volk, Fritz Amann, Else van Klev, Horst Goßfelder und Ernst Rohm Redakteur der Verbandszeitung *wir sind jung*. 1959 führt die Naturfreunde Hessen Landesleitung eine Friedensmarsch von Steinheim nach Offenbach durch, 1960 unterstützt Vack Fremdenlegionärs-Deserteure aus dem Algerienkrieg, 1961 wird er Mitveranstalter des ersten hessischen Ostermarschs: Rund 300 Teilnehmer wandern in drei Tagen von Miltenberg, über Aschaffenburg, Hanau und Offenbach bis auf den Frankfurter Römerberg. Wegen seines Ostermarschengagement verliert er seine Stelle als Gewerkschaftssekretär, wird aber in die Naturfreunde Bundesjugendleitung gewählt und arbeitet fortan als Bundesgeschäftsführer beim Verband der Kriegsdienstgegner, später auch als Redakteur deren Zeitschrift *civil*. Als Funktionär der Naturfreunde engagiert er sich für eine inoffizielle finanzielle Unterstützung des aus der SPD ausgeschlossenen SDS, der zu dieser Zeit nahezu mittellos war. Vack erlebt die polizeiliche Repression und die Schikanen gegen die Ostermarschierer unmittelbar:

„Druck erzeugen auch die häufigen Vorladungen zur Politischen Kriminalpolizei. Es geht immer um Lappalien. Der Sinn der Vorladungen kann nur Verunsicherung und Observierung sein. Als ich mir über den Brücken-Verlag die Rede Chruschtschows von 1956, in der er mit dem Stalinismus abrechnete, besorgte, fährt die Polizei, allzu

offensichtlich auf Wahrnehmung durch die Mitbewohner im Lohrweg bedacht, vor, um das ‚prokommunistische‘ Buch zu beschlagnahmen“ (Vack 1985: 168).

Ein anderes Beispiel ist die verweigerte Beförderung einer Briefsendung an 200 Adressaten der Naturfreundejugend, die Vack 1959 auf dem Offenbacher Hauptpostamt aufgibt. Auf den Briefumschläge ist der Aufdruck „Atomwaffen nein“ angebracht (vgl. ebd.).

Über die *Informationen zur Abrüstung, Zeitschrift der Kampagne für Abrüstung (KfA)*, redigiert von Christel Beilmann und Arno Klönne entsteht 1964 der engere Kontakt Vacks zur Kampagne, ebenso zu Andreas Buro, dem neuen Sprecher der Kampagne. Vack wird 1965 Geschäftsführer des zentralen Ausschusses der Kampagne für Abrüstung und steht dem Arbeitsausschuss, bestehend aus Christel Beilmann, Herbert Faller, Heiner Halberstadt, Hannelies Schulte und Herbert Stubenrauch vor – viele dieser Namen werden auch wenig später bei der Gründung des SB eine Rolle spielen. In einer Bürogemeinschaft in Offenbach, bestehend aus dem hessischen Landes- und dem Bundesbüro der KfA, dem hessischen Landesverband der Naturfreundejugend und der Bundesgeschäftsstelle der VdK laufen die Fäden zusammen. 1966 schließlich wird die geplante Notstandsgesetzgebung Thema der Kampagne für Abrüstung, mit der Gründung des Kuratoriums Notstand der Demokratie verzahnt sich die politische Arbeit zwischen Linkssozialisten, Ostermarschbewegung und Gewerkschaften sehr eng, Klaus Vack ist der Vertreter der Pazifisten im Kuratorium. 1967, nach der Ermordung Benno Ohnesorgs werden auch die Verbindungen zum SDS enger. Mit der von der Kampagne unterstützten Forderung nach Rücktritt von Heinrich Albertz, dem Regierenden Bürgermeister von Berlin, beginnt sozusagen die Synchronisation von KfA- und SDS-Politik, nächster Schritt ist die Unterstützung der „Enteignet Springer“-Kampagne des SDS.

Die Osterunruhen 1968 nach dem Attentat auf Rudi Dutschke und der gleichzeitig stattfindende Ostermarsch wird zur Zerreißprobe der bisherigen Koalition zwischen der alten linkssozialistischen Strömung und der neuen antiautoritären Bewegung. In einem Zelt am Rande des Frankfurter Römerbergs diskutieren unter anderem Oskar Negt, Hans Jürgen Krahl, K.D. Wolff, Reimut Reiche und Günter Amendt heftig über die Notwendigkeit eines militanten Protests, die Debatte wird am gleichen Abend im Club Voltaire mit Wolfgang Abendroth, Werner Hofmann, Georg Benz, Jakob Moneta, Helmut Schauer, Andreas Buro, Wolff Brüder, Heinz-Joachim Heydorn, Heinz Brakemeier, Heiner Halberstadt und Klaus Vack weitergeführt:

„Das eigentlich wichtige Ergebnis dieser kontroversen und solidarischen Auseinandersetzung – das wurde mir erst viel später klar – bestand darin, daß zwischen uns, der ersten und zweiten politisch engagierten Nachkriegsgeneration, und den Repräsentanten des neuen SDS oder besser der studentischen Protestbewegung kein unüberbrückbarer Bruch entstand, wie in zahlreichen anderen Zentren des antiautoritären Protests“ (Vack 1985: 186).

Zu dieser Debatte äußerte sich auch Heiner Halberstadt anlässlich des Todes von Wolfgang Abendroth 1985. Er betont die Bedeutung dessen Position in der hitzigen Kontroverse:

„Wenn die Neue Linke – und hier und heute findet etwas exemplarisches statt – sich zwar aus verständlichem Zorn, aber sich selbst täuschend über das eigene und das tatsächliche Kräftepotential in der Bundesrepublik verselbstständigende, würde sie auflaufen, sich isolieren und zerschlagen werden, oder sich selbst zerstören“ (Halberstadt 1985: 3).

Es geht also garnicht so sehr um die Frage der Gewalt, sondern vielmehr um den Aspekt der Legalität der Opposition, Oskar Negt etwa weist in seiner Analyse der Osterunruhen vehement darauf hin, dass die Legalität der Linken schon seit den Fünfzigerjahren vom Staat in Frage gestellt werde und man dieser Infragestellung nicht folge leisten solle (vgl. Negt 1968).

Im September 1968 kommt es zu einem Treffen der inzwischen in Kampagne für Demokratie und Abrüstung umbenannten Kampagne für Abrüstung im Offenbacher Naturfreundehaus, man will sich darauf konzentrieren, die KfDA als „Bündnis und Focus“ der APO zusammenzuhalten, angesichts der damaligen Diskussionen, die zwischen Rückbesinnung auf Gewerkschaften und SPD wie Parteigründung hin und her pendeln, ein schwieriges Unterfangen, dass auch bald scheitern wird. Bei Klaus Vack selbst kommen Zweifel auf:

„Ich selbst spüre jedoch und erfahre bald, daß es nicht nur mir so geht, daß wir undogmatischen Sozialisten uns einen eigenen, von einer nunmehr abgehobenen Bündnispolitik unabhängigen Bezugsrahmen schaffen müssen“ (Vack 1985: 190).

Kuratorium Notstand der Demokratie

Bis es 1966 zur Gründung des Kuratoriums Notstand der Demokratie kam, waren die Notstandsgesetze schon gut acht Jahre in der Diskussion, insgesamt wurden drei Gesetzentwürfe in drei verschiedenen Bundestagsperioden vorgelegt, bis die Gesetze schließlich 1968 verabschiedet wurden. Jürgen Seifert betont, dass der Widerstand von Seiten der Gewerkschaften auch deshalb so stark war, weil befürchtet wurde, dass bei Arbeitskämpfen eben jene Regelungen zum Tragen kommen würden. Zudem, so Seifert, sei die Rolle einzelner Linker in den verschiedenen Gewerkschaften nicht zu unterschätzen:

„Nun spielen in Riesenorganisationen wie den Gewerkschaften immer auch Einzelne eine große Rolle. Es kam darauf an, ob und wie diese Einzelnen zum Zuge kommen würden. Ich will hier insbesondere die Rolle von Abendroth, seinem Schüler Fritz Opel, und von Werner Thönnissen als Berater von Brenner erwähnen, in der IG Metall noch Benz, Dürrbeck, Radke und Moneta, auch Kummernuß (ÖTV), Gefeller und Vitt (IG Chemie), Riemer (Holz), Fabian (Gewerkschaftliche Monatshefte), Lutz (Druck und Papier) und Brumlop (erst Quelle, später Gewerkschaftspost der IG Chemie). Die haben im Grunde innerhalb der Gewerkschaftsbewegung die Notstandssache am Kochen gehalten. Ohne die wäre vieles so nicht gelaufen. Denn die Haltung, daß man eine Resolution verabschiedet und meint, man habe seine Schuldigkeit getan, war im DBG zur damaligen Zeit sehr verbreitet“ (Seifert 1988: 59).

Auch innerhalb der SPD gab es Widerstand. Während Horst Ehmke in der Großen Koalition für die Sozialdemokraten an den Notstandsgesetzen mitarbeitete, formierten sich um Hans Matthöfer, damals Mitglied des Rechtsausschusses des Bundestags, die Kritiker.

Das Kuratorium Notstand der Demokratie war zwar deutlich gewerkschaftlich dominiert – etwa durch die Finanzierung des Kuratoriumsbüros durch die IG Metall –, als Organisationsform der Opposition hatte es allerdings eine neue Qualität, da in ihm die verschiedensten Strömungen zusammenfanden:

„Heute reklamieren viele die Vaterschaft für sich. Wichtig waren sich die ‚Kampagne für Demokratie und Abrüstung‘ mit Klaus Vack und der SDS mit Helmut Schauer. Wichtig waren auch Berater von Otto Brenner, wie Fritz Opel und Werner Thönnessen. Aber entschieden hat Otto Brenner“ (Seifert 1988: 62).

Das Kuratorium kann, wie Richard Heigl hervorhebt, als Gemeinschaftsprojekt der drei großen außerparlamentarischen Bewegungen der Sechzigerjahre angesehen werden: der Ostermarschbewegung, der Anti-Notstandsbewegung und der Studentenbewegung (vgl. Heigl 2006: 157). Es sollte, einem Plan des SDS-Bundesvorstands folgend, in erster Linie einen Kongress der Notstandsgegner organisieren. Es umfasste 52 Personen – unter ihnen 21 Professoren, 14 Gewerkschafter, fünf evangelische Geistliche und fünf Schriftsteller:

„Die Zusammensetzung zeigt, dass sich das Kuratorium bemühte, die Gewerkschaften aktiv einzubinden, und einen gemeinsamen institutionellen Rahmen für Vertreter aller außerparlamentarischen Kräfte zu schaffen“ (ebd.).

Während die Rolle der Gewerkschaften innerhalb der Opposition immer geringer wurde, übernahm zunehmend der SDS die Führungsrolle und wurde „nach und nach zum Impulsgeber in der gesamten Notstandsopposition“ (ebd.: 176). Die Gewerkschaften standen vor dem Dilemma, den Kontakt zur Sozialdemokratie nicht verlieren und die Einheitsgewerkschaft nicht aufs Spiel setzen, aber dennoch gegen die Notstandsgesetze protestieren zu wollen. Heigl betont etwa, dass die Tatsache, dass Helmut Schauer für die Arbeit des Sekretärs seine Mitgliedschaft im SDS aufgeben musste, diese Situation verdeutliche. Das Kuratorium blieb weithin von gewerkschaftlich orientierten Bundestagsabgeordneten und der Streikbereitschaft einzelner Gewerkschaften, die sein Drohpotential ausmachten, abhängig. Organisatorisch entwickelte sich das Kuratorium zu einer Erfolgsgeschichte:

„Die Teilnehmerzahlen bei Veranstaltungen der regionalen Aktionsausschüsse der Notstandsbewegung übertrafen die der Gewerkschaften bei weitem. Auch die Anzahl der örtlichen Notstandsausschüsse wuchs nun schnell: von 20 bis 30 Ausschüssen Mitte 1966 bis etwa 70 Ende 1966“ (ebd.: 177).

In der Koordination dieser großen Bewegung unabhängig vom DGB sieht etwa Jürgen Seifert die eigentlich Leistung des Kuratoriums (vgl. Seifert 1976: 252) Heigl stellt zudem in den Vordergrund, dass die Bildung des Kuratoriums auch eine Konsequenz der „Pluralisierung des außerparlamentarischen Raumes“ (Heigl 2006: 179) war. Weder

Gewerkschaften noch die sozialen Bewegungen außerhalb der Parteien und Gewerkschaften konnten eine einheitliche Strategie vorweisen, insofern kam die Bildung des Kuratoriums durchaus den Gewerkschaften entgegen, da sie einen einheitlichen Ansprechpartner erhielten:

„Damit war eine Brücke zwischen zwei sehr unterschiedlich arbeitenden Bewegungen geschaffen: dem hierarchisch-bürokratischen Organisationsprinzip der Gewerkschaften und den eher netzwerkartig organisierten Single-Purpose-Movements“ (ebd.: 178).

Diese Entwicklung war wiederum Ergebnis einer jahrelangen Zusammenarbeit von Linkssozialisten in den Gewerkschaften, dem SDS und der Ostermarschbewegung. Aus diesen konkreten politischen Erfahrungen, die einzelne Akteure wie den schon erwähnten Klaus Vack in ihrer politischen Sozialisation stark prägten, lassen sich Rückschlüsse auf das in etwa ein Jahre nach dem Scheitern der Notstandsopposition entstehenden Sozialistische Büro ziehen. Die Brückenfunktion, die linkssozialistische Kreise in Sozialdemokratie, Gewerkschaften, Ostermarschbewegung und studentischer Protestbewegung erfüllten, sollte das Sozialistische Büro auch nach dem Scheitern der antiautoritären Revolte und der Aufsplitterung der oppositionellen Kräfte übernehmen.

Der Kongress Notstand der Demokratie fand im Herbst 1966 mit 1500 Teilnehmern in Frankfurt am Main statt, zur Abschlusskundgebung auf dem Frankfurter Römerberg fanden sich überraschend 20.000 Zuhörern ein. Zahlreiche Einzelgewerkschaften, der DGB Bundesjugendausschuss und viele DGB Landesbezirke unterstützten den Kongress, während sich der DGB-Bundesvorstand distanzierte. Die Veranstaltung selbst diente sowohl der inhaltlichen Arbeit als auch der Formierung des Protestes, etwa auf der großen Abschlusskundgebung. Viele Autoren sehen neben dem Erfolg des Kongresses zugleich einen Scheidepunkt, da die Linkssozialisten von da an nicht nur durch rechte Sozialdemokraten und Gewerkschaftler kritisiert wurden, sondern auch durch den zunehmend hegemonialen Flügel der Antiautoritären in der studentischen Protestbewegung (vgl. Schneider 1986; Seifert 1976). Vorwurf von linker Seite an die Organisatoren der Notstandsproteste war, dass deren Politikverständnis zu staatsfixiert, legalistisch und zu sehr an rechtlichen Positionen – kurz: zu wenig revolutionär – orientiert sei.

Den Erfolg des Kongresses nutzte das Kuratorium dazu, statt sich wie geplant aufzulösen, weiterhin als Koordinationsstelle für die Notstandsopposition zu dienen. Zur Unterstützung der inhaltlichen Arbeit gegen die Veranschiedung der Notstandsgesetze wurde unter anderem auf Betreiben von Wolfgang Abendroth, einer der zentralen Figuren in dieser Bewegung, ein Arbeitsausschuss Notstand der Demokratie gegründet. In dieses Gremium wurden Wolfgang Abendroth, Heinz Maus, Georg Benz (IG Metall), Werner Vitt (IG Chemie), Kurt Georgi (Gewerkschaft Holz), William Borm (Landesvorsitzender der Berliner FDP) und Oberkirchenrat Heinz Kloppenburg DD gewählt (vgl. Heigl 2006: 181). Dieses Gremium sollte den lokalen Anti-Notstandsgruppen Material und Referenten zur Verfügung stellen, verstand sich also als reiner Dienstleister – ähnlich, wie später das Sozialistische Büro sein Verhältnis zu den unabhängigen Basisgruppen beschreiben sollte.

Das Kuratorium hingegen beanspruchte ein allgemeinpölitisches Mandat, was politischen Sprengstoff in die Auseinandersetzung trug. In der IG Metall häuften sich die

Stimmen, die forderten, die finanzielle Unterstützung zurückzuziehen, nachdem sich das Kuratorium auch zum Thema Atomwaffenverzicht, bundesdeutsche Ostpolitik und wirtschaftspolitische Maßnahmen der Bundesregierung äußerte.

Höhepunkt und zugleich Ende der Antinotstandsbebewegung war der Sternmarsch nach Bonn im Sommer 1968. Mit dem Marsch vereinigten sich, so Heigl, noch einmal und zugleich zum letzten mal symbolisch die drei großen außerparlamentarischen Bewegungen, Ostermarschbewegung, studentische Protestbewegung und Anti-Notstandsbebewegung mit ihren gewerkschaftlichen Querverbindungen. Klaus Vack spielte auch hier wieder, als Mitglied des Organisationskomitees, eine zentrale Rolle. „Es ist unser Kampfziel“, so die Sternmarschierer, „für den 11. Mai [1968; G.O.] in Bonn praktisch nachzuweisen, daß der demokratische Widerstand auch nach einer Verabschiedung der Notstandsgesetze sich nicht beruhigen, sondern verschärfen würde, und daß dieser Widerstand schlagkräftig und differenziert arbeiten und sich entwickeln kann [...]“ (Aktionsbrief vom 30.4.1968, zitiert nach Heigl 2006: 185f.) Im weiteren Verlauf spitzte sich die politische Situation soweit zu, dass die Zusammenarbeit der verschiedenen Strömungen im Kuratorium problematisch wurde. Militante Proteste auf dem SPD-Parteitag im März 1968 wie das Attentat auf Rudi Dutschke im April 1968 und die sich anschließenden Osterunruhen führten zu gegenseitigen Distanzierungen: „Isolierung und Verschärfung des außerparlamentarischen Protests, mangelnde Erfolge, Einlenken der SPD und Gewerkschaften und Protest verstärken sich gegenseitig“ (ebd.: 186). Der Sternmarsch selbst verdeutlichte noch einmal den Bruch in der Bewegung: Während in Bonn 70.000 Menschen gegen die Notstandsgesetze protestieren, lud der DGB am gleichen Tag zu einer Veranstaltung in Dortmund mit 20.000 Teilnehmern – die Gewerkschaften betonten ihre Eigenständigkeit gegenüber der Bewegung. Inhaltlich begründet, so Heigl, sei dieser eigene Weg einmal mit einer Sicherung des Streikrechts in den neuen Notstandsgesetzesentwürfen und zum anderen mit der angesichts der Rezession gesunkenen Bereitschaft der Arbeiter, sich allgemeinpolitisch zu engagieren. Zudem sollten im Vorfeld der anstehenden Bundestagswahlen 1969 alle möglichen Organisationszentren jenseits der SPD aufgelöst werden, so auch das Kuratorium Notstand der Demokratie.

Den Gewerkschaften waren die Planungen zu einem Sozialistischen Zentrum und die Vorbereitungen einer Wahlalternative, wie sie seit 1967 im linkssozialistischen Spektrum getroffen wurden, nicht entgangen. Mit der Sozialistischen Arbeitskonferenz im Juni 1967, der dortigen Gründung eines – nicht mit dem späteren Offenbacher Sozialistischen Büros zu verwechselnden – Sozialistischen Büros in Frankfurt am Main und der Sozialistischen Februarkonferenz 1968 war bereits der Grundstein für eine neue Organisation gelegt worden, die über das Spektrum des Kuratoriums hinaus auch den Kontakt zu illegalen KP'lern suchte.

Der Rückzug der Gewerkschaften verlief indes sehr radikal, mit dem Ende der Finanzierung der Infrastruktur löste sich das Kuratorium im Juli 1968 auf – nachdem es auch Rücktritte und innere Auflösungserscheinungen gegeben hatte.

Sozialistisches Zentrum

Nach Verabschiedung der Notstandsgesetze und der Niederlage der Antinotstandsbebewegung stand die Frage zur Debatte, ob sich nicht die oppositionellen

Kräfte angesichts der Bundestagswahl 1969 zu einer parlamentarischen Kraft formieren sollten. Während sich auf theoretischer Ebene linkssozialistische und antiautoritäre Konzepte gegenüber standen, gab es auch praktisch-politische Überlegen, die zu einer Teilnahme an den Wahlen drängten: die organisatorische Absicherung der abebbenden 68er-Bewegung, der drohende Einzug der NPD in den Bundestags sowie die zunehmende Ununterscheidbarkeit der großen Volksparteien. Insbesondere der traditionalistische Flügel des SDS und der Sozialistischer Bund, die Nachfolgeorganisation des SDS-Förderkreises mit Wolfgang Abendroth und Heinz Brakemeier, taten sich in der Frage der Organisierung der außerparlamentarischen Opposition hervor.

1966 schon, nach Bildung der Großen Koalition, hatte sich in Marburg mit der Arbeitsgemeinschaft Sozialistische Opposition (ASO) ein informeller Diskussionskreis zur Organisations- und Parteienfrage gegründet. Anders als etwa als die zur gleichen Zeit entstehende Novembargesellschaft in Berlin, die später den Republikanischen Club gründen sollte, wurden hier weniger rätendemokratische denn konkret parlamentarische Ideen präferiert. Hier entstand auch die Idee zur Gründung eines Aktionszentrums für Sozialismus und Demokratie. In Marburg und Frankfurt entwickelte sich daraufhin, so Heigl, eine längere Diskussion über Charakter, Inhalt und Beteiligte dieses Projekts. Einigkeit bestand von Beginn an im Aufbau eines Zentrums links von der SPD mit parteiförmiger Perspektive. Allein die Auswahl möglicher Bündnispartner verdichtet, wie Heigl treffend anmerkt, den Eindruck, dass man sich gedanklich in sehr traditionellen Bahnen bewegte. Die grundlegenden Differenzen zwischen antiautoritären, rätendemokratischen Konzepten, die im zunehmend antiautoritär dominierten SDS die Oberhand gewannen und traditionalistischen linkssozialistischen Ansätzen konnte auch das Organisationsmodell eines Aktionszentrums zu dieser Zeit nicht überwinden. Heftige Auseinandersetzungen gab es zudem um die Einbeziehung der illegalen KPD in das Bündnis (vgl. ebd.: 188ff.).

Auf einer sozialistischen Arbeitskonferenz im Juni 1967, kurz nach der Ermordung Benno Ohnesorgs und des anschließenden Kongresses anlässlich der Beerdigung in Hannover, sprach sich Ossip K. Flechtheim für ein enges Bündnis aus Ostermarschbewegung, Antinotstandsbewegung, studentischer Protestbewegung, klassischen Organisationen der Arbeiterbewegung, aber auch liberalen Gruppierungen wie der Humanistischen Union oder dem linken FDP-Flügel aus. Reimut Reiche vom SDS Bundesvorstand hingegen äußerte sich äußerst skeptisch über die Bündnisfähigkeit der Linken angesichts der zugespitzten politischen Situation (vgl. ebd.: 192). Die weiteren organisatorischen Schritte beschreibt Heigl:

„Die Arbeitskonferenz beschloss die Bildung eines sozialistischen Zentrums, um damit die demokratische und sozialistische Opposition, die oppositionellen Ansätze innerhalb der SPD sowie die vorhandenen Ein-Punktbewegungen zu stärken. Hierzu wurde ein Arbeitsausschuss der sozialistischen Opposition (nicht mit Marburger ASO zu verwechseln) konstituiert und ein ständiges Sozialistisches Büro in Frankfurt eingerichtet. Außerdem wurde ein eigener Informationsdienst aufgelegt und die Formulierung eines Aktionsprogramms der sozialistischen Opposition (Sozialistische Alternativen zur Politik der Großen Koalition) in Angriff genommen“ (ebd.: 193).

Der nächste organisatorische Schritt, die Sozialistische Februarkonferenz im Februar 1968 in Offenbach mit über 1000 Teilnehmern diente der offiziellen Gründung des

Sozialistischen Zentrums (SoZ) als Plattform der linkssozialistischen Bewegung. Ryschkowsky beschreibt das Bild, das sich bot:

„[...] sie spannte ihren Bogen von Professoren, Theoretikern und Publizisten über gutwillig-biedere Mitkämpfer aus der örtlichen Grundorganisation, linkssozialistische und auch kommunistische Veteranen bis hin zu den jungen studentischen Rebellen, die schon im äußerlichen Auftreten erkenntlich, eher Protestinstinkten ihrer Sturm- und Drangmentalität folgten, denn ernstlich geneigt waren, sich einer sozialistischen Organisation in der nötigen programmatischen und organisatorischen Disziplin einzuordnen.“ (Ryschkowsky 1968: 54)

Wolfgang Abendroth als Hauptreferent der Konferenz ging mit der antiautoritären Bewegung ins Gericht und warnte davor, deren Erfolge zu überschätzen. Es ginge darum, einen Lernprozess in die Wege zu leiten, der nicht abstrakt, sondern mittels praktischer politischer Aktionen die Bildung und Stabilisierung einer permanenten oppositionellen Kraft erreiche. Er plädiert für eine Teilnahme am Bundestagswahlkampf 1969, ebenso spricht er sich dafür aus, mit den Antiautoritären im Gespräch zu bleiben. Arno Klönne spricht in seiner Betrachtung der Februarkonferenz davon, dass die Gründung einer linkssozialistischen Organisation, eventuell sogar Partei, die auch illegale Kommunisten zu integrieren vermochte, kurz bevorstand (vgl. Klönne 1982: 167). Allerdings sollte alles ganz anders kommen: Mit der Niederschlagung des Prager Frühlings im August 1968 und der unversöhnlichen Haltung nicht nur der illegalen Kommunisten in der Bundesrepublik, sowie der Gründung der Deutschen Kommunistischen Partei im September 1968 war die Option einer linkssozialistischen Parteigründung hinfällig geworden.

In einem offenen Brief fordern zahlreiche Mitglieder des Sozialistischen Zentrums, wie auch im übrigen des späteren Sozialistischen Büros wie Andreas Buro, Heiner Halberstadt, Arno Klönne, Herbert Stubenrauch und Klaus Vack die westdeutschen Kommunisten dazu auf, „die Politik der UdSSR von sozialistischen Prinzipien aus unter Kritik zu nehmen“ (Ryschkowsky 1968: 216). Der Einmarsch der Truppen der UdSSR und anderer Warschauer-Pakt-Staaten in die CSSR „widerspricht den Prinzipien des internationalen Sozialismus und schädigt den Fortschritt der sozialistischen Bewegung im internationalen Maßstab“ (ebd.). Die Position der Kommunisten gegenüber dem Prager Frühling wird zur Entscheidungsfrage über die Zusammenarbeit in der außerparlamentarischen Opposition in der Bundesrepublik gemacht. Eine Gruppe westdeutscher Kommunisten, unter ihnen Peter Gingold, wie auch der Initiativausschuss für die Wiedezulassung der KPD antworteten auf den offenen Brief mit einer Rechtfertigung des Einmarschs in der CSSR, was wiederum Klaus Vack und Arno Klönne in einer abschließenden Reaktion darauf veranlasste, eine Aktionseinheit mit den Kommunisten abzulehnen – die Idee des Sozialistischen Zentrums war gescheitert, die verbliebenen Bündnispartner orientieren sich wenig später am neugegründeten Sozialistischen Büro. Heigl betont die Bedeutung dieses politischen Einschnitts:

„Die Bedeutung der militärischen Niederschlagung des Prager Frühlings in der CSSR kann für die weitere Entwicklung der Neuen Linken nicht unterschätzt werden. Die westliche Linke betrachtete dies überwiegend als einen Rückfall in den Stalinismus. Die Hoffnungen auf eine Demokratisierung des Ostblocksystems, die u. a. nach dem XX. Parteitag der KPdSU entstanden, war enttäuscht worden. Zudem sah man, dass die

Staatssozialismen jede eigenständige Entwicklung zum Sozialismus blockierten; vor allem wurde moniert, dass sie mit ihrer Politik dem politischen Gegner in die Hände spielten“ (Heigl 2006: 199).

Gründung des Sozialistischen Büros

Nach dem Scheitern des Sozialistischen Zentrums und dem misslungenen Versuch, eine erfolgreiche linkssozialistische Kraft zur Bundestagswahl 1969 aufzustellen, stellte sich die Organisationsfrage neu. Klaus Vack benennt rückblickend die für ihn wichtigen inhaltlichen Aspekte einer möglichen Organisationsform: Es solle sowohl Gesellschaftsanalyse als auch deren praktische Umsetzung im Mittelpunkt stehen. Ein antiautoritärer Impetus dürfe nicht zu einer völlig organisationsfeindlichen Haltung führen, eine Parteigründung soll allerdings nicht angestrebt werden. Man will nicht selbst Institution werden, sondern in Institutionen hineinwirken. Inhaltlich gehe es zudem um einen Kommunismus-kritischen, nicht antikommunistischen Kurs (vgl. Vack 2005: 99).

Im Dezember 1968 wird ein von Christel Beilmann, Heinz Brakemeier, Andreas Buro, Frank Deppe, Heiner Halberstadt, Holger Heide, Arno Klönne, Herbert Stubenrauch und Klaus Vack unterzeichneter Brief an etwa 100 Multiplikatoren verschickt. Beigefügt ist ein „Entwurf für eine Aufforderung, Voraussetzungen einer unabhängigen sozialistischen Bewegung in der Bundesrepublik zu organisieren“:

„So wenig eine geschlossene, vereinheitlichte Organisation den gegenwärtigen Bedürfnissen der formellen und informellen sozialistischen Gruppierungen in der Bundesrepublik entsprechen würden, so sehr besteht doch andererseits objektiv und subjektiv das Bedürfnis nach einer gesicherten und beständigen Kommunikationsstruktur unter den Sozialisten und sozialistischen Gruppen und Clubs in der Bundesrepublik [...] In der gegenwärtigen Situation scheint es uns möglich und dringend notwendig, zwei Instrumente einer kontinuierlichen Kommunikation zu schaffen: 1) eine allgemein zugängliche, nicht auf Oppositionskonsum, sondern auf politische Praxis gerichtete sozialistische Zeitung, 2) ein zentrales, nicht als politische Führungsinstanz, sondern als ‚Dienstleistungsstelle‘ operierendes Sozialistisches Büro“ (zitiert nach ebd.: 101f.).

Etwa 30 Personen, maßgeblich aus dem linkssozialistischen Spektrum, aber auch der Ostermarschbewegung, sowie auch geprägt durch die Erfahrungen im Kuratorium Notstand der Demokratie und dem Sozialistischen Zentrum, gründen im Februar 1969 in Offenbach die Arbeitsgruppe Sozialistisches Büro. Sie verschicken im März über 20.000 Exemplare der Nullnummer der *links. Sozialistische Zeitung*. Die Gewichtung der Arbeit im Sozialistischen Büro wird schon daran deutlich, dass die *links*-Gründungserklärung eine ganze Zeitungsseite einnimmt, während sich das SB selbst auf nur einer Drittel-Seite erklärt. Die *links*-Redaktion stellt dabei vier Aspekte in den Vordergrund:

- Zunächst die Positionierung zwischen SPD, DKP und Studentenbewegung.
- Wichtiges Stichwort der inhaltlichen Arbeit ist die „Selbstorganisation“; in „Betrieben, Büros, Schulen, Gemeinden und Wohngebieten“, wie es dort heißt.

- Es geht den SB'ern zudem darum, „aus dem Dilemma unbrauchbarer traditionell-bürokratischer Organisationsvorstellungen hier, ebenso unbrauchbarer ‚reiner‘ und teils blinder Spontaneität dort herauszufinden“.
- Schließlich bietet sich die links selbst als „in Instrument der besseren Kommunikation“ an – „ohne Monopolansprüche. [...] Unsere Zeitung sieht ihre Funktion dort, wo über Theorie der Praxis und Praxis der Theorie informiert und diskutiert wird, illusionslos, undogmatisch, verständlich für jeden, der linke Politik machen will“ (*links* 0: 2).

„Für bessere Kommunikation der unabhängigen Linken“ empfiehlt sich das SB in der *links*-Nullnummer als Organisation, die sich zwischen Antiautoritären und Linkssozialisten positioniert (*links* 0: 3). Die SB-Gründer sprechen von „zwei politisch-organisatorische Einstellungen“: „Die einen machen Spontaneität zum Mythos und lehnen jede beständige Form der Kooperation ab. Die anderen flüchten aus der Enttäuschung über die Schwierigkeiten der ‚Selbstorganisation‘ in die nur scheinbar rettenden Arme traditioneller Organisationsvorstellungen“ (ebd.). Das SB selbst soll als eine Art Dienstleister auftreten: „Das Sozialistische Büro will (ohne Monopolanspruch und ohne Anspruch auf Endgültigkeit) eine bessere Kommunikation unter unabhängigen Sozialisten und ihren verschiedenen Gruppierungen entwickeln, Material sammeln, reproduzieren, anbieten, verteilen und damit zur größeren Effektivität der Linken beitragen“ (ebd.).

Trotz aller Offenheit gibt es aber auch deutliche Abgrenzungen, etwa gegenüber der rechten SPD, gegenüber DFU und DKP sowie gegenüber vermeintlichen „Mogelpackung“-Bündnisse wie der Aktion Demokratischer Fortschritt (AdF), die mit Wolfgang Abendroth immerhin ein prominentes linkssozialistisches Mitglied aufweisen kann – eine Abgrenzung, die Heiner Halberstadt in seinem Beitrag vornimmt (*links* 0: 17). Die *links*-Rubrik „modelle“ dient der Vorstellung von Basisgruppen, hier wird der im März 1968 gegründete Sozialistische Lehrerbund vorgestellt, dessen Kernüberlegungen zentrale Gedanken des späteren Arbeitsfeldansatzes des SB aufgreifen:

- Es gibt eine Unzufriedenheit über „abweichend-politische Freizeittätigkeit und der Anpassung und Untätigkeit am konkreten sozialen Ort des Berufs“: „Der viele Genossen belastende Gegensatz zwischen dem ‚linken Bewußtsein‘ meist privater Zirkel und dem ‚rechten Sein‘ angepaßter beruflicher Tätigkeit mußte somit zwangsläufig zu dem Versuch führen, speziell für den Berufsbereich eine politische Organisation zu schaffen“ – auch als Linksopposition zur GEW gedacht.
- „Eine bestimmte Berufsrolle im kapitalistischen System übernehmen [...] und gleichzeitig nicht auf politisch-verändernde Arbeit zu verzichten durch Rückzug auf private Freizeitpolitik erfordert die Ausfächerung ganz bestimmter, niemals ‚reiner‘ Aktions- und Arbeitsformen, die der objektiven Doppexistenz unter den bestehenden gesellschaftlichen Gewaltverhältnissen entsprechen“ (*links* 0: 28f.).

Der Sozialistische Lehrerbund (SLB) vereinbart auf Initiative von Herbert Stubenrauch eine Kooperation mit dem SB. Gemeinsam geben SLB und SB den Informationsdienst des Sozialistischen Lehrerbundes, später Informationsdienst Arbeitsfeld Schule heraus. Der Grundstein für den so genannten Arbeitsfeldansatz des SB, Linke in ihrem beruflichen Umfeld zu organisieren und ihnen ein Podium zu bieten, ist gelegt. Mit den „Thesen zur Situation und Aufgabe von sozialistischen Lehrern“, die auf einer SLB Arbeitstagung im Januar 1972 vor 650 Teilnehmern zur Diskussion gestellt und in *links*

31 dokumentiert wurden, sowie dem „Aufruf zur überregionalen Organisation im sozialistischen Lehrerbund (SLB) und im Sozialistischen Büro“ in *links* 37 orientiert sich das SB in seiner Gründungsphase stark am Bildungssektor – mit dem SLB als der ersten „arbeitende Einheit an der Basis“ (*links* 37: 20) und dem SB als überregional koordinierender Kraft.

In den Thesen des SLB heißt es einleitend, dass „weder ‚Chancengleichheit‘, ‚optimale Förderung jedes einzelnen Schülers‘ noch ‚Demokratisierung der Schule‘ und grundsätzliche ‚Curriculumrevision‘ beim Fortbestand des kapitalistischen Systems in der öffentlichen Schule zu verwirklichen sind“ (ebd.: 23). Es gehe deshalb darum, sich der Widersprüche im Bildungswesen zu widmen und die Schwachstellen einer nach kapitalistischen Kriterien orientierten Schule zu benennen:

„Die exakte, detaillierte, bildungsökonomische Analyse der Widersprüche im Erziehungssektor durch weitere intensive theoretische (Schulungs-)Arbeit an den Schulen und Universitäten wissenschaftlich voranzutreiben, ist eine der wichtigsten Aufgaben aller Genossen im Schulwesen“ (ebd.).

Auch darüber, was ein sozialistischer Lehrer an seinem Arbeitsplatz machen kann, gibt es sehr genaue Vorstellungen: „Erschütterung des Legitimationsverständnisses der heranwachsenden Generation mit dem bestehenden System“, „Abbau der autoritären Charakterstrukturen“, Aufbau von kognitiven, emotionalen, affektiven und politisch-handlungsrelevanten Fähigkeiten, das bestehende System als Klassensystem zu begreifen, in marxistischen und gesellschaftlichen Kategorien denken zu lernen und die Kenntnisse und Mittel zu erwerben, die es jedem Heranwachsenden erlauben, sowohl in der vorhandenen Gesellschaft halbwegs ‚glücklich‘ zu bestehen, als auch an ihrer Umgestaltung aktiv mitzuwirken“ (ebd.: 23). Zudem sollen sozialistische Lehrer Lernmethoden praktizieren, „die die Selbstbestimmung in den Lerngruppen ermöglichen, autoritäre Charakterstrukturen abbauen helfen und politisch handlungsfähig machen“ (ebd.). Doch damit nicht genug, auch eine „intensive Aufklärungs- und Schulungsarbeit mit den Eltern“ sei angesagt – das Ganze allerdings nicht in Konkurrenz zur Gewerkschaft, sondern in Anerkennung der GEW als „größte und politisch relevanteste Organisation der Lehrerschaft“ (ebd.).

Andreas Buro stellt eine andere, für die Vorgeschichte des SB zentrale Organisation vor, die Kampagne für Demokratie und Abrüstung: Von inneren Widersprüchen einer Sammelbewegungen gekennzeichnet, steht die Kampagne zum Ende der Sechzigerjahre vor dem Problem, ihre Einheit erhalten zu wollen, um aktionsfähig zu bleiben und andererseits Friedenspolitik auch inhaltlich vorantreiben zu wollen, was wiederum auf Kosten der Übereinstimmung der Bewegung geht. Die politische Situation hat sich, so Buro, zudem grundlegend verändert. Die Forderung nach Abrüstung und Verständigung mit dem Osten allein trägt nicht mehr, die Hoffnung auf einen „Lern- und Annäherungsprozeß“ der Linken hat sich zerschlagen. Die Studentenbewegung strebt die offene Konfrontation mit der Staatsmacht an, die Kommunisten arbeiten an einer parlamentarischer Alternative, der Einmarsch der Warschauer-Pakt-Truppen in die CSSR hat zudem die politischen Koordinaten umgewälzt:

„Infolgedessen steht die Kampagne für Demokratie und Abrüstung seit einem Jahr im Zeichen wachsender Schwäche. Sie kann die auseinanderstrebenden Kräfte nicht mehr zusammenhalten. Antiautoritäre Studenten und DKP, kritische Christen und

unabhängige Sozialisten suchen heute ihr Schwergewicht in eigenen Aktionen“ (*links* 0: 31).

Artikel über Griechenland, Spanien, Italien, CSSR, Jugoslawien und China, die Geschichtspolitik der SED, die Wirtschaftspolitik in Westeuropa, sowie Berichte aus Parteien, Gewerkschaften und sozialen Bewegungen runden die Nullnummer ab. Die Organisation SB und die Zeitschrift *links* sind insofern von Anfang an eng miteinander verbunden, nicht, weil die *links* eine klassische Verbandspublikation gewesen wäre, sondern weil das SB mit dem Ziel der Ermöglichung von Kommunikation sein Schicksal eng an eine funktionierende Kommunikationspraxis als Zeitschriftenherausgeber, als Vertrieb von Broschüren und grauer Literatur, als Buchladenbesitzer wie als Verlag gebunden hat.

In der Nummer 1 vom Juni 1969 sind erste Reaktion auf das Erscheinen von *links* zusammengefasst, sowohl Antiautoritäre, als auch Kommunisten stehen dem Projekt kritisch gegenüber, was die *links* zu einer Abgrenzung nach allen Seiten treibt:

„Wir meinen: Wer die KPdSU, die SED oder die DKP kritisiert, ist deshalb nicht Anti-Kommunist, ist nicht einmal unbedingt Nicht-Kommunist; wer Autoritätsansprüche antiautoritäre sich verstehender Gruppen kritisiert, ist deshalb nicht autoritär, und wer für liberale Verfahrensweisen in der linken Diskussion eintritt, ist deshalb noch kein Liberalist“ (*links* 1: 2).

Schon in dieser Nummer 1 ist die Rubrik „modelle“ auf mehrere Seiten gewachsen, es werden Projekte wie eine Mieter-Interessengemeinschaft, der Republikanische Club Hameln, Kritische Mediziner und der Arbeitskreis Kritische Sozialarbeit vorgestellt. In der zweiten Ausgabe wird die Stellungnahme des Republikanischen Club Berlins zu dem von ihm ausgerufenen publizistischer Boykott der *links*, sowie die Replik der *links*-Redaktion publiziert. Hier zeigen sich deutlich Auseinandersetzung um die Deutungshoheit über die antiautoritären Bewegung – moniert werden vom RC zwei Beiträge von Hans Günter Helms und Wolfgang P. Streek. Vorwurf gegen die *links* ist, dass eine oberflächliche Kritik an den Antiautoritären lediglich als Abgrenzungsfolie diene, um den eigenen „dritten Weg“ und die „diffuse pluralistische Konzeption“ (*links* 1: 5) rechtfertigen zu können. Aus der antiautoritären Bewegung seien sehr wohl Strömungen erwachsen, die sich über das Verhältnis von Spontaneität und Organisation Gedanken machen würden. Der vermeintliche *links*-Pluralismus entpuppe sich als anti-antiautoritär. Die *links*-Redaktion stützt sich in der Stellungnahme zum Boykott auf ihren Pluralismus, die Strategiediskussion habe schließlich Jörg Huffschmid vom RC Berlin in der Nullnummer eröffnet, zugleich kämpfen die SBler jedoch merklich mit ihrem Ostermarschimage:

„Tasächlich besteht die Herausgebergruppe von ‚links‘ überwiegend aus Leuten, die seit langem theoretisch und praktisch als unabhängige Sozialisten arbeiten und die von dieser Position aus in der Ostermarschbewegung mitgearbeitet haben“ (ebd.: 6.).

In einer *links*-Extraausgabe zu den Bundestagswahlen 1969 findet sich ein Kommentar von Arno Klönne, der als SPD-Aufruf missverstanden wurde, weil Klönne der Brandt-Regierung durchaus positive Aspekte abgewinnen konnte. Wie Vack erwähnt, hatte das SB von da an den Ruf, „fünftes Rad“ der SPD zu sein (vgl. Vack 1985: 197). Die alte

linkssozialistische Strategie, in die Sozialdemokratie hineinwirken zu wollen, leistete dem auch Vorschub. Immer wieder gab es Initiativen, sozialdemokratische Regierungspolitik zu beeinflussen, bzw. inhaltlich Impulse zu setzen. Erster erfolgreicher Versuch in dieser Richtung war die vom SB in *links* 5 initiierte Anmestiekampagnen für alle wegen geringer Demonstrationsdelikte während der studentischen Protestbewegung um 1968 strafrechtlich Belangten – die Regierung Brandt soll sich die Anmestie schließlich in ihr eigenes Brevier schreiben – als integrative Kehrseite der Berufsverbote und der verschärften Verfolgung militanter Proteste.

Die Auflage der *links* liegt 1969 bei 8000, davon 2250 Abos. Als Zielvorstellung werden 3000 bis 3500 Abos angestrebt. Die *links*-Redaktion besteht aus Christel Beilmann und Arno Klönne und ist von 1969 bis 1971 in Bochum angesiedelt, während die Arbeitsgruppe Sozialistisches Büro von Anfang an in Offenbach lokalisiert ist.

Als Reaktion auf die Septemberstreiks 1969 (*links* 4: 5f., 6, 5f.) gründet sich 1970 ein Arbeitskreis Betrieb und Gewerkschaft, der unter der Herausgeberschaft des SB die *Sozialistische Betriebskorrespondenz* – „von Kollegen für Kollegen“ – monatlich herausgibt (vgl. *links* 8: 23).

Die *Sozialistische Betriebskorrespondenz* fusioniert 1972 mit dem bereits zehn Jahre erscheinenden *express international* (vgl. *links* 39: 3). Die neue Zeitung für sozialistische Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit heißt *express*, sie erscheint ab Dezember 1972 bis heute. Die Zahlen über die *links*-Auflage in dieser Zeit differieren stark. Während in *links* von einer 8000er Auflage bei 2700 Abos die Rede ist, spricht Klaus Vack in seinen Erinnerungen von einer 6000er Auflage und 3000 Abos (vgl. Vack 1985: 112). Am Jour-Fix des SB in Offenbach nehmen teil: Frank von Auer, Andreas Buro, Hansgeorg Conert, Heiner Halberstadt, Holger Heide, Eike Hennig, Gert Schäfer, Kirsten Schäfer, Wolfgang Streek, Herbert Stubenrauch und P.C. Walther, die Gründungsredaktion der Sozialistischen Betriebskorrespondenz besteht aus Peter Grohmann, Heiner Halberstadt, Willi Hoss, Willi Michel, Willi Scherer, Georg Schleichert und Edgar Weick. Neben Linkssozialisten sind mit Hoss und Michel auch ehemalige in der illegalen KPD Organisierte vertreten, die sich in Distanz zur neugegründeten DKP begeben. Vack erwähnt in diesem Zusammenhang die deutliche Unterscheidung im SB zwischen „sozialistischen Demokraten“ und „Kommunisten“, er sieht das SB im Rückblick auch als eine Art Resozialisierungsinstanz für Kommunisten:

„Einige illegale Kpler dieser Jahre [Ende der Sechzigerjahre; G.O.], beispielhaft nenne ich Willi Hoss und Willi Michel, haben sich irgendwann von der KPD losgesagt und waren später dabei, als wird das Sozialistische Büro ins Leben riefen. Andere Kommunisten – und das sind die meisten – sind heute fest integriert und teilweise in führender Position in der DKP“ (ebd.: 183).

Ein weiterer Schwerpunkt der politischen Arbeit in SB in den Anfangsjahren ist die kritische Sozialarbeit. Auf dem 4. Deutsche Jugendhilfetag im Mai 1970 in Nürnberg protestiert eine Gruppe mit dem Namen Sozialistische Aktion Jugendhilfetag gegen die staatliche Indienstnahme der Sozialarbeit als befriedend und integrierend (vgl. (*links* 12: 15ff). Über diese Protestaktionen entsteht ein enger Kontakt des SB zur *Sozialpädagogischen Korrespondenz* in Berlin. Die Sozialistische Aktion beschreibt ihre Proteste auf dem Jugendhilfetag in *links*:

„Durch gezielte Analysen und Agitation sollte den über 2000 Teilnehmern gezeigt werden, wie die politische Lage der Kinder und Jugendlichen und ihrer Erzieher in der Bundesrepublik wirklich aussieht. Das heißt: daß unter kapitalistischen Bedingungen Sozialarbeit und Jugendpflege immer nur integrative, symptom behebende Funktion, nicht aber verändernde, die Ursachen beseitigende Funktion haben kann“ (*links* 12: 15f.).

Aus der Sozialistischen Aktion Jugendhilfetag geht schließlich der Arbeitskreis Kritische Sozialarbeit (AKS) hervor, dem mit Günter Pabst der spätere langjährige Geschäftsführer des Verlags 2000 angehört. Der AKS organisiert sich im SB. Aus diesem Arbeitskreis geht ab Dezember 1972 die Redaktion des Informationsdienstes Sozialarbeit hervor. In zahlreichen *links*-Beiträge wird die Situation der Jugendarbeit, der Jugendlichen und der Stellenwert der Sozialarbeit im integrativen, sozialdemokratischen Staat thematisiert.

Das Sozialistische Büro hatte sich zu Beginn der Siebzigerjahre insbesondere über die publizistische Aktivität als *links*-Herausgeber etabliert. Die *links* wurde, wenn auch kurzzeitig boykottiert, als Organ der Linken jenseits verschiedener Strömungen akzeptiert, die hohen Auflagen künden von einer großen Verbreitung. Mit dem Sozialistischen Lehrerbund, dem Arbeitskreis Kritische Sozialarbeit und dem Schwerpunkt Betrieb und Gewerkschaft, der seinen publizistischen Ausdruck im *express* fand, waren die Eckpunkte der Arbeit im SB in den nächsten Jahren gesetzt.

Thesen der Arbeitsgruppe Sozialistisches Büro

Im November 1970 findet die erste große Versammlung des Sozialistischen Büros statt, auf der ein Thesenpapier von Andreas Buro diskutiert wird, das Grundlage für die 1971 veröffentlichten Thesen der Arbeitsgruppe Sozialistisches Büro werden soll. Es geht um die Formierung einer Bewegung für eine neue sozialistische Linke in der Bundesrepublik, gleichzeitig auch um eine Absage an Parteikonzepte. Die Thesen betonen, neben einer Einschätzung der Situation in der Bundesrepublik und der internationalen Nachkriegsentwicklung, dass eine sozialistische Bewegung insbesondere die Entwicklung neuer Organisationsformen vorantreiben müsse, „die den Beherrschten emanzipative Lernprozesse und reale Machtentfaltung in ihren unmittelbaren Arbeits- und Lebensbereichen gestatte[n]“ (SB 1971: 25). Gegen den gewerkschaftlichen Slogan von der Mitbestimmung wird das Ziel der Selbstbestimmung gesetzt. Statt Stellvertreterpolitik setzt das SB auf die „Selbsttätigkeit der Lohnabhängigen“.

In der Beschreibung der politischen Situation in der Bundesrepublik der unmittelbaren Nachkriegszeit wird der Schwerpunkt auf den Moment der Integration in das System gelegt. Der Antikommunismus als ein zentrales Element der kapitalistischen Gesellschaftsordnung Westeuropas konnte nur im Zusammenhang mit der ökonomischen Prosperität und der Steigerung des militärischen Potentials der USA Fuß fassen. Keiner sozialistischen Kraft ist es in dieser Situation gelungen „überzeugende Alternativen“ (ebd.: 7), wie es in den Thesen heißt, zu sozialdemokratischen oder stalinistischen Herrschaftsmodellen zu entwickeln:

„Im Bewußtsein der Beherrschten, vor allem Westdeutschlands, konnte ein Interesse am sozialistischen Weg lange Zeit erfolgreich verstellt werden. Der Anstieg des Realeinkommens und die manipulative Verdrängung der eigenen Interessen im Bewußtsein der Massen der Lohnabhängigen sind die beiden Pfeiler, auf denen die Partnerschaftsideologie beruht“ (ebd.: 7f).

Das SB will diese Partnerschaftsideologie von verschiedenen Seiten angreifen: Einmal geht es um „die Zerstörung der Legitimationsideologien des Kapitalismus“ und zum anderen um die „Entwicklung sozialistischer Alternativen“ (ebd.). Dabei wird in den Thesen immer wieder das Moment der Selbstorganisation in den Vordergrund gestellt, bezugnehmend auf die Marxschen Feuerbachthesen ist davon die Rede, dass „die Massen selbst und nicht eine ihnen gegenüberstehende ‚Elite‘“ den Kampf führen müssen (ebd.). Aus dieser Strategie ergeben sich für das Sozialistische Büro drei Hauptaufgaben einer sozialistischen Bewegung:

- Das Aufbrechen von Widersprüchen im Kapitalismus zur kritischen Bildungsarbeit nutzen.
- Neue Strukturen politischer Arbeit sollen geschaffen, gemeinsame Ziele definiert und eine Gegenmacht geschaffen werden.
- Eine Kooperation sozialistischer Kräfte auf europäischer Ebene wird angestrebt.

Da das SB in den Thesen eindeutig den Schwerpunkt auf die Selbstorganisation der Massen setzt, ist es notwendig, das Verhältnis zu bestehenden Institutionen zu bestimmen. Die parlamentarische Ebene lehnt das SB insofern ab, da dort „unter den bestehenden gesellschaftlichen Verhältnissen die emanzipativen Interessen der Lohnabhängigen [...] nicht vertreten“ (ebd.) werden. Ein Kampf um eine parlamentarische Vertretung von Sozialisten könne erst dann Sinn machen, wenn es eine historische Phase einer „politischen Massenaktivierung“ gebe, was Anfang der Siebzigerjahre nicht der Fall sei.

Aber nicht nur gegenüber den Parteien, auch gegenüber den Gewerkschaften sei eine kritische Distanz angebracht. In der politischen Arbeit der Gewerkschaften zeige sich eindeutig die Schwäche der Partnerschaftsideologie des Wohlfahrtsstaates. Auf der einen Seite werde bewusst auf eine Mobilisierung der Lohnabhängigen verzichtet und Arbeitskonflikte versucht zu entpolitisieren, auf der anderen Seite beruht die große Macht der Gewerkschaftsapparate im Sozialstaat weiterhin auf der Kampfbereitschaft der Lohnabhängigen. Insofern untergraben die Gewerkschaften mit ihrem Kurs ihre eigene Stellung. Eine sozialistische Strategie, die dem Gewerkschaftkurs entgegensteht, wäre, stattdessen eine Aktivierung und Organisation der Lohnabhängigen, die deren Selbsttätigkeit in den Mittelpunkt stellen würde. Zwar empfiehlt das SB in seinen Thesen grundsätzlich, innerhalb der Gewerkschaften zu arbeiten, sieht die eigene Organisation aber auch als notwendige Rückzugsmöglichkeit angesichts der „Feindseligkeiten der Apparate“ (ebd.: 26).

Dem Verhältnis zu sozialistischen Staaten ist ebenfalls ein Abschnitt in den Thesen gewidmet, was insofern ein zentrales Thema ist, da es schon im Vorfeld der SB-Gründung einige Auseinandersetzungen innerhalb der Neuen Linken angesichts des Einmarsches der Warschauer-Pakt-Truppen in die CSSR gegeben hatte. Das SB betont in den Thesen die Doppeldeutigkeit der weltpolitischen Rolle der sozialistischen Staaten: Einerseits setzt ihre Existenz den Kapitalismus unter Legitimationszwang, andererseits

sei der Stalinismus zugleich zur Vorlage für den Antikommunismus geworden – insofern versteht sich das SB auch als Unterstützer einer sozialistischen Opposition innerhalb sozialistischer Staaten:

„Die weitere Entwicklung der sozialistischen Staaten, insbesondere jeder Schritt zur sozialistischen Demokratie in ihnen, ist für die Chancen der Durchsetzung des Sozialismus in den kapitalistischen Staaten von höchster Bedeutung. Deshalb ist eine kritische Solidarität mit all den Kräften, die sich um die Entwicklung der sozialistischen Demokratie in diesen Gesellschaften bemühen, eine fundamentale Voraussetzung sozialistischer Arbeit in den kapitalistischen Ländern“ (ebd.: 27).

Die Bestandsaufnahme der sozialistischen Bewegung in der Bundesrepublik, ebenfalls ein eigener Abschnitt in den Thesen, unterscheidet sich nicht wesentlich von früheren Stellungnahmen des SB. Einerseits werden sowohl DKP, verschiedene Strömungen innerhalb der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften, K-Gruppen und lokale Basisgruppen zur Bewegung gerechnet, andererseits gibt es allerdings auch deutlich Abgrenzung, insbesondere in Richtung des organisierten Kommunismus. Der Abschnitt zur Organisationsfrage in den Thesen leitet schließlich zur Rolle, die sich das SB selbst zuschreibt, über. Eine mögliche Organisation könne nur auf die Selbstorganisation der Beherrschten aufbauen, ein zutiefst antiautoritäres Moment, das sich immer wieder in den Selbstbeschreibungen des SB findet:

„Ein Bewußtsein von der eigenen Lage und den Möglichkeiten gesellschaftlicher Veränderung kann von den Beherrschten nur durch Selbstorganisation entwickelt werden. Sozialistische Organisationen haben daher die Funktion der strategischen und taktischen Koordination sowie der ständigen theoretischen Reflexion und Vermittlung“ (ebd.: 31).

In einer Bestandsaufnahme der ersten Monate seit Bestehen betont das SB seine Rolle bei der Verbreitung einer sozialistischen Öffentlichkeit und der Verbesserung der Kommunikation unter den „arbeitenden Gruppen“: „Sein Ziel in der gegenwärtigen Phase der Entwicklung ist es, die organisierte Kooperation autonomer sozialistischer Gruppen in der BRD zu fördern, und zwar in Zusammenarbeit mit all denen, die dem dargelegten politischen Rahmen im allgemeinen zustimmen können“ (ebd.) Als Kerngruppen des SB haben sich zum Zeitpunkt der Veröffentlichung der Thesen Arbeiter-, Lehrlings-, Lehrer-, Sozialarbeiter-, Bildungsarbeiter-, studentische, Ausländer- und Dritte-Welt-Gruppen, wie internationale Solidaritätskampagnen, und vom SB koordinierte punktuelle Kampagnen herausgebildet. Wobei zu dieser Selbstdarstellung mit Sicherheit einschränkend hinzuzufügen ist, dass es weit mehr Mitglieder aus dem Bildungsbereich, als Arbeiter und Lehrlinge waren, die die SB-Arbeit mitbestimmten. Trotz aller Kritik an vereinnahmenden Institutionen strebt das SB einen „Prozeß der Vereinheitlichung der sozialistischen Kräfte in der Bundesrepublik“ an. Es soll auf „gemeinsam festgesetzte Ziele“ hingearbeitet werden, sowie Taktiken und Strategien abgestimmt werden. Das SB versteht sich als das organisatorische Dach, unter dem dieser Findungsprozess stattfinden kann (vgl. ebd: 26). Die erste Ausgabe der Thesen der Arbeitsgruppe des SB erscheint 1971 in einer Auflage von 80.000, die *links* Abos erreichen in dieser Zeit die 5000er Marke.

Ab Januar 1972 wurde in *links* durchaus kontrovers über die Thesen des Sozialistischen Büros diskutiert. Ein AK Sozialistische Strategie aus Hamburg etwa legte eine detaillierte Kritik an den Thesen vor, um aber zugleich zur Mitarbeit im SB aufzufordern. Dem AK lehnen sich die Organisationsvorstellungen des SB zu eng an antiautoritäre Konzepte an (vgl. *links* 32: 18f.). Hier lässt sich die Frage anschließen, inwieweit die Organisationsmodelle des SB nicht Beispiel dafür sind, dass die Antiautoritären der 68er Revolte auf ältere linkssozialistische Modelle zurückgegriffen haben – die sich nun im SB niederschlagen?

In der gleichen *links*-Ausgabe liegt eine ausführliche Kritik der Thesen von Willi Michel vor, einem ehemaligen illegalen KPDler, der sich, statt in der DKP organisieren für die Mitarbeit im SB entschied. Für ihn gehen die Thesen in ihrer Kritik der Partnerschaftsideologie des wohlfahrtsstaatlichen Kapitalismus zu wenig auf den Gegensatz zwischen der Realitätsbezogenheit der Arbeiter – die Erreichung eines bescheidenen Wohlstands sei nun mal nicht wegzureden – und dem Idealismus des Bildungsbürgertums ein:

„Was fehlt, ist die Hoffnung, das gemeinsame Schicksal durch kollektives Handeln verbessern zu können. Solche Zukunftserwartungen können aber nicht an theoretischen Denkmodellen aufgebaut werden, sondern nur an den praktischen Erfahrungen der Arbeiter in den Betrieben“ (*links* 32: 18).

Für Michel steht eindeutig die Stärkung des „Kollektivbewußtseins“ im Mittelpunkt der politischen Arbeit, unwichtig sei die Stärke des Gegners, weil diese sich aus der eigenen Ohnmacht ergebe. Für ihn ist die zentrale Ebene der Auseinandersetzung der Betrieb, weil nur dort die unmittelbaren Bedürfnisse der Arbeiter berührt werden:

„Allein im Betrieb, im direkt überschaubaren Bereich des Arbeiters, kann dann der Manipulationsschleier der Herrschenden durchbrochen werden. Nur im Kampf um unmittelbare Rechte am Arbeitsplatz kennt er selbst alle Fakten und ist nicht auf den Informationsmarkt angewiesen, den der Gegner beherrscht. Seine Mobilisierung und Politisierung ist dort weitgehend dem betrügerischen Einfluß der Massenmedien entzogen“ (ebd.).

Eine erste erfolgreiche Aktion des SB ist die Durchsetzung einer Amnestie aller wegen Demonstrationsdelikte rund um 1968 Angeklagten durch Bundespräsident Gustav Heinemann und eine darauf folgende Liberalisierung des Demonstrationsrechtes durch die sozialliberale Bundesregierung.

Der erste gewählte Arbeitsausschuss des SB besteht aus: Klaus Vack, Heiner Halberstadt, Dieter Höhne, Arno Klönne und Edgar Weik. Die erste gewählte *links*-Redaktion setzt sich aus Christel Beilmann, Andreas Buro, Hansgeorg Conert, Arno Klönne, Gert Schäfer, P.C. Walther und Edgar Weick zusammen.

Klaus Vack unternimmt 1971 eine umfangreiche Rundreise durch die Bundesrepublik, um bei über hundert Basisgruppen und Bürgerinitiativen für einen Beitritt zum SB zu werben. Die Wirkungsgeschichte des SB bis in die Achtzigerjahre hinein wird maßgeblich durch die geografische wie thematische Breite der Organisation bestimmt, es gelingt dem SB insbesondere in ländlichen Regionen über Bildungsangebote zahlreiche Interessierte zu erreichen und deren politische Sozialisation mitzubestimmen.

Der Solidaritätskongress Am Beispiel Angela Davis

Über das Angela Davis Solidaritätskomitee (1970 bis 1972, bestehend aus Manfred Clemenz, Lothar Menne, Oskar Negt, Claudio Pozzoli und Klaus Vack), das aus dem Frankfurter Freundekreis von Angela Davis, die ab dem Wintersemester 1965/66 für vier Semester unter anderem bei Oskar Negt an der Johann Wolfgang Goethe-Universität studierte und Mitglied im SDS wurde (Davis 1972: 246) hervorging, entsteht ein intensiver Kontakt zum anfänglichen SB-Kritiker Oskar Negt.

Der Solidaritätskongress Am Beispiel Angela Davis – unterstützt von den Jungdemokraten, dem Bund Deutscher Pfadfinder, der Sozialistischen Jugend Deutschlands „Die Falken“, den Jungsozialisten in der SPD und dem Deutschen Bundesjugendring (siehe Kongressaufruf in *links* 32: 5) – im Juni 1972 in Frankfurt am Main mit über 10.000 Teilnehmern und zahlreichen berühmten Kundgebungsrednern und Referenten wie Herbert Marcuse, Wolfgang Abendroth und Ernest Mandel führt zu einem Ansturm auf das SB, zwei Taschenbücher des SB im Fischer-Verlag, der Tagungsband und ein Sammelband mit *links*-Artikeln, erreichen fünfstellige Auflagen (vgl. Angela Davis Solidaritätskomitee (Hg.) 1972; SB (Hg.) 1973). Oskar Negt grenzt sich auf dem Kongress, der unter dem unmittelbaren Eindruck der so genannten Mai-Offensive der RAF stattfand, von jeder Form der Solidarität mit bewaffneten Gruppen ab. Das ist insofern bemerkenswert, da Angela Davis' Verhaftung und ihre Anklage im Kontext der Repression gegen die Black Panther Party for Self Defense, einer – in Teilen zumindest – ebenfalls bewaffnet agierenden Gruppierung, steht (vgl. *links* 35: 15ff.).

Die Angela Davis Solidaritätskampagne ist aber nicht nur wegen ihres Erfolges für das SB maßgeblich, sie steht auch für einen spezifischen Schnittpunkt verschiedener politischer Aktionsfelder des SB: der Antirepressionsarbeit und des Internationalismus, sowie, darüber hinausgehend, der spezifischen rassistischen Aspekte der Repression gegen die Emanzipationsbewegung der Afroamerikaner in den USA.

Oskar Negt fasst die Positionen des Angela Davis Solidaritätskomitees in einem Beitrag für einen Sammelband mit Texten Angela Davis' zusammen. Ihre Verhaftung stehe für eine „staatlich sanktionierte Gewalt gegen die schwarze Emanzipationsbewegung“ (Negt 1972a: 373). Sehr heftig ist die Kritik an der US-amerikanischen Justiz, gegen Davis' Rolle als eine Einzelne, die in ihrer besonderen Rolle zur Stellvertreterin des Kampfes um Emanzipation werde, richten sich, so Negt, „die terroristischen Methoden einer präventiven Gegenrevolution, die in Vietnam in großem Maßstab erprobt und in der Strategie der ‚automatisierten Schlachtfelder‘ auf ihre barbarischen Konsequenzen gebracht sind“ (ebd.). Es gehe dabei um die Bekämpfung „einer antikapitalistischen Alternative im Innern der amerikanischen Gesellschaft, – eine Alternative, die von den herrschenden Klassen der Vereinigten Staaten nicht einmal auf dem Boden anderer Länder toleriert wird“ (ebd.: 374).

Interessant ist ebenso, dass der Weg der sich radikalierenden Black Panther Party for Self Defense durchaus sympathisierend beschrieben wird. Nach Negts Ansicht völlig konsequent ergebe sich aus der Orientierung an den sozialrevolutionären Befreiungsbewegungen der Dritten Welt eine Abkehr von einer an der Rechtsordnung der USA angelehnten Politik, weil diese ausgehöhlt sei. Während eine solche

Entwicklung gerade bei bewaffneten Gruppen in der Bundesrepublik heftig kritisiert wird, scheint sie für die politische Situation in den USA angemessen. Heftig wehrt sich Negt zudem dagegen, dass Davis' radikale Bezugnahme für den afroamerikanischen Emanzipationskampf mit Terrorismus gleichgesetzt wird:

„In zahlreichen Gesprächen mit amerikanischen und deutschen Journalisten über den Studienaufenthalt von Angela Davis in Frankfurt, den sie alle offenbar für einen entscheidenden Entwicklungsabschnitt ihres Lebens hielten, wurde mir stereotyp die Frage gestellt, ob sich schon hier in ihrem Denken Anzeichen einer Wendung zum Terrorismus gezeigt hätten. [...] Während es für Angela Davis gerade die Aufopferung ihrer Persönlichkeit gewesen wäre, sich der Wirklichkeit des Emanzipationskampfes der Schwarzen im Interesse ihrer individuellen Karriere zu entziehen, wird ihr die ausgetrocknete Rationalität des Kapitalinteresses als Maßstab eines realitätsgerechten und vernünftigen Lebens vorgehalten“ (ebd.: 382f.).

Auch das Thema Gewalt bekommt plötzlich eine ganz andere Wendung, wenn von den USA und nicht von der Bundesrepublik die Rede ist:

„Alle Gewaltaktionen der amerikanischen Linken zusammengenommen, wobei unberücksichtigt bleiben soll, wie viel davon auf kollektiver oder individueller Notwehr beruhen, wiegen nicht die Gewalt eines einzigen B-52-Einsatzes auf, der in eklatantem Verstoß gegen Völkerrechtsnormen, ja gegen die Nürnberger Gesetze Menschenleben in Vietnam vernichtet“ (ebd.: 384f.).

Interessant am Kongress Am Beispiel Angela Davis ist allerdings nicht nur die eindeutige Parteinahme zugunsten Davis' politischer Aktivitäten, die nicht nur im Punkt Militanz, sondern auch in Sachen Organisationsfrage und Verhältnis zu den sozialistischen Staaten eindeutig den Positionen des SB widersprechen. Das SB vertrat zwar die Positionen, dass Solidarität auch Linken gelte, deren Ansichten man nicht völlig teile, allerdings wurden in solchen Fällen, wie etwa bei den späteren RAF-Prozessen, diese Unterschiede auch deutlich betont.

Der Kongress erhält zudem seine Bedeutung, weil er weit über das Spektrum der Linksozialisten und Ostermarschierer zu mobilisieren vermag. Allein schon die Namen der prominenten Redner, Diskussions- und Arbeitsgruppenleiter vom streng an verfassungsrechtlichen Normen orientierten Wolfgang Abendroth über den Trotzlisten Ernest Mandel bis hin zur Antiimperialistin Brigitte Heinrich zeugen vom übergreifenden Charakter der Veranstaltung.

Klaus Vack spricht in einer Einschätzung des Kongresses davon, dass er Ausdruck einer „Vereinheitlichungsbewegung“ der verschiedensten sozialistischen Basisgruppen gewesen sei. Er nahm zudem viele Teilnehmer von Basisgruppen aus ländlichen Regionen wahr, die sich vom Besuch des Kongresses eine Anbindung an eine sozialistische Organisation versprochen, ohne ihre selbstständige Arbeit in ihrer Gruppe vor Ort aufgeben zu wollen. Auch die Gruppen beteiligter traditioneller Jugendverbände hätte sich sehr offen gegenüber dem vom SB angebotenen Organisationsmodell gezeigt. Eindeutig hingegen sei die Abgrenzung gegenüber „dogmatischen und abenteuerlichen“ Strategien linker Gruppierungen. Vack sieht zudem das Konzept des SB bestätigt und erklärt ihn zu einer Art ersten öffentlichen Manifestation der

Basisgruppen:

„Der Angela Davis Kongreß war eine Dokumentation dafür, daß Gruppen, die bisher (fast) nicht in der Öffentlichkeit auftraten (wie Basis- und Stadtteilarbeitsgruppen von Lehrlingen, Studenten, Schülern, der Jungarbeiter, Sozialarbeiter, Lehrer, Bürgerinitiativen etc.), existieren und, ausgehend von ihren eigenen Erfahrungen und denen der Massen, neue Organisationsformen suchen und bilden“ (Vack 1985: 216).

Die vielen prominenten Redner, die hohe Teilnehmerzahl und Negts Rede gegen den bewaffneten Kampf in der Bundesrepublik als eine der ersten Reaktionen auf die Mai-Offensive der RAF aus linken Kreisen lässt auch den *Spiegel* aufmerksam werden. In einem Interview versucht Negt das Organisationsmodell des SB zu verdeutlichen:

„Die Neue Linke muß [...] neue Organisationsformen bilden, und zwar, und das ist das Wichtigste, von unten ausgehend, von der spontanen, autonomen Organisation der Interessen ganz spezifischer Gruppen. [...] Diese Gruppen wollen nicht bloß Direktiven von oben realisieren; sie wollen keine vofabrizierten Konzepte, die mit ihren eigenen Erfahrungen nichts zu tun haben; sie suchen nach theoretischen Anleitungen für ihre Alltagspraxis“ (Negt 1972b: 131).

Er betont, dass ein solches Organisationsmodell der marxistischen Theorie keinesweg widerspreche, sondern ihr erwachse, weil der Marxismus gerade die Selbsterfahrung der Menschen aufgreift um sie zu politisieren und zu strukturieren: „genau wie die Marxsche und die Leninsche Theorie es tatsächlich waren, Anleitungen zum Handeln [...] und zum Begreifen des Handelns in bestimmten Situationen.“ (132) Insofern ist das Basisgruppenkonzept auch weniger anarchistisch, denn rätedemokratisch. Es gehe, so Negt, einfach darum, festzuhalten, dass Politik nicht irgend etwas abgehobenes ist, sondern ein kollektives Handeln, das auf die Erfahrungen und Interessen des Einzelnen aufbaut.

Organisierung nach Interessen

In der Folge des Davis-Solidaritätskongresses wird das Programm des Verlags 2000 um neue Reihen erweitert: Informationsdienst Schule, Informationsdienst Sozialarbeit, Informationsdienst Arbeiterbildung, Reihe Roter Pauker, und die Broschürenreihe Betrieb und Gewerkschaft. Im Oktober 1972 hält Oskar Negt auf einer SB-Tagung vor 200 Zuhörern sein berühmtes Referat „Nicht nach Köpfen, sondern nach Interessen organisieren“, das frühere Überlegungen, wie etwa in dem zitierten Spiegel-Interview aufgreift und das weitere organisatorische Selbstverständnis des SB prägen sollte (vgl. *links* 39: 9ff.). Erfahrungen, Bedürfnisse und Interessen sollen im Mittelpunkt eines Organisationskonzeptes stehen, das die bislang nur lose in Kontakt befindlichen Basisgruppen enger zusammenfassen soll. Es soll keine Direktiven von „oben“ geben, das SB „kann sich in der gegenwärtigen Phase nur als Organisator eines Produktionszusammenhangs verstehen“ (ebd.: 15). Historisch gesehen, so Negt, geht es dabei um die Überwindung der Trennung von Interessen und Politik, einer Trennung, der sich auch die Organisationen der Arbeiterbewegung unterworfen haben.

Negt plädiert dafür eine Organisationsdebatte zu führen, die sich aus den Erfahrungen der Protestbewegung speist. Als Beispiel greift er den SDS als Organisation auf, aus der sozialistische Kader für eine auf Gruppen der Intelligenz gestützte Bewegung hervorgingen. Dem SDS gelang es aber nicht, den politisch-organisatorischen Zusammenhalt dieser Bewegung zu gewährleisten. Deshalb bildeten sich informelle Kader, Vollversammlungen, Republikanische Clubs, Kommunikationszentren als „Formen der spontanen Selbstorganisation einer Bewegung, in der es vor allem auch um die Emanzipation des einzelnen, um die Bewußtwerdung seiner Interessen und Bedürfnisse, um das Zerschlagen der verinnerlichten und der äußerlichen Gewalt des Systems ging“ (*links* 39: 10).

Es geht allerdings nicht darum, neben die nach dem Ende des SDS entstehenden eine neue Organisation zu setzen, Negt schwebt eher eine Art zusammenfassende und organisatorisch stabilisierende Sammelbewegung vor, der es gelingt, eine Art „überfraktionelles Bewußtsein“ zu entwickeln (ebd.). Eine solche neue Gruppe müsse zwei Aspekte berücksichtigen: Die Zusammenfassung und Politisierung der Interessen und Bedürfnisse der Einzelnen und zugleich die Überwindung von Zersplitterung und Konkurrenz, denen die Einzelinteressen im Kapitalismus permanent ausgesetzt seien, so Negt (vgl. ebd.). Während traditionelle Vereinigungen nach „Köpfen“ organisieren, d.h. Mitglieder sammeln, gehe es darum, die Interessen in den Mittelpunkt zu stellen. Einem solchen Organisationsmodell entspreche das Selbstverständnis des SB, nämlich Organisator eines „Produktionszusammenhangs“ zu sein, in den verstreut und zum Teil lokal begrenzt arbeitenden Basisgruppen einbezogen werden. Das entspreche dem Gedanken der Rätevorstellung – Räte verstanden als „spontane Organisationsformen der Massen“ –, einer Konzeption, die im Übrigen schon von der antiautoritären Fraktion im SDS aufgegriffen wurde (vgl. ebd.: 11).

Negts organisatorische Überlegungen prägen den Werdegang der Organisation und verdeutlichen, wieso das SB für die spätere Alternativbewegung so attraktiv werden konnte.

Andreas Buro und Klaus Vack wollen nun auch die Zusammenarbeit der Basisgruppen vorantreiben und schlagen konkrete Schritte vor. Zunächst einmal gehen sie davon aus, dass sich die Widersprüche verschärfen, die Bundesrepublik als autoritäre kapitalistische Leistungsgesellschaft stehe vor einem immensen Reformbedarf. Die Legitimationsbasis des Systems sehen sie in Gefahr, ein neuer Antikommunismus nach innen und Wohlstandsprämien für konformes Verhalten sollen die Erosion der Zustimmung zum Status quo verhindern. Gerade die außerparlamentarische Bewegung stelle zudem zunehmend das System in Frage, sozialistische Alternativen werden wieder zunehmend gesucht. Ausgangspunkt der Arbeit des SB sei demnach, dass es zwar keine Massenbasis für den Sozialismus gebe, dennoch ein gehöriges Maß an Skepsis gegenüber der herrschenden Gesellschaftsordnung vorhanden sei. Buro und Vack fordern deshalb die Intensivierung der Basisarbeit und die „Einübung und Entwicklung von Solidarität und kollektiver Arbeit“ (*links* 39: 12). Für das SB selbst sehen sie ein Vier-Punkte-Programm vor: Zentrale Arbeitstagungen sozialistischer Basisgruppen in den Bereichen Betrieb und Gewerkschaft, Bildungsarbeit (Lehrer, Sozialarbeiter, Universitätsmitarbeiter), Antiimperialismus und Dritte Welt Gruppen; Zweitens: Die Gründung örtlicher oder regionaler „Kooperationsräte“; Drittens: „Konstituierung eines zentralen Koordinationsrates“ des SB und schließlich Viertens: Entwicklung einer Broschürenreihe mit Beiträgen zur sozialistischen Theorie und Praxis (vgl. ebd.).

Die *links*-Auflage ist bis Ende 1972 auf 12.000 gestiegen, davon 5500 Abos. Eine Aktion „2000 neue Abos bis Jahresende“ wird gestartet. Im SB sind über 600 Einzelpersonen und etwa 30 Gruppen organisiert. Der Verlag 2000 macht in dieser Zeit Millionenumsätze, der Zuwachs des SB ist immens und langsam für den kleinen Kreis der Organisatoren nicht mehr überschaubar (vgl. Vack 2005: 125).

Chile-Solidaritätsarbeit

Mit dem Putsch gegen Salvador Allende am 11. September 1973 rückt die Chile-Solidaritätsarbeit im SB in den Mittelpunkt, es erscheint ein *links*-Extrablatt in 300.000er Auflage, ein Solifond mit „mehreren hunderttausend Mark“ (ebd.: 128) wird ins Leben gerufen, zudem erscheinen weitere Publikationen zu Chile. Die Chile-Solidarität hat im internationalistischen Zusammenhang insofern eine besondere Rolle inne, da es hier um einen Putsch geht, der die Linke, die anscheinend auf demokratischem Weg nicht mehr zu stoppen war, zurückzuschlagen beabsichtigte. In einem Solidaritätsaufruf des SB in *links* 48 heißt es dazu, dass die Putschisten in erster Linie soziale Veränderungen im Interesse der Mehrheit der Bevölkerung, wie sie von der Regierung der Volkseinheit angestrebt wurden, verhindern wollten – egal auf welchem Weg: „Das Kapital läßt die Regeln der bürgerlichen Demokratie immer dann bedenkenlos fallen, wenn sich diese gegen Kapitalinteressen auszuwirken drohen“ (*links* 48: 3). Die zu entwickelnde Solidarität mit Chile wird auf die gleiche Stufe gestellt wie die mit der Befreiungsbewegung in Vietnam. Zudem wird dem bewaffneten Kampf gegen die Putschisten die absolute Legalität zugesprochen, jedes Mittel „proletarischer Gegengewalt“ sei in der aktuellen Situation legitim (vgl. ebd.). Allerdings will das SB sich auch von den gängigen Positionierungen der verschiedenen linken Fraktionen zugunsten der ihnen jeweils am naheliegendsten linken Fraktionen in Chile abgrenzen. Andreas Buro und Klaus Vack fordern in einem Beitrag die Solidarität mit den „(wie auch immer) Widerstand leistenden Arbeitern, Bauern, Studenten und Intellektuellen“ (*links* 48: 6). Diese bedürfe einer permanenten, begleitenden Analyse der Verhältnisse in Chile, der Mitteilungen aus dem Widerstand und der Berücksichtigung der Entwicklung der internationalen Bedingungen. Sie fragen zudem nach der konkreten Organisation von Solidarität. Mitleid könne hier keine Basis sein, vielmehr gehe es darum, Parallelen zwischen der Situation in Chile und Entwicklungen auch in Europa aufzuzeigen:

„Die zentrale Frage lautet: Wie sicher sind in einer kapitalistischen Gesellschaft bürgerliche Freiheit und Rechtsstaatlichkeit und die Möglichkeiten legaler gesellschaftlicher Umgestaltung? In welchem Verhältnis steht dazu die ganze Umwelt der uns umgebenden Diktaturen, die aus bürgerlich-demokratischen Staaten hervorgegangen sind und von diesen geduldet werden? In welchem Verhältnis stehen dazu Ansätze der Veränderung rechtlicher und realer Machtstrukturen, die tendenziell auf die mögliche Aufhebung der bestehenden bürgerlich-parlamentarischen Formen orientiert sind oder diese unterlaufen?“ (ebd.: 7).

Als absolute Grundlage eines Solidaritätsbündnisses sehen Buro und Vack die Anerkennung der Tatsache an, dass der Putsch Teil des Klassenkampfes sei, dass der

„bewaffnete Kampf der Arbeiter und Bauern“ ohne Ausnahme legitim sei, dass die USA massiv Einfluss auf die Situation in Chile nehmen, dass die bürgerliche Klasse in Notsituationen die parlamentarische Demokratie selbst abschafft und dass in jedem Fall Bezüge zwischen der Situation in Chile und in der Bundesrepublik herzustellen seien (vgl. ebd.).

Ein Jahr nach dem Putsch im September 1974 veranstaltet des SB eine große Chile-Aktionswoche mit einer Großdemonstration in Frankfurt am Main, der 1973 gegründete Solidaritätsfonds wird mit einem Volumen von 450.000 DM weitergeführt, davon hat das SB aus eigenen Geldern allein 152.000 DM beigesteuert.

In einem Chile-Extrablatt der *links* wird abermals der Versuch unternommen, die Entwicklung in Chile auf Europa zu übertragen: „Was geschieht, wenn die Masse der Bevölkerung sich ihrer Lage bewußt wird wie in Chile? Werden dann auch die Militärs eingreifen?“ (*Chile-Extrablatt* 9/74).

Zudem gibt es einen Verweis auf geheime NATO-Pläne zur Aufstandsbekämpfung. In Kombination mit dem bundesdeutschen Notstandsplänen und der Aufrüstung von Polizei und Bundesgrenzschutz ist davon die Rede, dass sich auch in der Bundesrepublik auf verschärfte Klassenkämpfe vorbereitet wird. Diese Einschätzung der allgegenwärtigen Gefahr eines Putsches von antidemokratischer Seite gegen in Klassenkämpfen erfolgreiche Subalterne wird in dem Begriff der „chilenischen Erfahrung“ zusammengefasst, der 1975 in den Thesen des Sozialistischen Büros eine Rolle einnehmen sollte. Es geht bei dieser chilenischen Erfahrung grob gesprochen um das widersprüchliche Verhältnis von bürgerlicher Legalität, revolutionärer Massenmobilisierung und militärischer Gewalt (vgl. SB 1975: 74).

Thesen des Sozialistischen Büros

Im November 1973 spitzt sich die SB-Organisationsdebatte zu: Statt Gruppen- und Einzelmitgliedschaften sollten – was schließlich verhindert wurde – nur noch Einzelmitgliedschaften zugelassen werden, was den Weg in Richtung eines parteiähnlichen Organisationsmodelles geebnet hätte. Dennoch beginnt, so Klaus Vack, die „Verbürokratisierung“ und „Aushöhlung des einstmals basispolitischen Grundkonsenses des Sozialistischen Büros“ (Vack 1985: 129). Das SB führt später, weil die Sitzungen zu groß werden, einen Delegiertenrat als zusätzliches Gremium ein. Neben dem gewählten Arbeitsausschuss wird dieser Delegiertenrat zweites wichtiges Gremium, ab 1977 entsteht darüber die „zweite Organisationsdebatte“ des SB. Die *links*-Auflage erreicht mit 15.000, davon 9000 Abos, 4000 Freiverkäufe bei über 120 Weiterverkäufern (Politische Gruppen, Buchläden) und 2000 Werbeexemplaren ihren Höchststand. Das SB zählt 80 Mitgliedsgruppen, der Förderkreis zählt 800 Unterstützter, der Informationsrundbrief des SB geht an 420 Adressen. 1974 wird das Arbeitsfeld Gesundheitswesen im Sozialistischen Zentrum Stuttgart durch Peter Grohmann, Suso Lederle und Klaus Vack gegründet, ebenso ein lokales Sozialistisches Büro in Hamburg, um nur zwei der insgesamt wohl mehr als zwanzig lokalen SB-Organisationen, maßgeblich in Provinzstädten, zu nennen. Von Bedeutung ist sicher auch noch das SB Tübingen gewesen, Ende der Siebziger-, bis Anfang der Achtzigerjahre Ausrichter der jährlichen Ernst-Bloch-Tage.

Der Arbeitsausschuss des SB besteht 1974 aus: Elmar Altvater, Uta Bitterli, Eike

Blechschildt, Andreas Buro, Dieter Esche, Peter Grohmann, Rainer Jendis, Arno Klönne, Willi Michel, Walther Müller-Jentsch, Oskar Negt, Dieter Otten, Willi Scherer, Herbert Stubenrauch, Sonja Tesch, Klaus Vack und Edgar Weick. Er beschließt, Thesen als Arbeitsgrundlage des SB zu formulieren, diese erscheinen 1975 in einer Entwurffassung und werden mit einer Gesamtauflage von 67.000 bis 1979 aufgelegt; es bleibt allerdings beim Entwurf:

„Die ‚Thesen‘ [...] stellen letztlich einen – aus meiner heutigen Sicht nicht gelungenen – großen Wurf einer sozialistischen Programmatik dar, wohl weil sie aus der allzu begrenzten tagespolitischen Perspektive formuliert wurden, weil Widersprüche – die zu scharfen Kontroversen führten – unter dem selbsterzeugten Druck, ‚wir brauchen die ‚Thesen‘ jetzt!‘, unter den Teppich gekehrt wurden und weil wir – zumindest kann ich dies für mich sagen – auf eine uns schon damals geläufige Erkenntnis verzichtet haben, nämlich daß man nicht zu allem und jedem etwas sagen muß, gerade dann, wenn man eigentlich wenig zu sagen hat“ (ebd.: 132.).

Die knapp 100seitige Broschüre wagt, ähnlich einem Parteiprogramm, den Rundumschlag, versteht sich sowohl als Aufarbeitung der Geschichte der sozialistischen Bewegung in Westdeutschland, als Analyse von Kapitalismus und Klassenstruktur in der Bundesrepublik, wie auch als Handreichung in Bezug auf die zentralen Aufgaben, Orientierungen und Organisationsfragen der sozialistischen Linken. Für eine Organisation, die sich lediglich als Bündelung der sich in den Basisgruppen manifestierenden Interessen versteht, ist das ein ziemlich weitgestecktes Programm. Somit wird die Offenheit und Basisorientierung des SB gerade in den Thesen immer wieder konterkariert von dem Bestehen auf Verbindlichkeit und festen Strukturen, wie etwa des Arbeitsausschusses, ein wegen der Größe des SB notwendiges Gremium (vgl. SB 1975: 5). Ziel der Arbeit des SB sei aber weiterhin, die „Grundlagen der gemeinsamen Erfahrungen zu bestimmen, eine vertiefte Reflexion über den kollektiven politischen Lernprozess der Mitglieder des SB einzuleiten und Ansätze für die Zielbestimmung sozialistischer Praxis in Westdeutschland zu entwickeln“ (ebd.). Das SB reklamiert in den Thesen für sich, zumindest in vier Punkten die westdeutsche Linke vorangebracht zu haben: Durch die theoretische und praktische Unterstützung von klassenkämpferischen Ansätzen in Betrieb und Gewerkschaft, durch die Koordination der Arbeit von Sozialisten in berufsspezifischen Zusammenhängen: Lehrer, Sozialarbeiter, Bildungsarbeiter, Gesundheitswesen, Landwirtschaft, durch die Verbreitung sozialistischer Publikationen und durch die Konzeption und Organisation von Kampagnen wie die Angela Davis Solidaritätskampagne oder die Chile-Solidarität. Einen bislang vernachlässigten Schwerpunkt sehen die Thesen im Bereich Betrieb und Gewerkschaft. Hier soll die Initiierung regionaler und branchenspezifischer Arbeitstagungen, die stärkere Orientierung der publizistischen Arbeit an Betrieb und Gewerkschaft, die Gründung lokaler Betriebszeitungen und lokaler wie regionaler Arbeitskreise sowie die Förderung gewerkschaftlicher Bildungsarbeit durch Publikationen und Arbeitstagungen des SB angestrebt werden (vgl. ebd.: 62f.). Trotz dieser angestrebten verstärkten Orientierung an Betrieb und Gewerkschaft bleibt das SB aber dem Arbeitsfeldansatz treu, sieht gerade darin die Möglichkeit, für die materiellen Interessen von Arbeitern und Angestellten zu kämpfen: „Dies kann nicht anders bewältigt werden als dadurch, daß die einzelnen Berufs- und Arbeitsfelder von denen, die dort beschäftigt sind, zum Ausgangspunkt ihrer politischen Arbeit genommen

werden“ (ebd.: 68).

Allerdings ist sich das SB der Vorläufigkeit seiner eigenen Position und Organisation, sowie der Begrenztheit seiner Reichweite bewusst. Deshalb wird zu einer Zusammenarbeit aller Sozialisten, seien sie nun in SPD, DKP, K-Gruppen oder anderen sozialistischen Gruppierungen organisiert, aufgerufen.

In einer allgemeinen Einschätzung der politischen Situation sieht das SB zwar den Reformismus sozialdemokratisch-sozialistischer, aber auch kommunistischer Massenparteien scheitern und beschwört eine Verschärfung der Klassenkämpfe, betont aber auch, dass sich das Bewußtsein „der Massen und ihrer politischen Organisationen“ und der „notwendige Internationalismus der Aktionen der Arbeiterklasse“ keineswegs auf der Höhe der Zeit befänden. Die Fähigkeit, eine Alternative zum Kapitalismus zu organisieren sei weder theoretisch noch praktisch vorhanden. Das SB will unter anderem deshalb noch stärker publizistisch tätig werden, „argumentatives Eingreifen soll mehr und mehr an die Stelle des Kommentierens treten“. Die *links* soll auf 14tätiges Erscheinen umgestellt werden („Die Herausgabe einer Wochenzeitung ist anzustreben, aber vorerst materiell und redaktionell nicht zu bestreiten“) – was allerdings nie ernsthaft angegangen wurde (vgl. ebd.: 85f).

Die *links*-Auflage bleibt 1975 konstant, die Abos steigen auf 9500. Mitte der Siebzigerjahre tritt dem SB sein wohl berühmtestes, wenn auch nur passives Mitglied bei: Rudi Dutschke. Er bleibt bis zu seinem Tod am 24. Dezember 1979 im SB, obwohl er sich 1979 schon ganz der Aufbauarbeit der grünen Partei verschrieben hatte.

Antirepressionskongress Pfingsten 1976

Im Januar 1976 erscheint eine *links*-Sondernummer zur Vorbereitung des Antirepressionskongresses Pfingsten 1976 in 80.000er Auflage. Dieser ist als Abschluss einer vier Jahre zuvor gestarteten Kampagne gegen Berufsverbote gedacht (vgl. den „Aufruf zur Kampagne wider das Berufsverbot“ in *links* 32: 1ff.). 1972 wurde als erste Aktivität der Kampagne das Einreiseverbot für Ernest Mandel in die Bundesrepublik zum Thema gemacht. Redaktion der *links*-Sondernummer hatte H.E. Brand, Dan Diner, Heinrich Grün, Wolf-Dieter Narr, Roland Roth, Jutta Rücker, Klaus und Hannelore Vack inne. Ein *links*-Extrablatt in 800.000er Auflage mobilisiert für den Kongress. Zum Emblem des Kongresses wird eine Eule mit zwinkerndem linken Auge und geballter Faust erkoren, Kongressmotto: „Wer sich nicht wehrt, lebt verkehrt!“ Der Stellenwert von Repression sei nicht zu gering einzuschätzen, die Redaktion des *links*-Sonderheftes zum Pfingstkongress spricht von einer „zweite Restaurationsphase“ in Westdeutschland, die durch die Berufsverbote eingeleitet worden sei:

„Die alltägliche Repression verschafft sich – meist weniger spektakulär – dadurch Geltung, daß plötzlich bestimmte Begriffe aus dem Sprachgebrauch verschwinden, daß bestimmte Dinge nicht gedacht und öffentlich gesagt werden dürfen, daß man sich im beruflichen Verhalten mehr zusammennehmen muß, daß man acht zu geben hat, daß man sich möglichst arrangiert. Das Geheimnis des unauffälligen Wirkens der Repression besteht dann genau darin, daß man vergißt, daß es noch andere Begriffe gab, daß man bestimmte Bedürfnisse solange unterdrückt und verdrängt, bis man sie gar nicht mehr zu haben, ja nie gehabt zu haben scheint, daß demgemäß die

offenkundigen Fälle der Repression abnehmen, weil niemand mehr aufmüpfig ist“ (*links* 73: 1).

Die Antirepressionsarbeit besteht für das SB auch in einem klaren Bekenntnis zu Verfassung und Rechtsstaatlichkeit, denn Repression sei immer auch auf die Schwäche der Arbeiterbewegung zurückzuführen, diese dürfe sich nicht selbst isolieren und auf ihre legalen Positionen verzichten. Zudem sei der Zersplitterung der Linken entgegenzuwirken – alles im Übrigen bekannte linkssozialistische Positionen, die gegen Ende der Siebzigerjahre noch einmal Auftrieb zu erhalten scheinen. Neben der allgemeinen theoretischen Einordnung der Antirepressionsarbeit, die von heutiger Warte aus etwas zu schablonenartig wirkt, ist die praktische Arbeit des SB in diesem Bereich wesentlich interessanter. In einer immensen Bandbreite werden unter anderem Betriebsratsarbeit, Schulpolitik, etwa an der ersten Gesamtschule Hessens, der Ernst Reuter Schule in der Frankfurter Trabantensiedlung Nordweststadt, Kritik der inneren Sicherheit und der Rechtsentwicklung am Beispiel des Stammheimer Prozesses betrieben. Zudem skandalisiert das SB berühmte Fälle wie den des schon erwähnten Ernest Mandel.

Die Erwartungen an die Kampagne sind allerdings trotz ihrer Bandbreite recht bescheiden. Klaus Vack spricht davon, weder ängstlich „in eine private Überwinterungsstrategie“ zurückweichen zu wollen, noch „fatale Hoffnung in die plötzliche Auferstehung einer neuen Klassenbewegung“ zu hegen (*links* 73: 65). Es gehe stattdessen darum, die Widerstandskräfte zu stärken und die Bedingungen für „die Darstellung sozialistischer Argumentation“ zu erhalten und auszubauen (ebd.).

Trotz dieses mehr als defensiven und von Rückzugskämpfen gekennzeichneten Konzeptes wird der Kongress als Höhepunkt und Abschluss der Kampagne gegen politische und ökonomische Unterdrückung mit 20.000 Teilnehmern zur größten Veranstaltung des SB – und damit zu einem der größten Kongresse der westdeutschen Linken in der zweiten Hälfte der Siebzigerjahre. Inhaltlich wird der Kongress aber weniger wegen seines eigentlichen Themas – staatliche Berufsverbote und betriebliche Repression – bekannt, in Erinnerung bleibt vielmehr ein Redebeitrag von „Frankfurter Spontis“ – gehalten von Joseph Fischer und maßgeblich initiiert von Oskar Negt –, die sich unter dem Eindruck des Todes von Ulrike Meinhof am 6. Mai 1976 im Stammheimer Gefängnis und den darauf folgenden militanten Demonstrationen, bei denen in Frankfurt am Main ein Polizist lebensgefährlich verletzt wurde, vom bewaffneten Kampf lossagten (vgl. *links* 85: 17f.). Zudem ist ein auf dem Kongress initiiertes Treffen der Alternativpresse ebenso richtungsweisend, aus ihm geht die spätere Vernetzung der Alternativpresse und Gründung der *taz* hervor (vgl. *links* 85: 54ff.).

Auch das Bundesamt für Verfassungsschutz beginnt sich für das SB zu interessieren. Im Verfassungsschutzbericht für 1976, dessen Angaben sicherlich nur unter Vorbehalt zu verwenden sind, werden 14.000 Teilnehmer des Pfingstkongresses, 700 SB-Einzelmitglieder und 40 Mitgliedsgruppen gezählt.

In einer Einschätzung des Kongresses durch den Arbeitsausschuss des SB in *links* 85 ist davon die Rede, dass das wichtigste Ziel der Veranstaltung, die „Einschüchterung und Angst der Linken“ zu überwinden, erreicht wurde (*links* 85: 3). Ziel war es ebenso, das Arbeitsfeldkonzept des SB wieder zu propagieren und die Arbeit der einzelnen Arbeitsfelder in den Mittelpunkt zu stellen, sowie Anregung für deren Arbeit, insbesondere auf regionaler Ebene, zu liefern. Allerdings hat der Kongress in seiner

Größe das SB sowohl materiell als auch inhaltlich überfordert. Ausgelaugt ziehen sich die Organisatoren in die Sommerpause zurück, zahlreiche Ideen und Konzepte, die in Arbeitsgruppen, Foren und Diskussionsveranstaltungen entwickelt wurden, wurden nicht weiterverfolgt.

In der Folgezeit kommt es zu Auseinandersetzungen über die weitere Entwicklung des SB. Während die Gründungsgeneration die Antirepressionsarbeit weitertreiben will und sich beispielsweise in der Vorbereitung eines Russel-Tribunals zur Situation der Menschenrechte in der Bundesrepublik engagiert, forciert maßgeblich das SB Hamburg die Orientierung an der Alternativbewegung, den Neuen Sozialen Bewegungen und damit auch an den Diskussionen um die entstehende grüne Partei als neues Betätigungsfeld.

Während das SB Ende der Siebzigerjahre keine Mitgliedszahlen mehr veröffentlicht, ist laut Verfassungsschutzbericht 1978/79 mit 1200 Mitgliedern der Popularitäts-Zenit des SB erreicht. Das 3. Internationale Russel-Tribunals zur Situation der Menschenrechte in der Bundesrepublik Deutschland findet 1979 zwar unter maßgeblicher Beteiligung von im SB Organisierten wie Wolf-Dieter Narr statt, das SB als Organisation taucht dort aber nicht auf. Mit der Gründung des Komitees für Grundrechte und Demokratie ziehen sich 1980 die Exponenten der Antirepressionsarbeit, die „klassische“ linkssozialistische Fraktion um Klaus Vack, aus dem SB zurück.

Berührungspunkte zur Alternativbewegung

Das SB veranstaltet 1980 zwei große Kongresse und positioniert sich damit als eine zentrale Organisation der Alternativbewegung: Im Juni den „Großen Ratschlag – Soziale Protestbewegungen und sozialistische Politik“ in Frankfurt mit 5000 Teilnehmern und im November die „Zukunftswerkstatt ‚Kleine Schritte im Alltag – Entwürfe für ein sozialistisches Leben‘“ in Hamburg mit 1000 Teilnehmern. In dem Band *Alternativ-Projekte. Beispiele gegen die Resignation*, herausgegeben von den SB-Mitgliedern Walter Hollstein und Boris Penth wird das SB neben dem Netzwerk Selbsthilfe als die zentrale politische Koordinierungsinstanz der Alternativbewegung in der Bundesrepublik vorgestellt. Dem SB wird zugute gehalten, dass es mit dem Arbeitsfeldansatz zwar den Weg aus der Erstarrung der Neuen Linken nach Abflauen der Revolte von 1968 gewiesen hat, allerdings nach gut zehnjährigem Bestehen selbst in eine Krise geraten war. Die Annäherung an die Alternativbewegung und die Diskussion von Konzepten Alternativer Ökonomie sowie den Grenzen des Fortschritts und der Ökologiethematik unter dem Stichwort „gesellschaftliche Naturverhältnisse“ in *links* und *express* brachte neue Impulse in das SB und füllte das politische Konzept des SB, sich an den Interessen der Einzelnen zu orientieren, mit neuem Leben. Zahlreiche Veranstaltungen wie etwa die SB-Sommerschulen wurden schließlich zum Kristallisationspunkt der Alternativbewegung zum Ende der Siebzigerjahre (vgl. Hollstein, Penth 1980: 391ff.). Mit dem *Sicherheitsstaat* legte der SBler und *links*-Redakteur Joachim Hirsch fundierend auf maßgebliche Debatten in *links* schließlich 1980, zur Blütezeit der Alternativbewegung, die Gesellschaftstheorie dieser Bewegung – zusammengefasst in dem Stichwort vom radikalen Reformismus – vor (vgl. Hirsch 1980a). Für Hirsch ist nicht nur der sozialdemokratische Reformismus, sondern auch der Radikalismus eines auf revolutionäre Umwälzung im Stile der Oktoberrevolution Kommunismus angesichts

eines Herrschaftsmodells, das Sicherheit sowohl als soziale Sicherheit von Kernbelegschaften und Staatsangehörigen der Wohlfahrtsstaaten als auch Sicherheit als maximale Überwachung und Normierung der Lebensläufe garantiert, gescheitert. Er sieht den Ausweg in einer Synthese der Konzepte von Reform und Revolution, was wiederum eine deutliche Absage ist gegen Parteikonzepte wie etwa der entstehenden Grünen, als auch gegen einen abstrakten Radikalismus wie der zeitnah entstehenden neuen Jugendbewegung der Autonomen:

„Die Entwicklung der bürgerlichen Gesellschaft, die Tatsache, daß sie eben keinen naturwüchsigen Mechanismus des ‚Übergangs zum Sozialismus‘ aufweist, sondern eher ihre Strukturen gewaltsam und im Weltmaßstab verallgemeinert, die Art und Weise ihrer Krisenprozesse und Klassenverschiebungen legen die Vermutung nahe, daß revolutionäre Veränderungen heute tatsächlich nur im Wege eines ‚radikalen Reformismus‘ möglich sind – radikal im doppelten Sinne: als konsequente Durchsetzung von Selbstorganisation und autonomer Interessenwahrnehmung bei der praktischen Veränderung der Arbeits- und Lebensverhältnisse, durch ‚dezentrale‘ Ausweitung der Angriffspunkte und Konflikte und konsequenten Verzicht darauf, emanzipatorische Veränderung der Gesellschaft mittels des Staates durchsetzen zu wollen.“ (Hirsch 1980b: 141)

Mit Hilfe Hirschs Theorie lässt sich auch die Frage stellen, ob nicht das SB als „Kind des Fordismus“ selbst mit dem Ende dieser Gesellschaftsformation in die Krise kommen musste, weil das Arbeitsfeldkonzept eben nur in einer historischen Situation die Interessen der Einzelnen aufzugreifen vermag, wenn davon ausgegangen werden kann, dass es ein Missverhältnis zwischen Überpolitisierung und gleichzeitig mangelnden politischen Betätigungsfeldern im Beruf gibt. Ebenso scheint heutzutage die Kritik an Radikalismus und Reformismus obsolet, wenn weder das eine noch das andere Konzept in einem emphatischen Sinne vertreten wird.

SB-Mitglied Roland Roth versucht in dem von ihm herausgegebenen Sammelband *Parlamentarisches Ritual und politische Alternativen* die Situation des SB und der Alternativbewegung zu Beginn der Achtzigerjahre zu reflektieren (vgl. Roth 1980). Vor dem gesellschaftlichen Hintergrund der Kandidatur von Franz Josef Strauß zur Bundestagswahl 1980 und der Gründung der grünen Partei, drängte sich die Frage auf, ob es ein linke Einheitspolitik gegen Strauß geben sollte oder die Profilierung der Grünen als parteipolitische Alternative Vorrang habe bzw. ob nicht die Alternativbewegung eine grundsätzliche Kritik des parlamentarischen Systems jenseits von bloßem Eskapismus leisten müsse. Oskar Negt macht in diesem Sammelband noch einmal das Konzept des SB stark und spricht davon, dass auch angesichts der Bedrohung eines neuen Konservatismus und der Überwindung der linken „Berührungsängste gegenüber den Parlamenten“ (Negt in Roth 1980: 151) in Gestalt der grünen Partei nicht von einem Scheitern alternativer, basisorientierter Politikkonzepte gesprochen werden kann. Er erkennt zwar an, dass der große Zuspruch gegenüber dem grünen Projekt auch eine Absage gegenüber einer „an Kontinuität, Langfristigkeit und mühseligen Lernprozessen orientierten Politikvorstellung“ sei, sieht aber weiterhin auch ein Bedürfnis einen der Grundsätze des SB weiterzuverfolgen: Stellvertreterpolitik zu bekämpfen. Er benennt drei Mängel des Arbeitsfeldansatzes, wie ihn das SB praktiziert: Einmal sei eine noch stärkere Kommunalisierung der Arbeit der

SB-Basisgruppen anzustreben, die Theoriebildungsprozesse müssen „verlebendigt“ (ebd.) werden und das Thema Kultur muss unbedingt aufgewertet werden:

„Ein stärkeres Gewicht auf die Formen und Ausdrucksmöglichkeiten der Kultur zu legen, würde für das Sozialistische Büro keine prinzipielle Abwendung vom bisherigen Ansatz bedeuten, wohl aber dessen Fortführung und Erweiterung“ (ebd.: 173).

Darüber hält Negt dem SB zu Gute, als einzige Organisation der Siebzigerjahre auf das Phänomen der Überpolitisierung der durch die Revolte von 1968 Geprägten eingegangen zu sein und das Moment der Dauerbelastung durch politische Tätigkeit, der wiederum viele eskapistisch zu entfliehen trachteten, thematisiert zu haben. Entlastung bot das SB an dem Punkt an, nicht Mitglied sein zu müssen, um mitzuarbeiten und Aktionen zu unterstützen.

Damit verbunden ist ebenso die Thematik von Nähe und Distanz: Während Organisationen mit großer Nähe schnell einen sektenähnlichen Charakter annehmen, führt allzu große Distanz schnell zur politischen Farblosigkeit – ein Problem, dem sich auch das SB gegenüber sah. Für Negt hat schließlich das SB zentrale Aspekte seines Ansatzes durchgesetzt und sich somit nahezu selbst überflüssig gemacht. Dass dies in der folgenden Krisen- und Endzeit des SB und der *links* durchaus kontrovers diskutiert wurde, damit beschäftigten sich die folgenden Abschnitte.

Abschied vom Arbeitsfeld?

Die *links*-Auflage fällt 1981 erstmals unter 9000, die Popularität des SB und seiner Publikationen nimmt deutlich ab, obwohl es Ende des vorangegangenen Jahrzehnts gelungen war, sich in der Alternativbewegung zu profilieren, wichtige Debatten mitzubestimmen und über neue Veranstaltungsformen wie etwa die Sommerschulen des SB auch ein anderes Klientel zu erreichen. Dennoch scheint der Weggang der linkssozialistischen Fraktion und die Gründung des Komitees für Grundrechte und Demokratie ein Vakuum zu hinterlassen.

Eine Tagung des Arbeitskreises Schule, Sozialarbeit und Gesundheitswesen im Mai 1981 stellt erstmals den SB-Ansatz in Frage: „Abschied vom Arbeitsfeld?“ (*links* 134: 23f.). Schon zwei Monate zuvor, im März 1981, beginnt mit Rolf Schwendters Beitrag mit dem Untertitel „einige deprimierte Notate“ die Diskussion über den Arbeitsfeldansatz des SB (vgl. *links* 132, S. 13ff.), den Oskar Negt noch 1980 als den Kernbestandteil des politischen Konzeptes des SB bezeichnet hatte (vgl. den vorherigen Abschnitt).

Schwendter sieht das SB als „Organisation in der Krise“ an. Das SB orientiere sich immer noch an Negt, auch acht Jahre nach seinem Entstehen ist dieser Ansatz seiner Zeit voraus, so Schwendter, denn er erkenne an, dass es eine Vielzahl von Begründungen für die „Unverträglichkeit der bestehenden Gesellschaftsordnung“ gibt, dass eine Organisierung an dieser Vielfalt ansetzen muss – statt zu vereinheitlichen und dass es in der politischen Arbeit darum geht, die Interessen an Veränderung herausarbeiten. Als Fehler des Ansatzes sieht Schwendter an, dass es „nicht die geringste Andeutung eines Kriteriums [gibt], gemäß welchen zeitökonomischen Präferenzen die Organisierung nach Interessen erfolgen könnte“ (*links* 132: 13). Dadurch entstehe das Problem, dass bei den Einzelnen entweder ein permanenter

Wechsel der Interessen vorherrsche, was einen häufigen Wechsel der Organisation nach sich ziehe oder eine Organisation wie das SB lege sich eben doch auf ein zentrales Interesse fest und organisiere somit doch wieder „nach Köpfen“ – eine solche Beschränkung sieht Schwendter im SB in der Konzentration auf die Organisation nach Berufsfeldern, er kritisiert diese als „Syndikalisierung der Arbeitsfelder“:

„Es entstanden als die ‚klassischen‘ Arbeitsfelder: Betrieb/Gewerkschaft, Schule, Sozialarbeit, Gesundheitswesen, Bildungsarbeit, später Kirche und Antimilitarismus. Es entstanden eine Reihe von Arbeitsfeldern nicht: Wissenschaftsarbeiter, Studenten/Hochschule, Medienarbeit. Der Rest blieb außen vor. Das Ergebnis war ein mehrfaches: Zum einen die teils explizite, teils implizite Ausgrenzung aller Sozialisten, deren hierin nicht enthaltene Interessen gerade die Präferenz derjenigen hatten. Zum zweiten ein Eindringen der Abstraktion vom Interesse in die Arbeitsfelder selbst. Zum dritten führte beides zu einer zunehmenden Beliebigkeit, verstärkt von lokalen Zufälligkeiten, in der Zuordnung zu Arbeitsfeldern. Es war nur noch eine Frage der Zeit, bis jedes bestimmte, jedes besondere Interesse ausgelöscht war“ (ebd.: 13f).

Swendter beobachtet zudem eine ähnliche Tendenz wie auch Negt in seinem biografischen Rückblick, dass sich Viele zu Beginn der Achtzigerjahre nach ihren Interessen organisieren – in, wie Schwendter auflistet, Bürgerinitiativen, Frauen-, Männer-, Schwulengruppen oder alternativen Projekten – allerdings außerhalb des SB oder anderer, klassisch linker Organisationen. Schon Ende der Siebzigerjahre, vermerkt Schwendter, hatte eine Gruppe um Dieter Duhm das SB verlassen, nachdem es nicht gelungen war, das Interessen-Konzept auch auf Fragestellungen wie Sexualität auszudehnen. Das heißt, der Prozess des Auseinanderdriftens von Alternativbewegung und SB war, trotz anfänglicher gegenseitiger Sympathien schon länger absehbar. In dem schon erwähnte Beitrag „Abschied vom Arbeitsfeld?“ von „Genossen aus den Arbeitsfeldern Schule, Gesundheitswesen und Sozialarbeit“ geht es, ähnlich wie in Schwendters Artikel, um die Kritik auf die Einengung des Arbeitsfeldbegriffes auf bloße Berufsgruppen (vgl. *links* 134: 23f.). Gerade im Reproduktionsbereich sei die Trennung der Berufsgruppen in der politische Arbeit fatal, sie verdoppele die bestehenden Standesgrenzen und verstärke „Enteignung der Betroffenen von Selbsthilfekompetenzen“ (ebd.: 23):

„Beide Ansprüche des Arbeitsfeldansatzes, die Zuspitzung auf die gesellschaftlichen Konflikte und der bewußt eingreifende Bezug auf eine gesamtgesellschaftliche Strategie der Transformation sind in der Geschichte der Arbeitsfelder steckengeblieben“ (ebd.).

Kritisiert wird in erster Linie eine neue Form der Berufsborniertheit, eine „modernisiert-kritische Berufsidentität“ als Ausdruck eines „Reformmaximalismus“ die sich im Arbeitsfeldansatz herausgebildet habe. Diese bricht angesichts der Krisensituation Anfang der Achtzigerjahre zusammen, daraus folge ein Rückzug, entweder in die Alternativbewegung oder auf sich selbst: „Überleben‘ stand nun an der Stelle, wo früher die Parolen ‚revolutionäre Berufspraxis‘ gefordert hatten“ (ebd.).

Die Neuformulierung des Arbeitsfeldansatzes wird schließlich zur Frage der politischen Existenzberechtigung des SB erklärt, wenn auch an einzelnen Aspekten des SB-Politikkonzeptes festzuhalten sei, wie etwa die Vermittlung von Erfahrung, Betroffenheit

und einer Dynamik der Umwälzung. Wichtig wäre es darüber hinaus, eine Konzept von politischem Lernen zu entwickeln, einen Lernprozess zu initiieren, „in dem Erfahrung, Begriff und Eingriff einander nicht äußerlich bleiben“ (ebd.).

Die Kritik am Arbeitsfeldansatz löst auch eine publizistische Neuorientierung des SB aus. Bisher in ihren Veröffentlichungen getrennte Arbeitsfelder wachsen in dem Periodikum *Widersprüche. Zeitschrift für sozialistische Politik im Bildungs-, Gesundheits- und Sozialbereich* zusammen. Im November 1982 erscheint zudem ein erster Spendeaufruf in eigener Sache, die inhaltliche Krise des SB hat auch ihre ökonomische Dimension. Für 1983 droht der *links* ein Defizit von 30.000 DM. In Ermangelung SB-eigener, veröffentlichter Auflagenzahlen sei an dieser Stelle noch einmal auf die Daten des Verfassungsschutzes zurückgegriffen: Er gibt die *links*-Auflage mit 7000 an und spricht von 900 SB Mitgliedern.

Antisemitismus der Linken

Mit deutlich akademisch geprägten Intellektuellen – im Unterschied zu ebenfalls universitären, aber noch zusätzlich an Organisationen der Arbeiterbewegung angebundene Intellektuelle – wie Micha Brumlik, Joachim Hirsch, Dan Diner und Detlev Claussen hat sich die *links*-Redaktion von ihrer klassisch-linksozialistischen Dominanz verabschiedet und wagt im Unterschied zu früher auch einen kritischeren Blick auf die Linke beispielsweise in Bezug auf Antisemitismus. 1985 wird kritisch über Bitburg – Reagans und Kohls Handschlag zwischen den Gräbern der Waffen-SS –, den Nahost-Konflikt – in Kooperation mit dem *Pflasterstrand* –, die Fassbinder-Debatte und somit auch über den Antisemitismus der Linken berichtet und debattiert.

Die *links* 181 enthält ein umfangreiches, zeitgleich im *Pflasterstrand* erscheinendes und von beiden Redaktionen produziertes Nahost-Special, das auf eine Tagung der Grünen an der evangelischen Akademie Arnoldshain zurückging und sich ausgiebig mit der Frage des linken Antisemitismus beschäftigt. Ausgangspunkt dieser Debatte ist die skandalträchtige Nahost-Reise der Grünen 1984/85.

Im Dezember 1984 reiste eine Delegation der Grünen nach Jordanien, Syrien, in den Libanon, die Westbank und Gaza und abschließend nach Israel. An der Reise nahmen Jürgen Reents, Ulrich Tilgner, Gaby Gottwald, Ali Schmeissner und Muhamad Azazmah teil; Brigitte Heinrich erhielt kein Israel-Visum und konnte sich der Reisegruppe nicht anschließen. Schon im Vorfeld war ein Positionspapier des mitreisenden Ulrich Tilgner, Referent von Reents, der israelischen Botschaft in Bonn zugespielt worden. In diesem Strategiepapier lehnte Tilgner Gespräche mit der israelischen Regierung ab, solange sie die PLO nicht anerkenne, und formulierte schon im Vorfeld anti-israelische Statements, die später auf Pressekonferenzen als Reiseergebnisse präsentiert werden sollten. Grüne Partei und Fraktion distanzieren daraufhin von Reents. Die Reise verlief wie geplant, die Delegation äußerte sich, trotz der Kritik im Vorfeld, ähnlich dem Strategiepapier. Nach ihrer Rückkehr wurde die Delegation, die der „Fundi“-Fraktion der Grünen zuzuordnen war, sowohl parteiintern, als auch von der Presse, von verschiedenen jüdischen Organisationen und der Deutsch-Israelischen Gesellschaft heftig kritisiert. Insbesondere Jürgen Reents und Ulrich Tilgner äußerten sich danach selbstkritisch über Auftreten während der Reise und begannen, palästinensische Positionen zu hinterfragen (vgl. Kaiser 2001).

In einer dokumentierten Diskussionsrunde, unter anderem mit Jürgen Reents und Ulrich Tilgner, den erwähnten Teilnehmern der Nahostreise der Grünen, wie auch Otto Schily, Micha Brumlik, Dan Diner und Daniel Cohn-Bendit geht das erwähnte Nahost-Special auf die Thematik des linken Antisemitismus ein. Jürgen Reents relativiert zunächst die von ihm verwendete Formulierung von den Palästinensern als „Opfer der Opfer“: „Es wäre richtiger und präziser, wenn man sagt, auch das palästinensische Volk ist nachträglich zu einem Opfer des deutschen Faschismus geworden“ (*links* 181: 26). Micha Brumlik hingegen betont, dass, wenn überhaupt eine Verantwortung aus der Erfahrung des Nationalsozialismus erwachse, dann die, „alles zu unterlassen, was auch nur im mindesten dazu Anlaß geben könnte, antisemitischen Haltungen in der BRD Vorschub zu leisten“ (ebd.: 27); und dazu gehöre auch, fahrlässig mit einer Kritik an der israelischen Politik umzugehen. Daniel Cohn Bendit sieht insbesondere die Fehler der unkritischen Identifikation mit nationalen Befreiungsbewegungen, die sich auch in der Israel-Reise der Grünen widerspiegeln. Statt Politik für jemanden machen zu wollen, sollten sie Politik als Grüne machen, so Cohn-Bendit.

Dan Diner geht in seinem Beitrag in dieser Diskussionsrunde noch weiter und fordert eine historische Perspektive in der Betrachtung des Wandels der Position der Neuen Linken zu Israel ein. Ihn irritiere zutiefst, dass – im Unterschied zu 1968 – inzwischen von einer „deutschen Linken“ statt der Linken in der BRD die Rede sei, dies sei auch eine Auswirkung eines Internationalismus, der sich unkritisch gegenüber Nationalismus zeige. Für ihn ist das Beispiel eines Artikels des *Kommune*-Redakteurs und ehemaligen hochrangigen KBW-Funktionärs Joscha Schmierer äußerst beredt, der in einem Beitrag über den Vietnamkrieg versehentlich von US-amerikanischen B 17-Bombern statt B 52-Bombern schreibt (Die B 17-Bomber kämpften gegen den Nationalsozialismus) – sei denn der Vietnamprotest ein großes Mißverständnis gewesen? – fragt Diner schließlich ketzerisch.

An dem Gespräch ist insbesondere interessant, dass antinationale, staatskritische und rechtsstaatliche Positionen wenn auch unversöhnlich, so doch – im Gegensatz zu späteren Diskussionen über die Thematik – in einem Gespräch aufeinander treffen. Eines der Essentials der Neuen Linken, der Internationalismus erscheint plötzlich in einem ganz anderen Licht. Das Schlussstatement von Brumlik, dass ja eventuell die linke „prinzipielle Staatsfeindlichkeit“ ein Fehler gewesen sei, verweist auf den beginnenden Zerfall der Neuen Linken: „Vielleicht sollte man doch daran erinnern, daß es eben in der Tat der Staat ist, der so etwas wie Rechte sichert“ (ebd.: 34).

Der zweite Golfkrieg

Es folgen im Laufe der Achtzigerjahre immer wieder Beiträge zu diesen Themen, bis 1990 im Zuge des zweiten Golfkriegs und der irakischen Angriffe auf Israel heftige Auseinandersetzungen zu Austritten aus der Redaktion und Abokündigungen führen. Ab September 1990 wird die Debatte über die besrepublikanische Friedensbewegung und die Suche nach einer linken Position zum Konflikt im Nahen Osten zum Dauerthema in *links*. Ein erster provokativer Beitrag gegen die Friedensbewegung wurde von Detlev Claussen verfasst: „Deutschland, ein Friedensmärchen“ (*links* 249: S. 4). Claussen kritisiert darin in polemischer Absicht die Verbissenheit, mit der sich Deutsche dem Krieg am Golf widmen; gepaart mit einem eher emotionalen, denn politisch begründeten

Pazifismus:

„Die alten Linken verstecken sich hinter einem rigorosen Pazifismus, der nicht mehr auf Argumente, sondern auf das Gefühl setzt. Sensemänner, Knochengerippe und Fässer voller Schweineblut gehören zur Grundausstattung einer jeden ordentlichen Friedensdemonstration“ (ebd.).

Die Friedensbewegung zeichne sich, so Claussen weiter, durch einen unpolitischen Kern, gebildet von Schülern, aus. Schwerwiegend ist zudem Claussens Vorwurf des Antiamerikanismus, der für ihn die im linksalternativen Milieu akzeptierte Form des „Fremdenhasses“ darstellt, ein „integraler Bestandteil der wohlstandschauvinistischen Festung Europa“ (ebd.). Auch andere Autoren wie Thomas Voss in der gleichen *links*-Ausgabe werfen den Kriegsgegnern einen „emotionalen Irrationalismus“ (ebd.: 8) vor. Israel das Recht zu verweigern, gegen die Raketenbeschüsse aus dem Irak vorzugehen, bzw. sich gegen die USA zu stellen, die gerade jene Raketenbeschüsse verhindern wolle, „liefe auf Beihilfe zum Völkermord hinaus“ (ebd.):

„Zu fordern wäre in der gegenwärtigen Situation [...], daß die militärischen Aktionen der für die UNO kämpfenden Truppen solange fortgeführt werden, bis das Angriffspotential des Hussein-Regimes restlos zerstört ist“ (ebd.).

In der folgenden *links* 250 vom März 1991 löst diese eindeutige Bekenntnis zur Legitimität des Golfkriegs heftige Reaktionen aus. Ludi Lodovico kritisiert in seinem Beitrag „Der Krieg in den Köpfen“ Claussen, dessen Bild der Friedensbewegung lediglich aus dem Fernsehen stamme und mit der Realität auf der Straße nicht übereinstimme. Lodovico hat eher einen „selbstreflexiven Pazifismus“ auf den Antikriegsdemonstrationen erlebt, denn dumpfen Antiimperialismus. Claussens Kritik am Pazifismus treffe nicht den Kern der Sache:

„Repräsentativ ist eher eine kritische und pazifistische Grundhaltung, die Selbstverteidigung – auch mit Gewalt – jedem einzelnen und jedem Land zugesteht, aber der herrschenden Politik und seinem militärischen Apparat bei der Zielsetzung wie bei der Wahl der Mittel – aus historischer Erfahrung – auf die Finger klopft und vulgarisierte Clausewitz-Anleihen in der Preislage von Ultimaten und von der ‚Logik des Krieges‘ [...] nicht hinzunehmen bereit ist [...]“ (*links* 250: 9).

In *links* 251 äußern sich mit Arno Klönne und Klaus Vack zwei aus der SB-Gründergeneration und der Ostermarschbewegung der Fünfziger- und Sechzigerjahre. Sie werfen den Bellizisten vor, Krieg um eines abstrakten Prinzips willen zu legitimieren, der Zugang der Friedensbewegung sei ein völlig anderer:

„Menschen aus unserer Generation – und wir unter ihnen –, die in den fünfziger Jahren die Protestbewegung gegen die Wiederbewaffnung in Deutschland in Gang brachten, die später die Kampagne gegen die atomare Rüstung und dann die ersten Ostermärsche organisierten, frönen keinem abstrakten, sondern sind geleitet von einem auf Erfahrungen begründeten politischen Pazifismus“ (*links* 251: 14).

Joachim Hirsch schließlich erkennt in der Debatte zwischen Pazifisten und Bellizisten

das Ende der Neuen Linken. Er ordnet die Auseinandersetzung in die großen weltpolitischen Umbrüche der Zeit ein und spricht von einer „politischen Identitätskrise“ der Linken nach dem Ende der Sowjetunion und der deutsch-deutschen Vereinigung:

„Vielen scheint es inzwischen als ausgemacht, daß es zum Kapitalismus keine vernünftige Alternative gibt. Und was liegt da näher, als mit dieser Gesellschaft Frieden zu schließen und der politischen Bedeutungslosigkeit durch entschlossene Identifizierung mit der Mehrheit und mit der Macht zu entrinnen?“ (*links* 251: 34).

Weiter sieht er die „politische Katastrophe der Neuen Linken“ darin begründet, kritisch-materialistische Gesellschaftstheorie aufgegeben und sich herrschenden Deutungen der weltpolitischen Entwicklung angeschlossen zu haben. Dass es keine tiefgründige Analyse der Situation gebe, sei eines der zentralen Problem der Linken, die „Ahnung eines globalen Verhängnisses“, die sich in den Demonstrationen gegen den Krieg manifestiere als „moralisierende Friedenssehnsucht“ zu denunzieren, sei zudem ein eindeutiger Ausdruck davon, inwieweit sich die Reste der Neuen Linken schon von den aktuellen Bewegungen entfernt hätten (vgl. ebd.: 35). Die Renaissance von Staat, Macht und Technologiegläubigkeit zu Beginn der Neunzigerjahre lässt Hirsch daran zweifeln, ob bestimmte Grundlagen der Neuen Linken überlebt haben:

„Heute wird deutlich, daß viele Linke [...] die ökologische und feministische Kritik, im Kern: die Kritik der gesellschaftlichen Naturverhältnisse, die der kapitalistischen Gesellschaft vorausgesetzten Herrschafts- und Ausbeutungszusammenhänge und die in der herrschenden Technik gerinnende Form instrumenteller Rationalität, nie wirklich begriffen haben“ (ebd.).

Den Vorwurf des Antiamerikanismus weist er als ungerechtfertigt zurück, da es zum Grundverständnis der Neuen Linken gehört habe, nicht hinter das Modell der bürgerlichen Demokratie zurückfallen zu wollen. Stattdessen sei es immer darum gegangen, die Momente der Klassenherrschaft, die eben auch in der bürgerlichen Demokratie zu finden seien, zu kritisieren und sie zu einem demokratischen Sozialismus weiterzuentwickeln. Diese Ebene der Kritik breche völlig weg, wenn es nur noch darum geht, sich zu einer existierenden Form von Demokratie zu bekennen und keine Kritik mehr zu üben.

Ebenso steht er der Thematisierung von Antisemitismus in der Linken skeptisch gegenüber. Die Neue Linke habe eine solche Kritik immer geleistet, Hirsch sieht allerdings einen Hang zur Tabuisierung, statt einer genauen Analyse internationaler Gewalt- und Ausbeutungsverhältnisse stehen pauschale Zuordnungen und Bekenntnisse. Er erklärt das Ende der Neuen Linken und sieht darin aber auch eine Chance für Projekte wie die *links*:

„Die Ära der achtundsechziger neuen Linken ist zu Ende. Die Grundlagen und Möglichkeiten einer Politik, die auf radikale Befreiung und gesellschaftliche Vernunft zielt, müssen neu bestimmt werden. Eine gründliche Überprüfung der Theorie- und Erfahrungsbestände steht an. Projekte wie die ‚links‘ müssen sich theoretisch wie politisch neu konstituieren, sonst sind die überflüssig“ (ebd.: 37).

Ein weiteres Beispiel für die Einordnung der Gokriegsdebatte in die weltpolitischen

Umbrüche ist der Beitrag „Deutschland verstehen?“ von Vera King, Christoph Görg und Michael Scharping: in *links* 256. Auch King, Görg und Scharping betonen die Bedeutung des Wegfalls der Ost-West-Polarität, der den Golfkrieg überhaupt erst möglich und auch die Debatte über Kritik oder Zustimmung der US-Intervention zu einer Selbstverständigungsdebatte gemacht hat:

„In dieser Situation wurde der Golfkrieg zum Kristallisationspunkt einer Diskussion über die veränderten politischen Bedingungen, in der die Frage nach den aus der Nazi-Vergangenheit zu ziehenden Lehren einen besonderen Stellenwert erhielt“ (*links* 256: 35).

Die Autoren sehen eine Analogie zur Nachkriegssituation in Europa. Ähnlich der damaligen weltpolitischen Lage wird eine Zwangslage suggeriert, in der es darauf ankomme, die Westorientierung als alternativlos anzuerkennen; auch, um dadurch eine gelungene Bewältigung des Nationalsozialismus zu präsentieren. Die Bedrohung Israels diene dabei lediglich als eine Art Katalysator.

Deutlich wird an den Beiträgen dieser und folgender Ausgaben, dass sich in *links* die Kriegsgegner als hegemonial erwiesen, Beiträge wie der von Claussen blieben eindeutig die Ausnahme. Nicht verwunderlich ist denn auch Claussens „Abschied vom SB“ in *links* 257. Mit ihm verlässt einer der letzten profilierten Vertreter der Neuen Linken aus der 68er-Generation die Redaktion. Er begründet seinen Schritt mit einer „verhärteten Form des Meinens“, die in der Linken Gesellschaftsanalyse abgelöst habe. Es ginge bis hin zur Realitätsverleugnung nur noch darum, Positionen zu behaupten (vgl. *links* 157: 39f.):

„Was mich stört, ist die linksalternative Gewißheit, zum besseren Teil der Menschheit zu gehören. Nachträglich möchte ich zur Antigolfkriegsbewegung bemerken, daß ich sie mißverständlicherweise als ‚Friedensbewegung‘ bezeichnet habe. Sie war weder einheitlich noch pazifistisch“ (ebd.: 39).

Er attestiert der links einen Mangel „über die veränderte Lage“ nachzudenken und sieht seine Arbeitskraft darin vergeudet, nur noch „Bestätigung linker Gesinnung“ zu betreiben (ebd.: 40).

Die Redaktion reagiert mit einer Stellungnahme auf Claussens Rückzug aus *links* und SB. Sie sieht ihr Selbstverständnis entgegen der Wahrnehmung von Claussen darin, als „mahnende Stimme“ aufzutreten, „die immer neben den Akteuren und Bewegungen herlief, die nachdenkliche Mahnung raunend, alles sei doch viel komplizierter und unsicherer“. Allerdings vermisst sie bei Claussen auch den Anspruch, Lern- und Erfahrungsprozesse von sozialen Bewegungen ernst zu nehmen und sie nicht mit linksintellektueller „Oberlehrer-Attitüde“ abzukanzeln. Allerdings sieht die Redaktion selbst das Problem, „daß wir für derartige Protestbewegungen als Dialogpartner und kritische Reflexionsinstanz immer bedeutungsloser werden“ (ebd.: 41). Es drohe die Gefahr, bei jenen, mit denen man linke Theorie und Praxis weitertreiben möchte, nicht mehr wahrgenommen zu werden. Die inhaltliche Debatte Anfang der Neunzigerjahre holt damit die ökonomische Misere des SB ein, die schon weit früher, Mitte der Achtzigerjahre, einsetzte.

Krise der *links*

Der Verlag 2000 stellte schon 1984 sein komplettes Buchprogramm aus ökonomischen Gründen ein, lediglich die Periodika *links*, *express* und *Widersprüche* werden weitergeführt. Im Februar 1984 erscheint der Spendenaufruf „*links* in den roten Zahlen“. Im Juni wird zum letzten Mal die Abozahl veröffentlicht, sie sei „unter 6000“ gesunken, zum Jahresende 1983 war ein Defizit von 90.000 DM aufgelaufen. Die *links*-Redaktion reagiert – anders als Anfang der Neunzigerjahre – mit Durchhalteparolen statt inhaltlicher Debatten über die Zukunft des SB:

„Die ‚links‘ ist nicht marktgerecht gemacht. Sie mag gut aufgemacht sein und interessante Artikel enthalten. Sie ist einem Typ von Gesellschaftskritik verhaftet, der keine günstige Konjunktur hat. Wir diskutieren ausführlich Fragen der Friedens- und Ökobewegung und deren politische Perspektiven. Aber wir passen uns ihren Ideologien, Slogans und Redeweisen sowie dem Publikationsstil dieser Bewegungen nicht an. Vielleicht scheitern wir deshalb. Aber wir können und wollen unser Politikverständnis und unsere Ansprüche an politisch-theoretische Reflexion nicht finanziellen und Markterwägungen opfern“ (*links* 171: 2)

Die *links* gefällt sich in einer nonkonformistischen Rolle, betreibt zugleich aber Abschottungspolitik. Eine Klage gegen linke Computeraktivisten, die ihr neues Mailboxsystem „Links“ nennen wollen und eine Kooperation mit dem SB anstreben, verdeutlicht, wie weit das SB schon Ende der Achtzigerjahre von aktuellen Entwicklungen abgekoppelt war (vgl. Goldmann, Hooffacker 1991: 162). Geklagt wird wenig später auch gegen einen alten Feind, den Parteikommunismus. Der neugegründeten PDS wird per Gerichtsbeschluss untersagt, den Namen „links“ für eine Mitgliederzeitung zu verwenden. In einer scharfen Erklärung zur Linken Liste/PDS in *links* 245 werden zudem die Grenzlinien deutlich gezogen und das Modell, über Linke Listen in den westlichen Bundesländern Zustimmung zu erlangen, als Mogelpackung verurteilt.

Allerdings zeigt sich auch immer wieder eine gewisse Form der Offenheit, wie etwa, als 1985 Hausbesetzer die Räume der Offenbacher Bürogemeinschaftspartner „Die Grünen“ – die sich zu diesem Zeitpunkt gerade in Koalitionsverhandlungen mit der SPD befanden – okkupieren, diese sich der Diskussion entziehen und statt dessen die *links*-Redaktion mit den Autonomen debattiert. Der Hausbesetzergruppe „Großer Kürbis“ wird zudem ermöglicht, in einem Beitrag ihr Selbstverständnis zu schildern:

„Unser Mißmut macht sich ja nicht nur an der Konsumkultur fest [...]. Vor allen Dingen wollen wir nicht arbeiten mit einem Chef im Nacken [...]. Ein Weg diesem Terror entgegenzuwirken ist, Kollektive zu bilden, gemeinsam zu leben, selbstständig zu arbeiten und zu lernen“ (*links* 190: 21).

Für Joachim Hirsch deutet sich bei Gruppen wie den Offenbacher Hausbesetzern oder zeitlich einige Jahre früher in Westberlin der Bruch der „alten Neuen Linken und ihren grünen Ausläufern und einer ‚neuen, radikalen, nicht mehr ‚außer-‘, sondern antiparlamentarischen Protestbewegung“ an (ebd.: 15). Er sieht in diesem Bruch auch

eine politische Reaktion auf gesellschaftliche Umbrüche, Ausgrenzungprozesse und nicht zuletzt die Integration des grünen Projekts in das parlamentarische System:

„Die gegenkulturelle ‚zweite Gesellschaft‘ beginnt sich zu spalten in einen Teil, der sich sozusagen gemäßigt alternativ im Rahmen der ‚ersten‘ einrichtet, die vorgegebenen Spielregeln der Politik und des Markts mehr und mehr akzeptiert und einen, der sich radikal von dem abkoppelt, was als ‚das System‘ begriffen wird“ (ebd.).

In der Aufspaltung der Neuen Linken in eine Grüne Partei und die Weiterführung vieler inhaltlicher Kernpunkte in der neuen autonomen Bewegung sieht er die „eigentliche historische Niederlage der nachachtundsechziger Bewegungen“ (ebd.: 16). Insofern reicht es für ein Zeitschriftenprojekt wie die *links* auch nicht aus, sich einer dieser Strömungen anzuschließen. Vielmehr steht das gesamte Projekt, sich kritisch und solidarisch gegenüber Bewegungen und Strömungen aus der Neuen Linken zu verhalten, diese sozusagen kritisch zu begleiten, in Frage; auch von dieser Seite nährt sich die inhaltliche Krise von *links* und SB.

Sozialistische Zeitung – Debatte über den Untertitel der *links*

Die *links* reagiert aber zunächst auf ihre ökonomische Krise mit konzeptionellen und gestalterischen Veränderungen der Zeitung. Sie positioniert sich mehr und mehr unabhängig vom SB. Das SB selbst tritt kaum noch als politischer Akteur auf, *links* versucht sich als Debattenorgan jenseits von Organisationszugehörigkeiten zu etablieren. „*links*-LeserInnenkreise“ lösen lokale SB-Gruppen ab. Im April 1989 feiert das SB 20 Jahre *links*. Ein Schwerpunkt zum Jubiläum wird ausschließlich mit alten Texten aus der zwanzigjährigen Publikationsgeschichte bestritten. In der Einleitung heißt es zur Situation 1989: „Es gibt keine authentische Linke mehr, aber es gibt Linke. [...] Ihre politische Praxis findet in Initiativgruppen, in Gewerkschaften, der SPD oder bei den Grünen statt“ (*links* 228: 19).

Eine Diskussion über den Untertitel der *links* – *Sozialistische Zeitung* – wird zur Selbstverständnisdebatte, die im Juli 1992 unter den Titel „Das Ganze neu denken – Veranstaltung zur Zukunft der *links*“ in Frankfurt am Main öffentlich geführt wird. Die Redaktion benennt in *links* 260 die Eckpunkte, um die es ihrer Ansicht nach in einer Debatte darüber, was eine sozialistische Zeitung in den Neuzigerjahren ausmache, gehen müsse. Grundlage ist die breit geteilte Einschätzung, dass „die Tradition der ‚Neuen Linken‘ positiv wie negativ keine tragfähige Grundlage mehr für die Orientierung des politischen Selbstverständnisses [bietet]“ (*links* 260: 4). Es stehe somit eine Auseinandersetzung um einen aktuellen Sozialismusbegriff, über die Rolle des „neuen“ Deutschland und die mit dem zweiten Golfkrieg eingeläutete neue Weltordnung an. Die *links* sieht ihre Rolle dabei darin, „isoliert voneinander existierende Diskussionsstränge der Kritik an dieser Gesellschaft aufeinander [zu] beziehen und miteinander [zu] konfrontieren“ (ebd.). Der Schritt geht weg von der politischen Praxis und hin zur Gesellschaftstheorie: „In Zukunft werden wir uns verstärkt um eine theoretisch angeleitete Kritik dieser Gesellschaft bemühen“ (ebd.). Der *links*-Werbespruch „Politische Kritik mit theoretischen Anspruch“ ist geboren. Angekündigt werden neben der Debatte über den Untertitel der *links* Diskussion über das Ende des Leninismus und

die „Neuorientierung eines linken Politikbegriffs, der in der Lage ist, die Erfahrungen dieses Jahrhunderts aufzunehmen und die Kritik an dieser Gesellschaft neu zu formulieren“ (ebd.).

Joachim Hirsch verdeutlicht in seinem Beitrag zur Untertiteldiskussion die historische Dimension. Im SB habe sich die linkssozialistische Tradition der Arbeiterbewegung mit der aus der Studentenbewegung entstandenen Neuen Linken vereint, insofern beinhalte der Sozialismusbegriff des SB immer die politische Kraft und die emanzipativen Errungenschaften der Arbeiterbewegung sowie die utopischen, darüber hinausweisenden Vorstellungen der Neuen Linken. Schlecht am Begriff des Sozialismus sei aber auch schon in der damaligen Situation gewesen, dass er suggeriere, man hätte nicht nur ein Kritikmodell, sondern auch ein konkretes Modell einer neuen Gesellschaft. Zudem beinhalte der Begriff auch eine Art „heimlichen Etatismus“, d.h. die Annahme, dass es immer eines Staates bedürfe, der Vergesellschaftung organisiert, die „Ausgrenzung des Anarchismus“ aus der Tradition der Arbeiterbewegung sei verheerend für die weitere Entwicklung des Sozialismus gewesen (ebd.: 30). Zudem fordert Hirsch eine überfällige Auseinandersetzung mit dem Realsozialismus ein, denn das, was mit der Oktoberrevolution begonnen habe, könne nicht einfach von der Marxschen Theorietradition und der politischen Praxis der Arbeiterbewegung abgelöst werden.

Für Christoph Görg stellt sich die Frage nach einem aktuellen Sozialismusbegriff noch viel fundamentaler: „Ist die Vorstellung einer radikalen Gesellschaftsveränderung, d.h. einer Transformation wesentlicher Merkmale kapitalistischer Gesellschaften noch haltbar?“ (*links* 262: 10f.). Nicht nur die Intention einer fundamentalen Umwälzung, auch die Prozesse und die Akteure auf dem Weg dorthin müssten neu benannt werden. Für ihn eines der Hauptprobleme das „produktivistischen Denkens“ des Sozialismus:

„Ist auf seiner Grundlage auch ein grundsätzlich anderer Umgang mit der Natur und den natürlichen Ressourcen denkbar? Wie könnte nach dem ‚Ende der Arbeitsutopie‘ (Gorz) eine gesellschaftliche Emanzipation überhaupt aussehen?“ (ebd.: 11).

Für Oskar Negt ist, ähnlich wie für Hirsch, zunächst von einer „kollektiven Haftung“ für das, was im Namen der Idee Sozialismus passiert ist, auszugehen (vgl. *links* 262: 25). Er betont allerdings auch den Unterschied zwischen Stalinismus und Marxismus, die völlige unterschiedliche Definition der Rolle des Staates und die grundsätzliche Offenheit der materialistischen Geschichtsauffassung des Marxismus. Es sei gerade in der heutigen Krisensituation zu betonen, dass der Marxismus als Kritik des Bestehenden von einer „Kritik als Bewegung“ bestimmt sei, einer Orientierung an sozialen Bewegung und Umwälzungsprozessen statt festgeschriebenen und vorausgeplanten Entwicklungen (ebd.: 26). Für ihn liegt die Krise des SB nicht darin, dass es gescheitert sei, sondern darin, dass sich sein Ansatz, Politik nach Interessen zu organisieren, durchgesetzt habe, sodass eine besondere Organisation, die ein solches Politikkonzept gegen andere behauptete, hinfällig geworden sei.

Die Redaktion legt 1993 ein neues Konzept vor, dass sich unter anderem durch einen breiten Herausgeberkreis auszeichnet. Viele „alte“ SB'ler treten noch einmal als Herausgeber auf, um die „neue“ *links* zu unterstützen – etwa Elmar Altvater, Arno Klönne, Oskar Negt und Klaus Vack. Der Schuldenberg beläuft sich zu dieser Zeit auf

etwa 80.000 DM.

Bestandteile des neuen Konzepts der *links* werden in einem editorial in *links* 274 festgehalten: Zunächst wird die „Reformulierung und Weiterentwicklung einer kritischen und emanzipativen Theorie der Gesellschaft“ angestrebt, die auch verständlich für Nichtspezialisten sein soll. Die *links* will sich als „Diskussionsorgan undogmatischer Linker“ und „Forum gegen realpolitische Affirmation“ neu positionieren.

Hintergrundberichte sollen als Gegenmittel gegen das „Gerede vom Ende jeglicher radikaler Opposition und sozialer Utopie“ dienen. Die Redaktion will zudem verstärkt mit Autoren und Gesprächspartner aus „linken, oppositionellen, feministischen, autonomen, internationalistischen Spektren“ diskutieren und zwar insbesondere mit denen, „die politisch arbeiten“ (*links* 274: 2).

„Offene Grenzen“-Debatte

Zur ersten Zerreißprobe der neuen *links* wird die Debatte um „Offene Grenzen“ angesichts der drohenden Verschärfung des Asylrechts in der Bundesrepublik und der zunehmenden Abschottung der Festung Europa. An dieser Debatte lässt sich zeigen, ob die zuvor benannten Ansprüche eingelöst werden oder ob nicht vielmehr die altbekannten Positionen aus der zu Ende gegangenen Ära der Neuen Linken weiterhin unversöhnlich aufeinander treffen und sich das Ende der *links* schon hier abzeichnet. Die Auseinandersetzung eröffnet Felix Schneider in *links* 275 mit einer scharfen Kritik an einem Aufruf autonomer Gruppen zur Blockierung des Bundestags am Tag der Abstimmung über das veränderte Asylrecht – was in der damaligen politischen Debatte als „faktische Abschaffung“ des Asylrechts bezeichnet wurde. Schneiders Vorwürfe sind grundlegend: Es herrsche in dem Aufruf ein inflationärer Gebrauch des Faschismusbegriffs und ein unsensibler Gebrauch eines Vokabulars, das eigentlich für die Beschreibung von NS-Verbrechen reserviert sei, wie etwa der Begriff der „Selektion“, vor. Die politische Stoßrichtung einer Blockade sei zudem völlig falsch, weil dadurch nichts verhindert werde, allein das Verfassungsgericht hätte noch die Möglichkeit, das Gesetz zu stoppen. Viel schwerer wiegt hingegen der inhaltliche Vorwurf, eine „ungesteuerte und unkontrollierte Massenimmigration großen Ausmaßes“, wie sie offene Grenzen zur Folge hätte, würde „den Ruin des Sozialstaates und das Ende geregelter und halbwegs geschützter Arbeitsverhältnisse bedeuten“ (*links* 275: 8f):

„Bekanntlich ist bis heute der Nationalstaat der wichtigste, wenn nicht einzige Garant der Menschen- und Bürgerrechte. [...] In dieser Frage den Nationalstaat voluntaristisch [...] auszuhebeln, bedeutet, den Staat darauf zu reduzieren, bewaffneter Arm der einheimischen Mehrheitsbevölkerung zu sein. Die Forderung nach offenen Grenzen riskiert nicht nur den Bürgerkrieg, sie steht in krassem, unversöhnlichen Gegensatz zu vernünftiger, linker und fortschrittlicher Politik“ (ebd.: 9).

Jörg Lauterbach betont in seiner Replik, dass es Schneider gerade nicht um eine Auseinandersetzung mit autonomen Positionen gehe, sondern er in seiner scharfen Kritik die angestrebte Neuorientierung der *links* unterlaufe. In seinem Bekenntnis zum nationalen Wohlfahrtsstaat und der vermeintlichen Bedrohung von außen, stehe er der Rechten in nichts nach. Die Forderung nach offenen Grenzen steht für Lauterbach

vielmehr für die Einforderung der Thematisierung heutiger internationaler Fluchtbewegungen, denen man sich nicht verschließen könne (ebd.: 13). Thomas Kunz weist zudem auf das gefährliche Spiel mit einer Metaphorik der den Wohlstand bedrohenden Fluten von Migranten hin, dem ein konservatives Menschenbild und purer Wohlstandschauvinismus zugrunde liege (ebd.: 14). Felix Schneider schließlich kanzelt die Kritik an seiner Position als moralisierend ab, während er sich in der Rolle des Realisten sieht – Flüchtlinge seien auch zu ihrem Wohl auf staatliche Regelungen angewiesen – weist er Kritik am Nationalstaat barsch zurück (*links* 278: 15). Insofern zeigt sich, dass schon zu Beginn der versuchten Neukonzeptionierung der *links* es weiterhin nicht gelingt, aus dem Schatten der verhärteten Fronten zum Ende der Neuen Linken herauszutreten.

Zum 25jährigen Jubiläum der *links* macht sich das Zeitschriftenprojekt noch einmal selbst zum Thema – während über das gleichaltrige Geburtstagskind Sozialistisches Büro kein Wort verloren wird, über eine mögliche Zukunft wird heftig gestritten. Joachim Hirsch sieht das Grundproblem der *links* darin, dass sich die Identität von Machern und Rezipienten aufgelöst habe, „die Zeitung muß sich immer mehr an einem politisch diffusen und zugleich höchst uneinheitlichen ‚Markt‘ orientieren“ (*links* 286: 4). Provozierend stellt er die Frage, warum ein Zeitschriftenprojekt, das nicht mehr in der Lage sei, politisch zu orientieren und das nur noch debattieren könne, als eigenständiges Organ erhalten bleiben solle. Es müsse eine Richtungsentscheidung getroffen werden: Entweder Professionalisierung, sich als eine Art Flaschenpost auf das Tradieren bestimmter Positionen der Neuen Linken verständigen oder eben Beenden des Projektes.

Jörg Lauterbach macht im Gegenzug noch einmal die politische Neuorientierung der *links* an den Autonomen als den legitimen Erben der Neuen Linken zur Überlebensfrage (ebd.: 6). Die von Hirsch benannten Alternativen Professionalisierung oder Flaschenpost würden die Existenz einer sozialen Bewegung verleugnen, die sehr wohl Impulse aus der Neuen Linken aufgreife und diese weiterentwickle.

Die Redaktion stellt sich nach 25 Jahren *links* hinter die Aussagen aus dem programmatischen Editorial der Nullnummer vom April 1969. Weiterhin gehe es darum, sich an den gesellschaftlichen Widersprüchen zu orientieren, oppositionelle Bewegungen jenseits von etablierten Parteien und Institutionen kritisch zu begleiten und dabei ein über spontanen Protest hinausgehendes kritisches Bewusstsein wachzuhalten. Statt die Wandlung der gesellschaftlichen Verhältnisse in der Vordergrund zu stellen, betont die Redaktion die Kontinuitäten zwischen 1969 und 1994 und verschenkt somit die Möglichkeit, über die Einbettung bestimmter Protest- und Organisationsformen in spezifische gesellschaftliche Formationen zu reflektieren und sich die Frage zu stellen, inwieweit das Politikmodell des SB bzw. der *links* noch den eigenen Ansprüchen genügt und Attraktivität entfalten kann (vgl. *links* 287: 5f.). Im Juli/August 1994 stellt die Redaktion auf eine zweimonatliche Erscheinungsweise um. Zur letzten gemeinsamen Veranstaltung der *links*-Redaktion und des SB zum Thema „Perspektiven linker Politik“ 1995 an der Frankfurter Universität finden sich gerade mal 100 Besucher ein.

Links – ungewollte Subkultur?

1995 kam es zu einem letzten Versuch, der redaktionellen Arbeit der links noch einmal neue inhaltliche Impulse zu geben. Nachdem Teile der Redaktion, die eine Intensivierung der Theoriearbeit eingefordert hatten und sich allzu oft der Kritik der Unverständlichkeit ausgesetzt sahen, diese verlassen hatten, sollte eine neue Schwerpunktsetzung in Richtung Popkultur und alltägliche Lebenszusammenhänge sozialer Bewegungen gewagt werden – was wiederum auch einer starken Kritik ausgesetzt war. Neben pauschalen Vorwürfen wie der Anbiederung an einen allgemeinen Trend der Kulturalisierung politischer Konflikte und einer befürchteten Abkehr von radikaler Gesellschaftskritik kristallisierten sich in diesem Kontext zwei Debatten heraus, die noch einmal die Schwierigkeiten und Unklarheiten im Umgang mit dem vermeintlichen Erbe der Neuen Linken offenbarten: Zum einen die Diskussion darüber, inwieweit eine Subkulturalisierung der Linken zu beobachten sei und die *links* nicht selbst schon – entgegen ihrer Ansprüche – Vertreterin einer spezifischen akademischen Subkultur sei. Zum anderen die Debatte über den Internationalismus, der, einer aus der Popkultur kommenden Kritik an Identitäten ausgesetzt, in seiner Orientierung an nationalen Befreiungsbewegungen in den Neunzigerjahren unter gänzliche anderen Aspekten betrachtet wurde.

Die Debatte über den Status linker Medien entzündete sich an einem Beitrag der Autonomen a.f.r.i.k.a-Gruppe, der einige Vorüberlegungen des 1997 erschienenen Handbuchs der Kommunikationsguerilla präsentiert. Die a.f.r.i.k.a-gruppe stellt das Konzept Gegenöffentlichkeit, Grundlage auch der *links*, in Frage und merkt an, dass kritische Informationen noch lange nicht zu gesellschaftsverändernder Handlung führen. Vielmehr sei die kulturelle Grammatik, die einer Gesellschaftsformation überhaupt erst Stabilität verschaffe, zu berücksichtigen und die Frage zu stellen, warum bestimmte Information nicht gehört werden:

„Das Hauptziel derzeitiger linker Politik müßte unseres Erachtens sein, Alternativen über die Natur gesellschaftlicher Beziehungen gegenüber dem bestehenden hegemonialen Konsens wieder denkbar zu machen, wobei es notwendig ist, die Modalitäten der Herstellung dieses Konsenses in Rechnung zu stellen“ (*links* 308/309: 54).

In einer Randbemerkung am Ende des Beitrages ist davon die Rede, dass, auch wenn es den Machern linker Medien nicht behage, diese aktuell nicht mehr seien als „Fanzines einer Subkultur“ (ebd.). Christoph Görg nimmt diese Bemerkung zum Anlass für eine Replik, er sieht zwar auch die Marginalisierung linker Medien, möchte diese aber nicht unterstützt wissen durch eine „Kapitulation vor dem Wirkungsverlust und einer Bescheidung emanzipativer Ansprüche“ (*links* 312/313: 57). Görg sieht in der Kritik am Informationsfetisch die Gefahr, den weiterhin notwendigen Kampf um Fakten und Realitätsdeutungen aufzugeben. Dabei gehe es immer auch darum, möglichst Viele, auch jenseits der eigenen politischen Szene, zu erreichen. Eine Beschränkung auf eine eigene Subkultur würde die herrschende Ordnung nur bestätigen. Görgs Kritik geht allerdings nicht darauf ein, inwieweit die *links* nicht selbst schon, ohne darüber zu reflektieren, Teil einer Subkultur – der der akademischen, linken Intellektuellen – geworden ist. Aus der Beschränkung auf diese spezifische Szene

herauszukommen war eine der Zielsetzungen der so genannten Popkulturfraktion in der letzten *links*-Redaktion; gelungen ist es ihr allerdings nicht.

Zweite große Auseinandersetzung in den letzten Heften der *links* war die über den so genannten neuen Internationalismus, ausgelöst durch den Aufstand der EZLN im mexikanischen Chiapas zum Jahreswechsel 1994/95. In *links* 318/319 habe ich gemeinsam mit Thomas Kunz auf die blinden Flecken dieses Internationalismus hingewiesen: Insbesondere Themen wie Demokratie, Freiheit und Gerechtigkeit standen dabei im Mittelpunkt. Während im westeuropäischen Kontext eine ganz andere Kritik an demokratischen Staaten vorherrscht, werden durch den Import altbekannter Begriffe längst geführte Diskussionen unterlaufen. Auch hier zeigt sich, dass sich Positionen unversöhnlich gegenüber stehen: Die in der Internationalismusbewegung Engagierten, die die Verlautbarung der EZLN und ihre charismatischen Führer Subcommandante Marcos vorbehaltlos unterstützten, wie auf der anderen Seite die Kritiker, die sich mehr als distanzierend gegenüber dieser Bewegung verhielten.

Die Redaktion fand immer weniger Gemeinsamkeiten und so erscheint mit der Nummer 320/321 schließlich Anfang 1997 die letzte Ausgabe der *links*, sie erreicht weniger als 2000 Abonnenten. Die Redaktion hatte sich aus inhaltlichen Gründen für das Ende entschieden, sie eröffnete damit zudem den anderen Zeitschriftenprojekten des SB die Möglichkeit der Liquidation des Verlags 2000 und der Weiterführung auf einer ökonomisch weitgehend gesicherten Grundlage. Der *express* existiert bis heute weiter und wird von 1997 an von einer „Arbeitsgemeinschaft für politische Bildung“ herausgegeben. Als letzte übriggebliebene publizistische Funktion fungiert das SB bis heute als Herausgeber der *Widersprüche*, die seit 1997 im Kleinen Verlag erscheinen. Ein Nachfolgeprojekt von Teilen der ehemaligen *links*-Redaktion findet sich im Internet

Epilog

Das Ende der Neuen Linken wurde in der *links* mehrmals ausgerufen, ist es mit ihrem Ende eingetreten? Darauf lässt sich keine eindeutige Antwort geben. Zum einen lässt sich am Ende der *links* sicherlich die Auflösung eines spezifischen Spektrums der bundesdeutschen Linken festmachen, zum anderen lässt sich aber auch zeigen, dass mit dem Niedergang dieses Spektrums keineswegs die mit ihm verbundenen Positionen aus dem öffentlichen Leben verschwunden sind – im Gegenteil. Allein der Stellenwert, den Forderungen nach Selbstorganisation oder die Orientierung an Interessen heute haben, ist ein anderer. Mit Entschiedenheit lässt sich hingegen feststellen, dass weder eine pauschale Kritik an vermeintlich undemokratischen oder intoleranten Aspekten, noch ihre Indienstnahme für Parteigründungsprojekte dem inzwischen wohl historisch zu nennenden Gegenstand gerecht wird.

Allerdings lässt sich an der Entwicklung von SB und *links* auch verdeutlichen, dass es der Neuen Linken, bzw. deren Überresten, nicht gelungen ist, sich angesichts der weltpolitischen Umbrüche in den Neunzigerjahren neu zu positionieren und das Projekt einer Linken jenseits von Partei und Staat weiterzutreiben. Die Formel von Selbstorganisation wurde von einer Kritik an den normierenden und fremdbestimmten Elementen des Fordismus zu einem festen Bestandteil des Postfordismus, freilich mit

gänzlich anderen Sinn. „Organisiere dein Leben selbst“, lässt sich die Maxime des Postfordismus beschreiben, denn der Staat hat nahezu alle planerisch-reformerischen Ansprüche aufgegeben und betreibt nur noch pure Verwaltung des Mangels. Hier stände eine kritische Selbstreflexion der Linken an: Inwieweit wurde eine solche Entwicklung selbst forciert, inwieweit wurden die sozialen Bewegungen im Anschluss an die Revolte von 1968 von dieser Entwicklung überrollt?

Der *links* ist zugute zu halten, dass sie viele der Auseinandersetzungen in diesem Kontext kritisch begleitet hat und zahlreiche Denkanstöße lieferte – dabei allerdings auch immer mehr in die Isolation geriet. Dass diese Isolation allerdings auch zu einem großen Teil selbstverschuldet war, lag auch an der schon in den Auseinandersetzungen um den zweiten Golfkrieg attestierten oberlehrerhaften Attitüde. Das Auseinanderfallen der verschiedenen Strömungen, sinnbildlich in dem Auseinanderdriften der extremen Pole der Neuen Linken-Erben, der Grünen und der Autonomen erkennbar, durchzog auch die *links*-Redaktion selbst und so war deren Ende letztlich nicht aufzuhalten. Für heutige Debatten allerdings bieten die 322 Ausgaben der *links* einen wichtigen Fundus an Positionen, Argumentationen und politischen Interventionen, die aufzugreifen, so konnte hoffentlich diese Studie verdeutlichen, weiterhin lohnend ist.

Anhang

Organisationen/Kampagnen/Initiativen im SB Vor-/Umfeld

Aktion unabhängiger und sozialistischer Schüler
Aktionsgemeinschaft Sozialistische Opposition
Angela-Davis-Solidaritätskomitee
Arbeiterselbsthilfe Krebsmühle
Arbeitsausschuss Sozialistische Opposition
Arbeitsgemeinschaft zur Förderung der politischen Bildung
Arbeitskreis Kritische Sozialarbeit
Club Voltaire
Demokratische Union
Demokratischer Fortschritt
Deutsche Friedensunion
Deutsche Kommunistische Partei
Die Falken
Die Grünen
Evangelische Studentengemeinde
Humanistische Studentenunion
Initiativausschuss für die Wiedenzulassung der KPD
Initiative Internationale Vietnam Solidarität
Internationale Marxistische Diskussion / Merve-Verlag
Internationales Russel-Tribunal zur Situation der Menschenrechte in der Bundesrepublik Deutschland
Jungdemokraten
Junge Linke
Jungsozialisten
Kampagne für Demokratie und Abrüstung – Ostermarsch der Atomwaffengegner
Komitee für Grundrechte und Demokratie
Kommunistische Partei Deutschlands
Kuratorium Notstand der Demokratie
Naturfreundejugend
Plakatgruppe Stuttgart
Republikanische Clubs
Revolutionärer Kampf
Sozialdemokratische Partei Deutschlands
Sozialdemokratischer Hochschulbund
Sozialistische Förderergesellschaft der Freunde, Förderer und ehemaligen Mitglieder des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes
Sozialistische Hochschulinitiative
Sozialistischer Bund
Sozialistischer Deutscher Studentenbund
Sozialistischer Lehrerbund
Sozialistisches Zentrum
Verband der Kriegsdienstverweigerer
Vereinigung Unabhängiger Sozialisten
Vereinigung zur Kritik der politischen Ökonomie / ehemalige Sozialistische Politik

(SoPo), Berlin – Probleme des Klassenkampfes

Periodika im SB Vor-/Umfeld

Arbeiterpolitik

aufklärung

der funken

Der Monat

Die andere Zeitung

express international

Frankfurter Hefte

Freie Tribüne

Freiheit + Gleichheit. Streitschrift für Demokratie und Menschenrechte

Informationen zur Abrüstung [ab 1968: *Außerparlamentarische Opposition –*

Informationen für Demokratie und Abrüstung]

Jahrbuch des Komitees für Grundrechte und Demokratie

links. Monatsschrift für demokratischen Sozialismus [hrsg. vom SDS-Landesverband
Hessen, Frankfurt am Main]

links [Organ des SDS München]

Neue Kritik

Neues Beginnen

Pflasterstrand

pro und contra

Probleme des Klassenkampfes

Sozialistische Hefte

Sozialistische Politik

Studien von Zeitfragen. Materialien zum Nonkonformistischen Sozialismus. Links

Thomas Münzer Briefe

Unser Standpunkt

was tun

wir sind jung

WiSo

zivil

Periodika/Reihen aus dem Sozialistischen Büro/Verlag 2000

links. Sozialistische Zeitung, April 1969 bis 1997, 322 Ausgaben

express. Zeitung für sozialistische Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit, 1972ff
[hervorgegangen aus *express international*, hrsg. von der Gesellschaft für Forschung
und internationale Kooperation auf dem Gebiet der Publizistik e.V. 1962-72 und
Sozialistische Betriebskorrespondenz, hrsg. vom SB, 1970-72]

Informationsdienst Schule (September 1969 bis Juni 1981, 43 Ausgaben)

[= Informationsdienst des Sozialistischen Lehrerbundes]

- Heft 1: Linke Lehrer organisieren sich (September 1969)
- Heft 2: Konsolidierung von Arbeitskreisen im SLB-Frankfurt (Januar 1970)
- Heft 3: Bemerkungen zur inhaltlichen und formalen Struktur (Mai 1970)
- Heft 4: Arbeitstagung zur Information und Diskussion (Oktober 1970)
- Heft 5: Vorbesprechung von SLB-Mitgliedern (März 1971)
- Heft 6: Protokolle der Arbeitstagung (Juni 1971)
- Heft 7: Operationalisierte Lernziele (Oktober 1971)
- Heft 8: Einladung zur Arbeitstagung sozialistischer Lehrer (Dezember 1971)
- Heft 9: 2 Schulkonflikte. Eine Dokumentation (Januar 1972)
- Heft 10: Dokumentation zur 2. überregionalen Arbeitstagung (März 1972)
- Heft 11: Aufruf zur überregionalen Organisation im SLB (September 1972)
- Heft 12: Beiträge aus bisher erschienenen Infos (Dezember 1972)
- Heft 13: Grundschule (Januar 1973),
- Heft 14: Gesamtschule (Mai 1973)
- Heft 15: Berufsschule (Oktober 1973)
- Heft 16: Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (Januar 1974)
- Heft 17: Hauptschule (Mai 1974), 64 Seiten
- Heft 18: Zur neuen Funktion des Info (Juli 1974)
- Heft 19: Zur SLB-Thesendiskussion (Oktober 1974)
- Heft 20: GEW: Zur Situation in Berlin (Januar 1975)
- Heft 21: GEW: Vorstandspolitik (März 1975)
- Heft 22: GEW: 1 Jahr nach Mainz (Mai 1975)
- Heft 23: Arbeit in Lehrerzentren (Oktober 1975)
- Heft 24: Innergewerkschaftliche Demokratie? (Dezember 1975)
- Heft 25: Thesen zur Situation und Aufgabe sozialistischer Lehrer (Februar 1976)
- Heft 26: Pfingstkongreß des SB (Oktober 1976)
- Heft 27: Lehrerausbildung (Dezember 1976)
- Heft 28: Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (Februar 1977)
- Heft 29: Lehrerzentren (Juni 1977)
- Heft 30: Schülerbewegung (Juli 1977)
- Heft 31: Schulalltag (Oktober 1977)
- Heft 32: GEW-Gewerkschaftstag (März 1978)
- Heft 33: Schulreform (Mai 1978)
- Heft 34: Alternative Pädagogik (September 1978)
- Heft 35: Umgang mit Faschismus (Dezember 1978)
- Heft 36: Sozialistische Lehrer und Gewerkschaft (April 1979)
- Heft 37: Alternativpädagogik Kontrovers (Juli 1979)
- Heft 38: Alltägliche Schulflucht (Oktober 1979)
- Heft 39: Sonderschule (Dezember 1979)
- Heft 40: Kindheit und Lernen (März 1980)
- Heft 41: Ausländer im deutschen Schul(un)wesen (Juni 1980)
- Heft 42: Gesamt- oder Alternativschule? (Februar 1981)
- Heft 43: Schülervertretung (Juni 1981)

Informationsdienst Arbeiterbildung (Mai 1972 bis September 1974, 8 Ausgaben)

- Heft 1 : Bemerkungen über das Handwerk der Linken (Mai 1972)

- Heft 2: Anmerkungen zum „neuen“ Betriebsverfassungsgesetz (September 1972)
- Heft 3: Politische Jugendbildung (Dezember 1972)
- Heft 4: Möglichkeiten und Grenzen der Lohnpolitik (Juni 1973)
- Heft 5: Verschärfte Arbeitsbelastung (September 1973)
- Heft 6: Bildungsarbeit im öffentlichen Dienst Teil I (Dezember 1973)
- Heft 7: Bildungsarbeit im öffentlichen Dienst Teil II (März 1974)
- Heft 8: Bildungsarbeit mit Lehrlingen (September 1974)

Informationsdienst Sozialarbeit (November 1972 bis April 1981, 29 Ausgaben)

- Heft 1: Fürsorgeerziehung (November 1972)
- Heft 2: Sozialarbeit in Institutionen (März 1974)
- Heft 3/4: Sozialarbeit zwischen Selbstorganisation und Bürokratie (Oktober 1973)
- Heft 5: Zur Organisation - Funktion der Sozialarbeit (Dezember 73/Januar 74)
- Heft 6: Jugendhilferecht und Jugendhilfetag (April 1974)
- Heft 7: 5. Deutscher Jugendhilfetag (Juli 1974)
- Heft 8: Reform und Reformismus als Problem praktischer Politik in der Sozialarbeit (Oktober 1974)
- Heft 9: Sozialarbeit in Jugendzentren (Januar 1975)
- Heft 10: Knast und Sozialarbeit (Juli 1975)
- Heft 11: Institutionelle Probleme stadtteilbezogener Sozialarbeit Teil I (Dezember 1975)
- Heft 12: Institutionelle Probleme... Teil II (Februar 1976)
- Heft 13: Sozialarbeit und Jugendarbeitslosigkeit (Mai 1976)
- Heft 14: Alternative Psychiatrie (Oktober 1976)
- Heft 15: Studium und Berufspraktikum (Dezember 1976)
- Heft 16: Gewerkschaftsarbeit in der ÖTV (März 1977)
- Heft 17: Kindergartenarbeit (Juli 1977)
- Heft 18: Heimerziehung - Kritik und Alternativen (November 1977)
- Heft 19: Jugendhilferecht (Februar 1978)
- Heft 20: Sozialarbeiterausbildung (Juni 1978)
- Heft 21: Familienfürsorge (September 1978)
- Heft 22: Jugendhilfetag 1978 (März 1979)
- Heft 23: Frauen und Sozialarbeit (Juni 1979)
- Heft 24: [falsch als Heft 21 nummeriert]: Psycho-Methoden in der Sozialarbeit (November 1979)
- Heft 25: Materialien zur Sozialhilfe-Aktion (März 1980)
- Heft 26: Kritik der psychosozialen Versorgung (November 1980)
- Heft 27: Neuorganisation Sozialer Dienste (Dezember 1980)
- Heft 28/29: Alternativbewegung, Ökologie und Sozialarbeit (April 1981)

Informationsdienst Gesundheitswesen (Mai 1974 bis Nov. 1980, 21 Ausgaben)

- Heft 1: Versuch einer Bestandsaufnahme (Mai 1974)
- Heft 2: Schwerpunktthema Krankenhaus (September 1974)
- Heft 3: Ambulante Versorgung (Januar 1975)
- Heft 4: Bericht über die Arbeitstagung in Münster (Juni 1975)
- Sonderheft [nicht nummeriert]: Das Gesundheitswesen in Portugal (November 1975)
- Heft 5: Rationalisierungstendenzen im Krankenhauswesen (Dezember 1975)
- Heft 6: Antirepressions-Kampagne (März 1976)
- Heft 7: Manifest des SB (Juni 1976)

Heft 8: „Pharmazie“ (Dezember 1976)
Heft 9: Krankenhauspolitik (Juni 1977)
Heft 10: Mediziner-Ausbildung (November 1977)
Heft 11: Rationalisierung in der Krankenpflege (März 1978)
Heft 12: Gruppenpraxis (Mai 1978)
Heft 13: Mediziner-Ausbildung (Oktober 1978)
Heft 14: Alltag im Krankenhaus (März 1979)
Heft 15: Medizin und Dritte Welt (Juli 1979)
Sonderheft [nicht nummeriert]: Humanisierung des Gesundheitswesens (Oktober 1979)
Heft 16: Umwelt und Gesundheit (Dezember 1979)
Heft 17: Politisches Ziel: Gesundheit (Mai 1980)
Heft 18/19: Kritik der psychosozialen Versorgung (November 1980)

Informationsdienst für sozialistische Wissenschaftler (Dezember 1974 bis März 1975, 2 Ausgaben)

Informationsdienste Schule, Sozialarbeit und Gesundheitswesen gehen in *Widersprüche. Zeitschrift für sozialistische Politik im Bildungs-, Gesundheits- und Sozialbereich* auf (September 1981 bis 1996 Verlag 2000, seit 1997 Kleine Verlag, Bielefeld) auf

Reihe Betrieb und Gewerkschaft (April 1971 bis 1984, 17 Veröffentlichungen)

Praxis und Theorie gewerkschaftlicher Lehrlingspolitik (April 1971)
Lehrlingskampf in den Betrieben (September 1971)
Gewerkschaftliche Vertrauensleute für eine antikapitalistische Betriebsstrategie (Juni 1972)
Ausländische Arbeiter und Klassenkampf (Juli 1972)
Betriebsratswahl Merck 1972 (Juli 1972)
Gewerkschaften heute – Ordnungsfaktor oder Gegenmacht? (Dezember 1973)
Politisches Ende der EVA? Dokumentation zum Medienverständnis der Gewerkschaften (Dezember 1973)
Redaktionskollektiv *express*: Spontane Streiks 1973. Krise der Gewerkschaftspolitik (Januar 1974)
Willi Hoss, Hermann Mühleisen, Mario d'Andrea: Vorschlag zu den Betriebsratswahlen 1975 (August 1974)
Eckart Hildebrandt, Werner Olle: Ihr Kampf ist unser Kampf. Ursachen, Verlauf und Perspektiven der Ausländerstreiks 1973 in der BRD (September 1975)
Dirk Axmacher: Kritik der Berufsausbildung (Oktober 1975)
Materialien zur Gewerkschaftsdiskussion (Mai 1977)
Johann Schneider: Interessen und Interessenpolitik der Beschäftigten im öffentlichen Dienst (Mai 1977)
Volkhard Brandes u.a.: Rationalisierung, Arbeitslosigkeit, Gegenwehr. Analysen, Materialien und Erfahrungen (Februar 1978)
Ulrich Bosse: Ein Betrieb macht dicht. Werksschließung in Kalletal (Juli 1978)
Arbeitskämpfe 1978 (Mai 1979)
Geschichte der Farbwerke Hoechst und der chemischen Industrie in Deutschland. Ein Lesebuch aus der Arbeiterbildung (1984/2. erw. Aufl. 1989)

Reihe Roter Pauker – Materialien zur Unterrichtspraxis (Juli 1971 bis Juni 1980, 18 Veröffentlichungen)

- Heft 1 [nicht nummeriert]: Verhaltenssteuerung - Abweichendes Verhalten (Juli 1971)
- Heft 2 [nicht nummeriert]: Unterrichtseinheit Arbeit (Dezember 1971)
- Heft 3 [nicht nummeriert]: Materialien zum Berufsverbot (März 1972)
- Heft 4: Lehrlingsausbildung in der Bundesrepublik (November 1973)
- Heft 5: Materialien zur Arbeitsfeldanalyse des Lehrerberufs (Oktober 1974)
- Heft 6: Unterrichtseinheit Lateinamerika (April 1973)
- Heft 7: Materialien zur Geschichte der politischen Lehrerbewegung I (Juni 1973)
- Heft 8: Materialien zur Schulbuchproduktion (Oktober 1973)
- Heft 9: Unterrichtseinheit Bundeswehr und Rüstung in der BRD (Dezember 1973)
- Heft 10: Unterrichtseinheit Arbeiterliteratur (Juni 1974)
- Heft 11: Modellversuche zur Sexualerziehung (August 1974)
- Heft 12: Zur Geschichte der Lehrerbewegung (September 1974)
- Heft 13: Unterrichtseinheit Indianer (Februar 1975)
- Heft 14: Zur Geschichte der Lehrerbewegung (Juni 1975)
- Heft 15: Medienpraxis: Öffentlichkeit für Schüler und Lehrlinge! (Juli 1978)
- Heft 16: Schüleröffentlichkeit (Januar 1979)
- Heft 17: Rollenspiele im Chemieunterricht (Januar 1980)
- Heft 18: Entdeckungen und ihre Folgen (Juni 1980)

Reihe Plakat Bauernverlag (August 1972 bis September 1974, 10 Veröffentlichungen)

- Heft 1: [nicht nummeriert]: Theorie der Bauernrevolution (August 1972)
- Heft 2: [nicht nummeriert]: Westdeutsche Landwirtschaft im Spätkapitalismus (ohne Datum, vermutlich September 1972)
- Heft 3: [nicht nummeriert]: Beiträge zur Agrarfrage in der BRD (Oktober 1972)
- Heft 4: Marxismus und Landwirtschaft (März 1973)
- Heft 5: Agrarpolitik und Agrarwirtschaft sozialistischer Länder (September 1973)
- Heft 6: Zur Kritik der bürgerlichen Agrarökonomie (März 1974), 112 Seiten
- Heft 7: Agrarprobleme und Bauernkämpfe in Westeuropa (April 1976)
- Heft 8: Abschied von der Provinz (August 1977)
- Heft 9: [nicht nummeriert]: Bauern gegen Atomanlagen (Oktober 1977)
- Heft 10: [nicht nummeriert]: Bauern-Karikaturen (September 1979)

Reihe Internationale Solidarität (November 1971 bis Juni 1981, 11 Veröffentlichungen)

- Heft 1: [nicht nummeriert]: Türkei-Report (November 1971)
- Heft 2: [nicht nummeriert]: Brasilien-Report (Mai 1972)
- Heft 3: [nicht nummeriert]: Industrialisierung, Fremdkapital und Zwangsarbeit in Südafrika (Mai 1972)
- Heft 4: [nicht nummeriert]: S. J. Bosgra, Mr. Cr. van Krimpen: Portugal und die NATO – Herausgegeben vom Kongreß „Freiheit für Angola, Guinea-Bissau und Mozambique“ am 13./14. Januar 1973 in Dortmund (Januar 1973)
- Heft 6: Klassenkämpfe und Repression in Italien (Mai 1973)
- Heft 7: Dokumente zur Entwicklung in Chile (November 1973)
- Heft 8: Klassenkämpfe in Chile (Mai 1975)
- Heft 9: Portugal - Auf dem Weg zum Sozialismus? (Mai 1975)
- Heft 10: Detlef Haritz: Der Bürgerkrieg im Libanon (November 1977)

Heft 11: [nicht nummeriert]: Strategien des Imperialismus in Zentralamerika (Juni 1981)

Reihe zur Geschichte der Arbeiterbewegung (Oktober 1976 bis November 1978, 4 Veröffentlichungen)

Heft 1: Klaus, Barbara: Zur Entwicklung von Organisation und Konzeption der Freien Gewerkschaften (1875 bis 1893) (Oktober 1976)

Heft 2: Stiller, Karl-Theodor: Gewerkschaftspolitik und Bewegungen in der Arbeiterschaft (1914 bis 1920) (Juli 1977)

Heft 3: Sozialistische Linke nach dem Krieg. Beiträge von Fritz Lamm und anderen. Auswahl der Zeitschrift „funken“ (1950 bis 1959) (August 1978)

Heft 4: Westdeutsche Arbeiterbewegung 1945 bis 49 (November 1978)

Arbeitsmaterialien Sozialarbeit/Sozpädagogik (September 1974 bis Dezember 1981, 10 Veröffentlichungen)

Heft 1: Projektstudium am Beispiel Heimerziehung (September 1974)

Heft 2: Arbeitermädchen im Jugendzentrum (März 1975)

Heft 3: Knastalltag am Beispiel Mannheim (Mai 1975)

Heft 4: Der institutionalisierte Konflikt (November 1975)

Heft 5: Sozialpädagogik und Arbeiterinteressen (Dezember 1975)

Heft 6: Staatliche Sozialpolitik (April 1976)

Heft 7: Zwischenlösung: Arbeitskollektive (Juli 1978)

Heft 8: Sozialarbeit zwischen Bürokratie und Klient (November 1978)

Heft 9: Sommerschule '80: Selbstbestimmt Leben (August 1980)

Heft 10: Sozialarbeit zwischen Anspruch und Wirklichkeit (Dezember 1981)

Informationsrundbrief des SB (1975ff.)

Internationalismus-Rundbrief des SB (September 1976 bis April 1979, 6 Ausgaben)

Heft 1: Diskussionsbeiträge zum Thema Italien (September 1976)

Heft 2: Diskussionsbeiträge zum Thema Italien (Februar 1977)

Heft 3: Die Wahrheit ist ihre Schwäche (September 1977)

Heft 4: „Realer Sozialismus“ (November 1978)

Heft 5: Opposition im „realen Sozialismus“ (Mai 1979)

Heft 6: Europawahl 1979 (April 1979)

links-reprint (November 1977 bis März 1980, 2 Veröffentlichungen)

Heft 1: Sozialismus und Terrorismus

Heft 2: Sozialisten und Demokratie

Rundbrief der Projektgruppe AKW und Umwelt (Mai 1977 bis Oktober 1978, 7 Ausgaben)

Nr. 0: Rede von Heinz Brandt in Gorleben (Mai 1977)

Nr. 1: Grohnde: Kühlturmgelände besetzt (Juli 1977)

Sonderheft [nicht nummeriert]: Sozialistische Umweltpolitik? (September 1977)

Nr. 2: Demonstration in Kalkar (Oktober 1977)

Nr. 3: Wiederaufbereitungspolitik: Gorleben (Februar 1978)

Nr. 4: Grüne Liste Nordfriesiand (Mai 1978)

Nr. 5: Alternative Ökonomie: Auf zum besseren Leben (Oktober 1978)

links-pocket Taschenbuchreihe (Oktober 1980 bis Oktober 1982, 11 Veröffentlichungen)

Band 1: Sozialistisches Zentrum Tübingen, Volkhard Brandes (Hg.) (1980): Zur konkreten Utopie der gesellschaftlichen Arbeit. Beiträge zur Arbeitstagung im Anschluß an die Ersten Ernst-Bloch-Tage Tübingen, 23./24. November 1979

Band 2: Gerd Koch, Volkhard Brandes (Hg.) (1980): Erfahrungen – Sozialisten bearbeiten ihre politische Sozialisation. Versuche, sich der eigenen Geschichte zu nähern – als Schritte zu einer veränderten politischen Praxis

Band 3: Ellen Diederich (1981): „Und eines Tages merkte ich, ich war nicht mehr ich selber, ich war mein Mann.“ Eine politische Autobiographie

Band 4: Teufel, Teufel! Trau keiner Stunde über 35! Ein Stück der Rhein-Main-Theater GmbH zum Kampf für die 35-Stunden-Woche, 1980

Band 5: Volkhard Brandes u.a. (Hg.) (1981): Wie Phönix aus der Asche? Energiekrise und „Modell Deutschland“

Band 6: Brüseke, Franz, Hans-Martin Große-Oetringhaus (1981): Blätter von unten. Alternativzeitungen in der Bundesrepublik

Band 7: Bürgerinitiative gegen die Flughafenerweiterung Frankfurt Rhein-Main (Hg.) (1981): Keine Startbahn West. Argumente, Bilder und Berichte

Band 8: Norbert Kremeyer, Bernhard Scherzinger, Gerd Koch, Volkhard Brandes (1981): Heute schon gelebt? Alltag und Utopie

Band 9: Papula, Dagmar, Norbert Kentrup (Hg.) (1982): Frauentheater. Mariechen, Marie. Frau, Frauer, am frauesten. Frauen sind keine Heinzelmänner.

Band 10: Bürgerinitiative gegen die Flughafenerweiterung Frankfurt Rhein-Main (Hg.) (1982): Nur wer sich bewegt, spürt seine Fesseln. Erfahrungen aus der Bewegungen gegen die Startbahn West

Band 11: Buro, Andreas (1982): Zwischen sozial-liberalem Zerfall und konservativer Herrschaft. Zur Situation der Friedens- und Protestbewegung in dieser Zeit

Publikationen im Verlag 2000 außerhalb der Reihen

Angela Davis Solidaritätskomitee [Hg.]: Am Beispiel Angela Davis (1971) [nicht identisch mit dem gleichnamigen Titel aus dem Fischer Verlag 1972]. Offenbach

Arbeitsausschuss des Sozialistischen Büros (Hg.) (1982): Sozialistische Friedenspolitik. Thesen des Sozialistischen Büros. Offenbach

Conert, Hansgeorg (1973): Richtungskämpfe in der SPD, Heft 1. Offenbach

Dohle, Michael (1973): Bedingungen und Perspektiven der Stadtteilarbeit. Offenbach

express (Hg.) (1986): Bio- und Gentechnologie. Offenbach

Frankfurter Kulturzentrum (Hg.) (1976): Leben, Kämpfen, Solidarisieren.

Spanienveranstaltung Stadthalle Offenbach. Liveaufnahme vom 19.10.1975, 2 LP's. Lieder und Gedichte von Amparo, Biermann, Mossmann, Tommi, Corner, Eck, Toni,

Klaus der Fiedler, El Camperol, Fried, Viglietti. Gemeinschaftsveröffentlichung mit Trikont und Karl-Marx-Buchhandlung. Offenbach

Initiative für die Freiheit der Theaterarbeit (Hg.) (1978): „Der Freiheit eine Gasse“. Dokumentation zur Zensur im Theater. Offenbach

Jansen, Peter-Erwin (Hg.) (1989): Befreiung denken – Ein politischer Imperativ. Ein Materialienband zu einer politischen Arbeitstagung über Herbert Marcuse am 13. und 14. Oktober 1989 in Frankfurt. Veranstalter: links-Redaktion, Tüte-Redaktion, AstA/Linke Liste Uni Frankfurt. Offenbach (2. erw. Auflage 1990)

Karges, Rosemarie (1995): Von Spanien bis Nicaragua. Solidarität zwischen antifaschistischem Kampf und Entwicklungshilfe. Hrsg.: TIE-Bildungswerk e.V. und Monimbo e.V. Offenbach

Klaus, Barbara (1976): Zur Entwicklung von Organisation und Konzeption der freien Gewerkschaften. Offenbach

Kofler, Leo, Andreas Buro (1972): Vom Handelskapitalismus zum Neo-Imperialismus der Gegenwart. Offenbach

Kuchinke, Thomas (1995): Antirassistische Arbeit im Betrieb. Hrsg.: TIE-Bildungswerk e.V. Offenbach

Kuchinke, Thomas, Ulrich Pfister (1984): Neue Technologien. Strategien zur Kontrolle und Beeinflussung. Materialien von einer express-Tagung vom 7. bis 9. September in Offenbach/Frankfurt. Offenbach

Massarat, Mossen (1979): Iran – Von der ökonomischen Krise zur sozialen Revolution. Analysen, Informationen, Dokumente. Offenbach

Negt, Oskar, Dietrich Wetzel (1976): Theorie und Organisation. Marxismus an der Universität / Überlegungen zu einer kritischen Lektüre der Schriften von Marx und Engels. Offenbach

N.N. (1970): Der Fall Gertrud Zovkic. Offenbach

N.N. (1971): Texte zur sozialistischen Diskussion. Offenbach

N.N. (1979): Resumee zum Fall Gertrud Zovkic. Offenbach

Pabst, Günter (1979): Antimilitaristische Soldatenarbeit. Thesen, Analysen, Strategien. Offenbach

Schäfer, Gert (1973): Die Kommunistische Internationale und der Faschismus. Offenbach

Schneider, Michael, Peter Schneider, Autorengruppe Schauspiel Frankfurt, Andrea

Bredt, Urs Troller, Marburger Theaterhaufen (1978): Theaterstücke zum Radikalenerlaß. Texte, Bilder, Lieder, Noten. Offenbach

Seifert, Jürgen (1972): Solidarität mit Peter Brückner. Offenbach

Sofsky, Wolfgang (o.J./1970): Sozialismus, die konkrete Utopie. Offenbach

Sommerschule des SB, Arbeiterselbsthilfe (ASH) Frankfurt (Hg.) (1979): Sommerschule '79. Anders arbeiten – anders leben. Erfahrungen, Eindrücke, Ergebnisse. Offenbach

Sozialistische Aktion (Hg.) (1970a): Jugendhilfetag 1970. Arbeits- und Diskussionspapiere. Offenbach

Sozialistische Aktion (Hg.) (1970b): Jugendhilfetag 1970. Erste vorläufige Auswertung. Offenbach

Sozialistisches Büro (Hg.) (1971): Ansatzpunkte sozialistischer Politik in der Bundesrepublik. Thesen der Arbeitsgruppe Sozialistisches Büro. Offenbach

Sozialistisches Büro (Hg.) (1972): Politisch-ökonomische Determinanten für Planung und Politik in den Kommunen der BRD. Offenbach

Sozialistisches Büro (Hg.) (1979): Marxismus und Naturbeherrschung. Beiträge zu den Ersten Ernst-Bloch-Tagen Tübingen, 27./28. Oktober 1978. Redaktion: Sozialistisches Zentrum Tübingen, Volkhard Brandes, Frankfurt. Offenbach

Sozialistisches Büro (Hg.) (1981): Sozialistische Politik und Kriegsgefahr. Offenbach 1981

Sozialistisches Büro, AFP e.V. (Hg.) (1986): Bildung im Wandel. Thesen und Materialien zum Bildungstag 1986 in Frankfurt. Offenbach

Sozialistisches Büro/Arbeitsausschuß (Hg.) (1975): Thesen des SB. Entwurf des Arbeitsausschusses des SB. Offenbach

Sozialistisches Büro/Sozialistischer Lehrerbund (Hg.) (1972): Materialien zum Berufsverbot, dargestellt am „Fall“ Ernest Mandel. Offenbach

Sozialistisches Büro Dortmund (Hg.) (1987): Sicher in die neunziger Jahre. Sicherheitsgesetze und Volkszählung. Offenbach

Sozialistisches Büro Hamburg (Hg.) (1979): Können Verbrechen gegen die Menschlichkeit endgültig verjähren? Hamburg

Sozialistisches Büro Heidelberg (Hg.) (1980): Kriegsgefahr? Analysen und Informationen zur weltpolitischen Lage. Heidelberg

Spall, Peter van (o.J./1971): Einige Bemerkungen zum Thema „Kapital und Arbeit –

heute“. Offenbach

Spall, Peter van (1973): Übersicht deutschsprachiger Periodika der unabhängigen sozialistischen Linken. Offenbach

Stoljarow, Wladimir (1978): Die Stimme eines Außenseiters im sowjetischen Alltag. Offenbach

Zukunftswerkstatt 21. bis 23. November 1980. Veranstaltung des Sozialistischen Büros in der Hamburger Markthalle (Loseblatt Mappe)

Publikationen des Sozialistischen Büros in anderen Verlagen

Widersprüche. Zeitschrift für sozialistische Politik im Bildungs-, Gesundheits und Sozialbereich ab Heft 63/1997ff, Kleine Verlag, Bielefeld

Sozialistisches Büro (Hg.) (1973): Für eine neue sozialistische Linke. Analysen, Strategien, Modelle. Fischer, Frankfurt am Main

Angela Davis Solidaritätskomitee (Hg.) (1972): Am Beispiel Angela Davis. Der Kongreß in Frankfurt. Reden, Referate, Diskussionsprotokolle. Fischer, Frankfurt am Main

Jahresbände des Sozialistischen Büros 1998ff. [1998: Westfälisches Dampfboot, Münster; ab 1999 Kleine Verlag, Bielefeld]

Sonstige Literatur

3. Internationalen Russell-Tribunal (Deutscher Beirat und Sekretariat) (Hg.) (1978a): 3. Internationales Russell-Tribunal zur Situation der Menschenrechte in der Bundesrepublik Deutschland. Band 1: Dokumente, Verhandlungen, Ergebnisse. Rotbuch, Berlin

3. Internationalen Russell-Tribunal (Jury, Deutscher Beirat und Sekretariat) (Hg.) (1978b): 3. Internationales Russell-Tribunal zur Situation der Menschenrechte in der Bundesrepublik Deutschland. Band 2: Das Schlußgutachten der Jury zu den Berufsverboten. Rotbuch, Berlin [verfasst von Wolf-Dieter Narr und Uwe Wesel unter Mitarbeit von Jens Brückner und Heinz Schmidt im Auftrag der Jury]

3. Internationalen Russell-Tribunal (Jury, Deutscher Beirat und Sekretariat) (Hg.) (1979a): 3. Internationales Russell-Tribunal zur Situation der Menschenrechte in der Bundesrepublik Deutschland. Band 3: Gutachten, Dokumente, Verhandlungen der 2. Sitzungsperiode, Teil 1: Zensur. Rotbuch, Berlin

3. Internationalen Russell-Tribunal (Jury, Deutscher Beirat und Sekretariat) (Hg.) (1979b): 3. Internationales Russell-Tribunal zur Situation der Menschenrechte in der Bundesrepublik Deutschland. Band 4: Gutachten, Dokumente, Verhandlungen der 2. Sitzungsperiode, Teil 2: Einschränkung von Verteidigungsrechten, Verfassungsschutz. Rotbuch, Berlin

Albrecht, Willy (1994): Der Sozialistische Deutsche Studentenbund (SDS). Vom Parteikonformen Studentenverband zum Repräsentanten der Neuen Linken. J.H.W. Dietz Nachfolger, Bonn

Arbeiterselbsthilfe Frankfurt (Hg.) (1980): Anders leben. Anders arbeiten. Povo-Verlag für Selbstverwaltung, Frankfurt am Main

Baumgarten, Jürgen (Hg.) (1982): Linksozialisten in Europa. Alternativen zu Sozialdemokratie und Kommunistischen Parteien. Junius, Hamburg

Bock, Hans Manfred (1976): Geschichte des „linken Radikalismus“ in Deutschland. Ein Versuch. Suhrkamp, Frankfurt am Main

Brumlik, Micha (2000): Mein Weg als Deutscher und Jude. Eine bundesrepublikanische Erfahrung. Ullstein, München

Brumlik, Micha (2006): „Autobiografische Reflexionen – Antisemitismus, Antizionismus und der Nahostkonflikt in der deutschen Linken. Ein Interview mit Micha Brumlik“, in: Matthias Brosch u.a.: Exklusive Solidarität. Linker Antisemitismus in Deutschland. Metropol, Berlin

Buckmiller, Michael, Joachim Perels (Hg.) (1998): Opposition als Triebkraft der Demokratie. Bilanz und Perspektiven der zweiten Republik. Jürgen Seifert zum 70. Geburtstag. Offizin, Hannover

Buro, Andreas (Hg.) (2005): Geschichten aus der Friedensbewegung. Persönliches und Politisches. Von Andreas Buro gesammelt und herausgegeben für das Komitee für Grundrechte und Demokratie. Komitee für Grundrechte und Demokratie, Köln

Davis, Angela (1972): Materialien zur Rassenjustiz. Luchterhand, Neuwied und Berlin

Demirovic, Alex (1999): „Kritische Theorie und Sozialistischer Deutscher Studentenbund“; in: Ders.: Der nonkonformistische Intellektuelle. Die Entwicklung der Kritischen Theorie zur Frankfurter Schule. Suhrkamp, Frankfurt am Main, S. 856-909

Deppe, Frank (1998): „Der Sozialistische Deutsche Studentenbund (SDS) – Keimzelle der Bewegung von 1968?“, in Buckmiller, Perels, S. 112-127

Dutschke, Rudi (2003): „Jeder hat sein Leben ganz zu leben“. Die Tagebücher 1963-1979. Kiepenheuer und Witsch, Köln

Fichter, Tilman (1988): SDS und SPD. Parteilichkeit jenseits der Partei. Westdeutscher

Verlag, Opladen

Gerns, Willi, Robert Steigerwald, Günter Weiß (1975): Opportunismus heute. Globus, Wien [Lizenzausgabe für Österreich, dt: Marxistische Blätter, Frankfurt am Main 1975]

Goldmann, Martin, Gabriele Hooffacker (1991): Politisch arbeiten mit dem Computer. Rowohlt, Reinbek

Grohmann, Peter, Horst Sackstetter (Hg.) (1979): plakat. Zehn Jahre Betriebsarbeit bei Daimler-Benz. Rotbuch, Berlin

Grossmann Heinz, Oskar Negt (Hg.) (1968): Die Auferstehung der Gewalt. Springerblockade und politische Reaktion in der Bundesrepublik. Europäische Verlagsanstalt, Frankfurt am Main

Hannover, Heinrich (2005): Die Republik vor Gericht 1954 – 1995. Erinnerungen eines unbequemen Anwalts. Aufbau, Berlin

Haug, Wolfgang Fritz: „Stirb oder werde: 40 Jahre Argument“, in: *Das Argument* 230, S. 153-159

Haus der Gewerkschaftsjugend Oberursel (Hg.) (1988): Zwischen Kooperation und Konfrontation. Beiträge zur Geschichte von außerparlamentarischer Opposition und Gewerkschaften. SP, Marburg

Heigl, Richard (2007): Oppositionspolitik. Wolfgang Abendroth und die Bildung der Neuen Linken. Argument, Hamburg [zitiert nach (2006): Oppositionspolitik. Wolfgang Abendroth und die Entstehung der Neuen Linken (1950-1968). Disseration zur Erlangung des Grades eines Doktors der Philosophie an der philologisch-historischen Fakultät der Universität Augsburg]

Heinrich, Michael (1994): PROKLA – oder wie ist heute eine linke, wissenschaftliche Zeitschrift möglich?, in: Hans Günter Thien (Hg.): Bücher, nichts als Bücher. Westfälisches Dampfboot, Münster, S. 104-110.

Hirsch, Joachim (1980a): Der Sicherheitsstaat. Das „Modell Deutschland“, seine Krise und die neuen sozialen Bewegungen, Syndikat, Frankfurt am Main

Hirsch, Joachim (1980b): „Alternativbewegung – eine politische Alternative?“, in: Roth, S. 121-146

Hollstein, Walter, Boris Pentz (1980): Alternativprojekte. Beispiele gegen die Resignation. Rowohlt, Reinbek bei Hamburg

Jahn, Thomas, Peter Wehling (1989): „Universität als Lebensgelände. Eine politische Aktualisierung der Kritischen Theorie“, in: Rainer Erd, Dietrich Hoß, Otto Jacobi, Peter Noller: Kritische Theorie und Kultur. Suhrkamp, Frankfurt am Main, S. 254-269

Kaiser, Corinna (2001): „Die Grünen und Israel. Oder: Erfahrung macht nicht unbedingt klug, manchmal nur etwas stiller“, in: www.terz.org/texte/texte_06_01/israel_gruen.htm [18.2.07]

Klönne, Arno (1982): Linkssozialisten in Westdeutschland, in: Baumgarten, S. 159-172

Knabe, Hubertus (2001): Die unterwanderte Republik. Ullstein, München

Koenen, Gerd (2001): Das Rote Jahrzehnt. Unsere kleine deutsche Kulturrevolution 1967-1977, Kiepenheuer und Witsch, Köln

Komitee für Grundrechte und Demokratie (Hg.) (1985): „Tradition heißt nicht, Asche aufheben, sondern die Flamme am Brennen erhalten.“ Für und über Klaus Vack. Klaus Vack zum 50. Geburtstag (17. Mai 1985). Redaktion: Wolf-Dieter Narr, Roland Roth, Hanne Vack. Sensbachtal

Komitee für Grundrechte und Demokratie (Hg.) (2005): Das andere Deutschland nach 1945 – als Pazifist, Sozialist und radikaler Demokrat in der Bundesrepublik Deutschland – Klaus Vack. Sensbachtal

Konkret (1994): „Who’s left. Reformisten aller Schattierungen. Das Sozialistische Büro“, in: *Konkret* 9/1994, S. 52

Kraushaar, Wolfgang (1978): „Thesen zum Verhältnis von Alternativ- und Fluchtbewegung“, in: Ders. (Hg.): Autonomie oder Getto? Kontroversen über die Alternativbewegung. Neue Kritik, Frankfurt am Main, S. 8-67

Kraushaar, Wolfgang (1998): Frankfurter Schule und Studentenbewegung. Von der Flaschenpost zum Molotowcocktail, 3 Bd. Rogner und Bernhard, Hamburg

Kraushaar, Wolfgang (2005): Die Bombe im Jüdischen Gemeindehaus. Hamburger Edition, Hamburg

Kraushaar, Wolfgang (Hg.) (2006): Die RAF und der linke Terrorismus. Hamburger Edition, Hamburg

Kraushaar, Wolfgang, Jan Philipp Reemtsma, Karin Wieland (2005): Rudi Dutschke, Andreas Baader und die RAF. Hamburger Edition, Hamburg

Kreter, Karljo (1986): Sozialisten in der Adenauer-Zeit. Die Zeitschrift „Funken“. Von der heimatlosen Linken zur innerparteilichen Opposition in der SPD. VSA, Hamburg

Kukuck, Margarethe (1977): Student und Klassenkampf. Studentenbewegung in der BRD seit 1967. Verlag Association, Hamburg

Lorek, Volker (1995): „Rückblick auf 25 Jahre PROKLA“, in: *PROKLA. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft*, Heft 100 (Ortsbestimmung), 25. Jg., Nr. 3, S. 327-340

Marcuse, Herbert (2004): Die Studentenbewegung und ihre Folgen. Nachgelassene Schriften, Band 4, zu Klampen, Springe

Narr, Wolf-Dieter, Roland Roth (1995): „Wider die verhängnisvolle neue Bescheidenheit: Kapitalismus ohne Alternative. Am ‚Ende der Utopie‘ gilt: Demokratie und Sozialismus“, in: Prokla. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft, Heft 100 (Ortsbestimmung), 25. Jg., Nr. 3, S. 431-455

Negt, Oskar (1968): „Rechtsordnung, Öffentlichkeit und Gewalt“, in: Grossmann, Negt, S. 168-185

Negt, Oskar (1972a): „Das Recht wird kriminell“, in: Davis, S. 370-386

Negt, Oskar (1972b): „'Spielt nicht mit der Legalität'. Professor Oskar Negt über die Reorganisation der Linken“, in: *Der Spiegel* 25/1972, S. 128-133

Negt, Oskar (1976): Keine Demokratie ohne Sozialismus. Über den Zusammenhang von Politik, Geschichte und Moral. Suhrkamp, Frankfurt am Main

Negt, Oskar (1977): „Interesse gegen Partei. Über Identitätsprobleme der deutschen Linken. Ein Gespräch mit Harald Wieser“, in: *Kursbuch* 48, S. 175-188

Negt, Oskar (1980): „Alternative Politikformen als politische Alternative?“, in: Roth, Roland, S. 147-178

Negt, Oskar (1985): „Politik als Produktionsprozeß“, in: Komitee für Grundrechte und Demokratie, S. 51-54

Negt, Oskar (1995): Achtundsechzig. Politische Intellektuelle und die Macht. Steidl, Göttingen

Negt, Oskar (Hg.) (1968): Die Linke antwortet Jürgen Habermas. Mit Beiträgen von Wolfgang Abendroth, Peter Brückner, Furio Cerutti, Klaus Dörner, Jürgen Habermas, Ekkehart Krippendorff, Herbert Lederer, Wolfgang Lefèvre, Klaus Meschkat, Oskar Negt, Arnhelm Neusüss, Claus Offe, Reimut Reiche, Claus Rolshausen, Helmut Schauer, Frank Wolf. Europäische Verlagsanstalt, Frankfurt am Main

Oertzen, Peter von (1998): „Behelfsbrücken. Linkssozialistische Zeitschriften in der Ära der ‚Restauration‘ 1950 – 1962“, in: Buckmiller, Perels, S. 87-100

Otto, Karl A. (1977): Vom Ostermarsch zur APO. Geschichte der ausserparlamentarischen Opposition in der Bundesrepublik 1960-1970. Campus, Frankfurt am Main/New York

Oy, Gottfried (2001): Die Gemeinschaft der Lüge. Medien- und Öffentlichkeitskritik sozialer Bewegungen in der Bundesrepublik. Westfälisches Dampfboot, Münster

Peter, Joachim (1985): „Die Frankfurter Zeitschrift ‚links‘ – ein Forum für Praxis und

Theorie des demokratischen Sozialismus, in: Schmidt, Hesselbach, S. 19-24

Posser, Diether (2000): *Anwalt im Kalten Krieg. Deutsche Geschichte in politischen Prozessen 1951 – 1968.* J.H.W. Dietz Nachf., Bonn

rotaprint (Hg.) (2006): *agit 883. Bewegung, Revolte, Underground in Westberlin 1969-1972.* Assoziation A, Hamburg, Berlin

Roth, Roland (Hg.) (1980): *Parlamentarisches Ritual und politische Alternativen.* Campus, Frankfurt am Main/New York

Ryschkowsky, Nikolaus J. (1968): *Die linke Linke.* Günter Olzog, München, Wien

Scheerer, Sebastian (1988): „Deutschland: Die ausgebürgerte Linke“, in: Henner Hess u.a.: *Angriff auf das Herz des Staates. Soziale Entwicklung und Terrorismus*, 2 Bd. Suhrkamp, Frankfurt am Main

Schmidt, Helmut, Walter Hesselbach (Hg.) (1985): *Kämpfer ohne Pathos. Festschrift für Hans Matthöfer zum 60. Geburtstag am 25. September 1985.* Redaktion: Gerhard Beier. Neue Gesellschaft, Bonn

Seifert, Jürgen (1986): „'Aus den Trümmern Bausteine der Zukunft klauben'“, in: Kreter, S. 9-17

Seifert, Jürgen (1988): „Die Auseinandersetzung um die Notstandsgesetze“, in: *Haus der Gewerkschaftsjugend Oberursel*, S. 55-71

Sozialismus extra (1985): *Zum Tod von Wolfgang Abendroth.* VSA, Hamburg

Steffen, Michael (2002): *Geschichten vom Trüffelschwein. Politik und Organisation des Kommunistischen Bundes 1971 bis 1991,* Assoziation A, Berlin, Hamburg, Göttingen

Vack, Klaus (1985): „Versuch, Geschichte und Erfahrung darzustellen. Mehr als bibliographische Daten, weniger als eine Lebensgeschichte“, in: *Komitee für Grundrechte und Demokratie*, S. 151- 225

Vack, Klaus (2005): „Ein weiterer Versuch, Geschichte und Erfahrung darzustellen“, in: *Komitee für Grundrechte und Demokratie*, S. 79-144

Verfassungsschutzberichte 1969/70 bis 1986, Bonn 1971 bis Bonn 1987